

Neubert, Markus

**Als die Deutschen weg waren.**

When the Germans were gone.

**Bachelorarbeit**

**Hochschule Mittweida**

**University of applied Sciences**

Fakultät Soziale Arbeit

Roßwein, 2010

Neubert, Markus

**Als die Deutschen weg waren.**

When the Germans were gone.

eingereicht als

**Bachelorarbeit**

an der

**Hochschule Mittweida**

**University of applied Sciences**

**Fakultät Soziale Arbeit**

**Roßwein, 2010**

Erstprüfer: Prof. Dr. Matthias Pfüller

Zweitprüfer: Dipl. Soz. Päd. Susanne Gärtner

## **Vorwort**

Die Bachelorarbeit befasst sich mit der ehemaligen deutschen Provinz Schlesien, der Vertreibung der deutschen und polnischen Bevölkerung aus diesem Gebiet, der Problematik des Kalten Krieges, weiterhin mit den Spannungen zwischen beiden betroffenen Nationen, sowie den daraus entstandenen Folgen. Auch auf die Neubestimmung nationaler Identität ist ein Bestandteil der Arbeit.

Der Schwerpunkt liegt auf einer intensiven Literaturrecherche. Weiterhin habe ich ein Interview und eine Gesprächsrunde mit einer Zeitzeugin aufgezeichnet. Das Interview mit Herrn G. ist leider aufgrund eines technischen Missgeschicks nicht verwertbar, auch ein Gedächtnisinterview ist wegen der hohen Dauer des Gesprächs nicht sinnvoll anwendbar. Die empfohlene Seitenzahl der Arbeit habe ich durch die Verwendungen eines reichen Bildmaterials deutlich überschritten.

Juli 2010

*Markus Neubert*

**Inhaltsverzeichnis:**

Inhaltsverzeichnis .....	2
Vorwort .....	22
1. Einleitung .....	3-5
2. Historisches .....	5-10
3. Schlesien im 2. Weltkrieg .....	10-14
4. Das Konzentrationslager Gross-Rosen.....	14-18
5. Die Flüchtlingskatastrophe.....	18-20
6. Die Nachkriegszeit .....	21-27
7. Polnische und sowjetische Nachkriegspolitik in den „Wiedergewonnenen Gebieten“ .....	28-31
8. Die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Schlesien .....	31-42
9. Polnischer Neubeginn in Niederschlesien .....	42-52
10. Begriffe über Vertreibung .....	52-58
11. Die Wende.....	58-59
12. Zusammenfassung .....	59-63
13. Anhang .....	64
14. Quellenverzeichnis .....	65
Erklärung .....	66

## „Als die Deutschen weg waren“

### 1. Einleitung

Die Geschichte über die Vertreibung der Völker Mitteleuropas beginnt 1933 - die Ursachen sind noch viel früher zu suchen – und sie ist durch und durch Bestandteil europäischer Geschichte. Die neue Welt, die in Potsdam entstand, hatte weitaus ältere Wurzeln.

Einerseits war da die Teilung Polens Ende des 18. Jahrhunderts, dann die im 19. Jahrhundert vom Königreich Preußen vorangetriebene Germanisierungspolitik. Nach dem ersten Weltkrieg kam es zwischen Deutschland und der wieder entstandenen zweiten polnischen Republik zu blutigen Auseinandersetzungen um die künftige Grenze. Diese spalteten die ethnisch gemischte Bevölkerung in den Grenzgebieten, hinterließ auf beiden Seiten das Gefühl der Verbitterung und machte die deutsche und die polnische Republik zu Gegnern. Mit dem Deutsch-Sowjetischen-Nichtangriffspakt vom 24. August 1939 und dem weiterhin unterzeichneten Zusatzprotokoll, in dem die Interessensphären in Ostmitteleuropa zwischen beiden Staaten abgegrenzt wurden, begann eine in Europa noch nie da gewesene Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung ganzer ethnischer Bevölkerungsgruppen. Die Vertreibungen und Umsiedlungen fanden nicht nur während der Kriegshandlungen statt, sondern waren auch Bestandteil der Friedensverhandlungen, um erneute Konflikte zwischen den Völkergruppen unmöglich zu machen. Unter dem Deckmantel Ruhe und Ordnung zwischen den einzelnen Bevölkerungen herzustellen, nahmen die Siegermächte das Opfer von vielen tausend Menschen in Kauf. Diese Umsiedlungen dienten jedoch häufig dazu expansionistische Ziele der Staaten zu verdecken, sowie die Politische Macht zu erweitern. In fernen Hauptstädten wurden die Staatsgrenzen auf der Landkarte Europas neu gezogen. Von den führenden Politikern der westlichen demokratischen Staaten, wie dem amerikanischen Präsidenten Truman und dem britischen Premierminister Churchill, sowie von den breiten Gesellschaftsschichten wurden die Zwangsumsiedlungen großer Bevölkerungsgruppen größtenteils akzeptiert.

Ganze Bevölkerungsgruppen wurden wie Spielsteine verschoben. Menschen mussten ihr Haus und Land, meist mit sehr wenig Hab und Gut verlassen, oft ohne zu wissen, wohin das Schicksal sie hinverschlägt. Andere wiederum durften bleiben, oft mit der Bedingung einer neuen Identität.

Die Umsiedlungen sind größtenteils unter Gewaltanwendung, bzw. unter Androhung derselben durchgeführt worden. Auch die so genannten „freiwilligen Aussiedlungen“ der polnischen und ukrainischen Bevölkerung aus den polnischen Ostgebieten der zweiten polnischen Republik, jenseits der Curzon-Linie hatten Zwangscharakter. Begründet werden kann das mit einer drohenden Sowjetisierung, dem Verlust des polnischen Vaterlandes, dadurch die Notwendigkeit die traditionelle alte Lebensweise aufzugeben.

Ab der Zeit des 2. Weltkrieges bis in die Nachkriegsjahre hinein, waren auf dem Gebiet zwischen Oder und Lausitzer Neisse im Westen und der Ostgrenze der 2. polnischen Republik viele Millionen Menschen von Flucht, Vertreibung und Umsiedlung betroffen, welche vorher in diesem Gebiet ansässig waren. Manche mussten in kurzer Zeit teilweise mehrmals ihren Aufenthaltsort wechseln. Von der polnischen Bevölkerung hatten bis 1950 ca. 30 Prozent infolge von Grenzverschiebungen und den Krieg dauerhaft ihren Wohnort geändert. Auch für Millionen Deutsche und Ukrainer war die Umsiedlung von endgültigem Charakter.

Auf einer Fläche von rund einer halben Million Quadratkilometer wurde die ethische sowie die religiöse Landkarte grundlegend verändert. Das Erbe von Generationen, die seit Jahrhunderten bestand, musste zurückgelassen werden. Diejenigen, welche anstelle der ehemaligen Bewohner kamen, lehnten dieses Erbe meist ab und zerstörten es als etwas Fremdes oder Feindliches. Die Vertreibungen waren oft verbunden mit dem Verlust eines bedeutenden Teils der persönlichen Habe der Betroffenen. Bisherige traditionelle Bindungen innerhalb der Familie an den Heimatort und das Milieu wurden zerrissen. Den am neuen Ansiedlungsort entstandenen Gemeinschaften, fehlte es oft an Integration und sie waren gekennzeichnet von Vereinzelung, es vertiefte sich das Gefühl der Entfremdung und Deprivation.

Heute wird von Historikern davon ausgegangen, dass am Kriegsende in Europa rund 20 Millionen Menschen von Flucht, Ausweisung, Vertreibung und Umsiedlung betroffen waren. Dieser unfreiwillige Weggang war für Deutsche, Polen Ukrainer, Tschechen, Slowaken, Russen und andere Völker höchst unterschiedlich, die Bedingungen waren verschieden, abhängig vom Zeitpunkt der Vertreibung und von der Region. Schlesien zum Beispiel, blieb bis fast zum Kriegsende vom direkten Kriegsgeschehen weitgehend verschont. Umso härter traf die Region dann die immer näher rückende Rote Armee.

Je nach Frontverlauf kam das Ende der Deutschen. Mit dem Vormarsch der Roten Armee blieb der deutschen Bevölkerung in Schlesien, ebenso in den anderen deutschen Ostgebieten, nicht anderes als die spontane, ungeplante Flucht. In manchen Gegenden haben buchstäblich ganze Dörfer die Flucht ergriffen.

Viele glaubten nicht an ein so schnelles Vorrücken der Sowjets, bzw. dass sie überhaupt so weit ins Reich vorstoßen könnten, außerdem wollten sie nicht in die bombenzerstörten westlichen Teile des Reiches fliehen.

Viele Bewohner der Ortschaften, erlebten schwere Kämpfe zwischen der Wehrmacht und den Sowjets direkt im Heimatort.

Für eine nationale Wende wurden in Schlesien sehr schnell vollendete Tatsachen geschaffen. Die polnische Bevölkerung hatte ein besonderes Interesse, in den historisch umkämpften Gebieten des Deutschen Reiches schnell und dauerhaft ihre Fahne zu stecken, mit dem vermeintlichen Anrecht auf dieses Gebiet, begründet auf frühe Geschichte – es handele sich bei Schlesien um urpolnisches Gebiet, um urslawische Erde, die „heimgeholt“, „zurückerobert“, „wiedergewonnen“ wurde. Das klingt wie ein getreues Echo auf die nationalsozialistische Begründung für die Germanisierung Osteuropas.

Um die polnische Besiedlung zu verwirklichen, wurde die deutsche Sprache, die Traditionen und Kultur aus der Öffentlichkeit verbannt. Der Furor der Umbenennungen hatte schon etwas von Exorzismus. Deutsche Schrift an Gebäuden, Straßenschilder etc. wurden entfernt. Der zurückgelassene Besitz wurde eigenmächtig umverteilt.

Rache und brutale Willkür seitens der polnischen Behörden waren bei der Vertreibung der deutschen Bevölkerung keine Seltenheit, oft ausgeführt unter den Vorwand der Bestrafung der nationalsozialistischen Verbrechen der Deutschen.

Die neu entstandene polnische Regierung war besonders eifrig darum bemüht, die Deutschen außer Landes zu schaffen, um ihre Territorial-Ansprüche zu untermauern, da sie die Befürchtung hegte, dass bei einer großen Anzahl verbliebener Deutscher die Siegermächte einer Gebietabtretung an Polen nicht so ohne weiteres zustimmen würde. Östlich der Oder-Neiße-Grenze wurden bis 1947 rund 3,5 Millionen Deutsche ausgesiedelt. Wie viele Opfer es unter der deutschen Bevölkerung gab, ist heute umstritten, sicher ist nur, dass es ungeheuer viele waren.

Die polnische Regierung begann in den von Deutschen befreiten Siedlungsräumen ein Bevölkerungsexperiment im großen Stil. Die Regionen erhielten eine Mischung aus

neuangesiedelten und dagebliebenen schon vorher ansässigen Polen, sowie einigen Deutschen.

Die einen Deutschen haben die Vertreibung aus der Heimat erlebt, die andern, die bleiben konnten, bzw. nicht gehen durften, die Vertreibung aus ihrer Kultur und Sprache, sie mussten über Jahrzehnte leugnen, wer sie überhaupt waren, denn in Polen gab es bis 1989 offiziell keine Deutschen mehr. Alle, die Vertriebenen und die Dagebliebenen, berichten vom Gefühl der Fremdheit, von Misstrauen und Bitterkeit. Weiterhin erwähnten Sie die Anstrengungen in einem politisch neuen System eine eigene Identität zu finden.

In der Öffentlichkeit wird erst seit ein Paar Jahren wieder über die Flucht und Vertreibung der deutschen Bevölkerung diskutiert. In der alten Bundesrepublik hatte sich seit der Osteuropapolitik von Willi Brandt die Mehrheitsmeinung herausgebildet, dass der Verlust der Ostgebiete die gerechte Strafe für Deutschland, aufgrund des angefangenen Krieges. Das war aber hauptsächlich die Meinung derjenigen, die von diesem Schicksal nicht betroffen waren. Die Betroffenen selbst haben, vor allem in der ehemaligen DDR, über ihr Schicksal öffentlich kaum sprechen können.

In der DDR gab es das Wort „Vertreibung“ überhaupt nicht, es war zu Zeiten des „Eisernen Vorhangs“ unmöglich die Bruderstaaten Polen, CSSR und allen voran die UdSSR mit diesem Problem und dieser Vergangenheit in Verbindung zu bringen. Für die vielen Betroffenen in der DDR - statistisch gesehen war 1950 jeder vierte DDR-Bürger ein „Umsiedler“ - bedeutete das eine enorme Verdrängungsleistung.

Das Thema wurde auch in den Nachbarstaaten strikt beschwiegen. Die deutsche Kultur, die deutsche Geschichte im polnischen, tschechischen und den sowjetischen Staaten und das Zusammenleben mit den Deutschen sollten in Vergessenheit geraten.

Möglicherweise war es den Verantwortlichen klar, dass während der Vertreibung Grauenhaftes passiert war und dass dabei vielen Deutschen schlimmes Unrecht widerfahren ist. Hier muss man strikt zwischen Tätern und Opfern differenzieren. Genauso wenig darf man die Schicksale der ebenfalls zwangsumgesiedelten Polen, Tschechen, Ukrainer, Slowaken, Russen und Weißrussen nicht vergessen, die auch Opfer des Weltkrieges und ihrer Regierung waren.

In einem der dramatischsten Kapitel des 20. Jahrhunderts, erlaubt die Beschäftigung mit Flucht und Vertreibung wichtige Einblicke.

In diesem Zusammenhang haben die so lange verdrängten Leidenserfahrungen der Überlebenden ihren Sinn und Platz. Sie machen nachvollziehbar, wie sich der Zusammenbruch der großen Geschichte im einzelnen Lebensweg anfühlt. Es geht hier nicht um den Vergleich von deutschem Leid gegenüber dem Leid anderer Völker während und nach dem Krieg oder um die Relativierung deutscher Verbrechen. Ein verantwortungsvoller Umgang mit der europäischen Geschichte setzt heute für die Deutschen nicht mehr voraus, sich einseitig an die Täterrolle festzuklammern. Solange Zeitzeugen noch erzählen können, muss das Bild vollständiger und differenzierter werden.

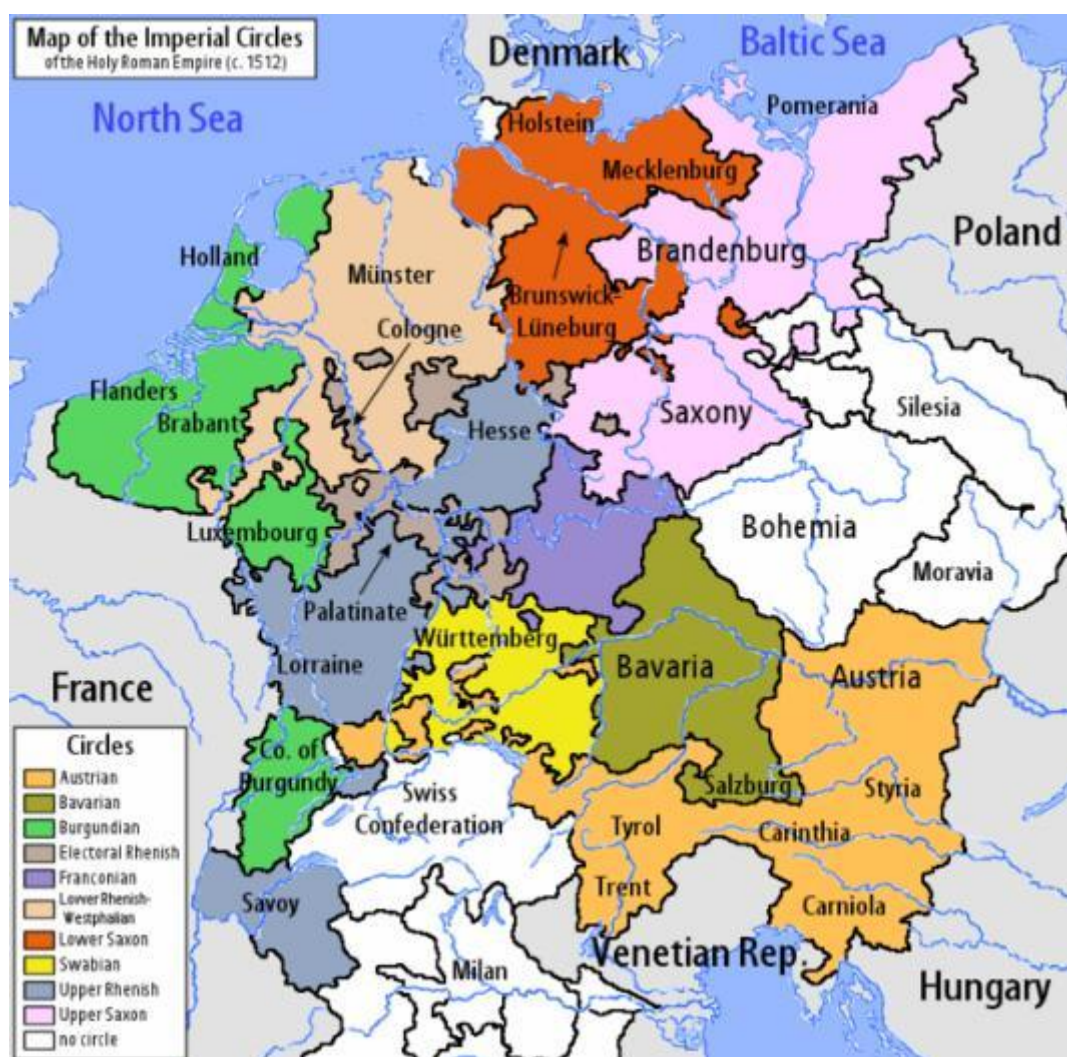
## **2. Historisches**

Für viele der vertriebenen Deutschen ist Schlesien deutsches Land. Jedoch war Schlesien nicht immer deutsch.

Die Herkunft des Namens Schlesiens ist wahrscheinlich auf den germanischen Stamm der Silingen (manchmal auch Selinger), einem Teilstamm der Vandalen zurückzuführen, wobei diese dem Landstrich Schlesien (alt-deutsch Slesie(n)) ihren Namen gaben, welche im dritten und vierten Jahrhundert an der Oder siedelten.

Warum sie wieder abgewandert sind, ist nicht geklärt, möglicherweise liegen die Ursachen in der großen Völkerwanderung im vierten bis sechsten Jahrhundert. Um 550-600 n. Chr. rückten aus dem Osten westslawische Stämme nach.

Schlesiens Zugehörigkeit zu den verschiedenen Herrschaften wechselte oft. So entstand eine eigene schlesische Sprache, welche aus deutschen, polnischen und tschechischen Bestandteilen gemischt ist. Im Jahre 879 wurde ganz Schlesien dem Großmährischen Reich angeschlossen. Von etwa 900 - 1137 wurde Schlesien zwischen Polen und Böhmen zum Streitobjekt. Um 900 errichtete man zum Schutz der Grenze die Burg Vratislavia (Breslau, polnisch: Wrocław, tschechisch: Vratislav). 1163 erfolgte die Einsetzung der von Boleslaus VI. verdrängten und seit bis dahin 17 Jahre im Exil in Altenburg lebenden schlesischen Piasten Boleslaus I. der Lange und Mesko IV. durch Friedrich I. Barbarossa in ihr schlesisches Erbe. Seit dieser Zeit strömten deutsche Bauern, Bergleute, Bürger und Mönche nach Schlesien, um das Land zu erschließen. In den Städten galt bald das deutsche Recht. 1335 verzichtete der Polnische König auf die Krone. Von 1335-1526 war Schlesien ein Nebenland von Böhmen. Schlesien gehörte damit zum Territorium des Deutschen Reiches.



*Schlesien unter Böhmen*





*Wappen Schlesiens, 15. Jahrhundert*

Von 1526-1742 gehörte Schlesien zum Haus Habsburg. Nachdem der böhmische König 1526 in der Schlacht bei Mohács ums Leben kam, ging die Königswürde an Ferdinand I. und somit an das Haus Habsburg. 1526–1740 waren die Habsburger als Könige von Böhmen gleichzeitig auch Herzöge von Schlesien. 1675 starb der letzte piastische Herzog. Daraufhin erhob Brandenburg-Preußen Anspruch auf dessen Herzogtümer. Der spätere preußische König Friedrich II. konstruierte daraus den Anspruch auf ganz Schlesien. Nach dem ersten schlesischen Krieg 1740-1742 kommt es zur Teilung in Preußisch-Schlesien und Österreichisch-Schlesien



*Schlesien unter dem Haus Habsburg*



*Schlesien unter Preußen*

Bei der Gründung des deutschen Kaiserreiches 1871 wurde nur Preußisch- Schlesien Bestandteil des deutschen Nationalstaates.

Nach dem 1. Weltkrieg kam es in Europa zu starken geopolitischen Veränderungen. Das deutsche Kaiserreich und das Kaiserreich Österreich-Ungarn mussten als Kriegsverlierer ihre Teile Schlesiens teilweise oder ganz zugunsten der neu entstandenen Staaten Polen und der Tschechoslowakei abgeben. Besonders Oberschlesien war dabei umstritten. Bei der Wiederherstellung des unabhängigen Staates Polen, ging es nicht darum, die Grenzen vor den Teilungen Polen zwischen Preußen, Österreich und dem russischen Zarenreich wiederherzustellen, sondern vor allem um die ethnische Trennung von Völkern. Oberschlesien war sprachliches Mischgebiet, die Bevölkerung Niederschlesiens war hingegen deutschsprachig. 1920 fielen einige Grenzgebiete Niederschlesiens an Polen, Oberschlesien wurde von Polen als „urpolnisches Gebiet“ beansprucht. Tatsächlich sollte laut dem Versailler Vertrag ganz Oberschlesien an Polen fallen. Das wurde bei einer Volksabstimmung im März 1921 geändert. Es gab bewaffnete Konflikte und viele Versprechungen von deutscher und polnischer Seite. Die Gebiete, die nicht als doppelsprachig galten, stimmten 60% zu 40% für Deutschland. 1922 wurde die endgültige Teilung Oberschlesiens entschieden. Der oberste Kontrollrat der Alliierten sprach 70% des Gebietes dem deutschen Reich zu und 30% Polen. Glücklicherweise war niemand über diesen Kompromiss, weder die Deutschen, noch die Polen. Das zuvor mehr oder weniger friedliche Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen in Oberschlesien hatte damit ein Ende. Diese Spannung zwischen den Völkern nutzten im September 1939 die Nationalsozialisten, um die verlorenen Teile Schlesiens zurückzuerobern.

Im polnischen Teil Schlesiens entstand die autonome Woiwodschaft Schlesien, im deutschen Teil die 1919 geschaffenen Provinzen Niederschlesien mit der Hauptstadt Breslau und Oberschlesien mit der Hauptstadt Oppeln.

Österreichisch-Schlesien kam nach dem 1. Weltkrieg überwiegend zur neugegründeten Tschechoslowakei. Der von Deutschen besiedelte Teil des tschechoslowakischen Schlesiens kam im Oktober 1938 infolge des Münchener Abkommens zum deutschen Reich. Die beiden, seit 1919 getrennten Provinzen Ober- und Niederschlesien, wurden 1938 wieder vereinigt, Hauptstadt wurde Breslau.

### **3. Schlesien im 2. Weltkrieg**

Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht wurden die Rechte der polnischen Minderheiten in Schlesien aufgehoben, polnische Schulen wurden geschlossen, slawisch klingende Ortsnamen umbenannt. Auch Einwohner mit slawisch klingenden Familiennamen sollten diese in germanisch klingende umbenennen lassen. Nicht nur Polen, sondern auch Deutsche haben unter diesen Veränderungen gelitten. Nachbarschaften wurden auf eine harte Probe gestellt.

1941 teilten die Nationalsozialisten Ober- und Niederschlesien erneut, dabei wurde Breslau Hauptstadt des Gaues Niederschlesien und die Stadt Kattowitz, die bis 1939 als Katowice Hauptstadt der Autonomen Woiwodschaft Schlesien war, Hauptstadt des Gaues Oberschlesien. Das Kleinpolnische Auschwitz war damals auch ein Teil des Gaues Oberschlesien. Hier errichteten die Nationalsozialisten 1941 ihr größtes Vernichtungslager - Auschwitz-Birkenau - in dem etwa 1,1 Millionen Menschen, vor allem Juden aus Polen und anderen Teilen Europas sowie nichtjüdische Polen, ermordet wurden. Weiterhin errichtete man in Niederschlesien das Konzentrationslager Groß-Rosen, welches zwischen 1940 und 1945 betrieben wurde. Es war ein Vernichtungslager durch unmenschliche Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Häftlinge des Hauptlagers wurden in den Groß-Rosener Steinbrüchen zum Granitabbau eingesetzt. Betriebe der so genannten kriegswichtigen Industrie, bekamen zahlreiche Arbeitskräfte aus den zahlreichen Nebenlagern von Groß-Rosen.

Bis zum Ende des 2. Weltkrieges blieb Schlesien weitgehend von Kriegswirkungen und Zerstörungen verschont. Erst Anfang 1945 begannen in dem Gebiet merklich die Kriegshandlungen, vorher hatte es nur vereinzelte Bombenangriffe gegeben. Gegen Ende des Krieges wurde die Entwicklung an der Ostfront und das Vorrücken der Roten Armee für Schlesien immer besorgniserregender. Auch die Zivilbevölkerung war nicht auf den Ansturm der Roten Armee vorbereitet. Die Evakuierungspläne für Schlesien, welche im Falle einer Invasion von Berliner Beamten erarbeitet worden war, wurden am Anfang abgelehnt, in der Annahme, dass es nicht einmal genug Transportmittel gibt, um die die Stadt Breslau zu evakuieren. Schlesien war infolgedessen weder psychisch noch physisch auf die Ereignisse vorbereitet, was ihm Anfang 1945 widerfahren sollte. Die Unfähigkeit und Untätigkeit der NS-Behörden war Schuld an den vielen deutschen Opfern im Winter 1945.

Die sowjetische Regierung startete eine Propagandaaktion mit dem Ziel in jedem Soldaten das Gefühl zu erwecken, er habe eine persönliche Rechnung zu begleichen. Dadurch wurden die Sowjetsoldaten dazu gebracht, an den Deutschen wahllos Vergeltung zu üben.

Vom 12. bis 14. Januar 1945 begann die größte Offensive der Roten Armee. Die deutschen Armeen wurden vom sowjetischen Angriff vernichtet. In nur einer Woche hatte die Rote Armee 100 bis 200 km Land zurückgelegt.

In vielen Ortschaften rollte die Front so schnell heran, dass an eine Flucht nicht mehr zu denken war. Die einzelnen Häuser waren von den Kampfszenen ganz unterschiedlich betroffen, wo die Sowjets halt machten, war es furchtbar. Menschen wurden umgebracht, Frauen vergewaltigt, alles wurde geplündert und weggenommen (S. 33). Die Nächte verbrachten die Frauen oft in Kellerverstecken, manche machten sich alt, doch nur manchmal half das (S.35).

Einige Ortschaften blieben vom Kriegsgeschehen weitgehend verschont, manche versanken in Schutt und Asche.

Der große Durchbruch über die Oder gelang den Sowjets bei Mikoline. An die vielen tausend gefallenen Soldaten bei den schweren Kämpfen, erinnert heute ein großes, von Polen und Russen viel besuchtes, Denkmal. Gefallene deutsche Soldaten werden nicht erwähnt, es gibt auch keine Hinweise wo diese begraben sind, den Polen sind Fragen danach peinlich (S. 36)

Wo die Rote Armee weiter gezogen ist, gab es keine Staatsmacht mehr, oft werden kleine Einheiten zurückgelassen, um versprengte Angehörige der Wehrmacht aufzuspüren.

In diesem Machtvakuum formiert sich eine polnische Minderheit. Polnische Männer mit rot-weißen Armbinden sammeln die von der Wehrmacht zurückgelassenen Gewehre ein. Die selbsternannte Macht beginnt zu handeln und auch zu richten. (S. 37)

Aus den Wäldern kommen polnische Partisanen, die als „Freibeuter“ handeln. Im Namen der neuen Macht spüren sie leerstehende Häuser auf und beschlagnahmen das Inventar. Die Truppenstärke der verbliebenen Verbände der Roten Armee wird im Verhältnis der rasch anwachsenden Anzahl bewaffneter polnischer Banden immer kleiner.

Nach und nach kehrt die vor der Front in die Wälder geflüchtete deutsche Bevölkerung in ihre Häuser zurück. Nicht selten stehen sie vor verschlossenen Türen, in der Zwischenzeit haben sich dort schon Polen einquartiert. (S. 38)

Um das Vorrücken der Roten Armee aufzuhalten, wurden die wichtigsten Städte in den Ostgebieten zu Festungen erklärt. So zum Beispiel Danzig, Königsberg, Posen, Kolberg, Glogau und Breslau. Diese zum größten Teil unbefestigten, aber strategisch wichtigen Zentren, sollten bis zum letzten Mann gehalten werden.

Die niederschlesischen Städte Breslau und Glogau hatten für die Wehrmacht die Funktion, über die Oder Brückenköpfe zu bilden. Man hoffte von diesen Stellen aus einen Gegenangriff zu starten. Es wurde von der Wehrmacht in Kauf genommen, dass diese Städte die Hauptstreitkräfte der Roten Armee auf sich lenken und dadurch geopfert werden sollten. Ziel war, dass die Wehrmacht dadurch Zeit für eine Neuordnung gewinnen sollte.

Vor der Ankunft der Sowjetarmee an der Oder, war es einem Großteil der Bevölkerung erlaubt worden, mit einer großen Menge an Vieh an das Westufer zu fliehen.

Von den 700.000 Niederschlesiern, welche östlich der Oder lebten, waren dort Ende Januar 1945 nur noch 100.000 verblieben. Diese sollten die volle Gewalt der ersten Vergeltung der Roten Armee zu spüren bekommen. Viele von Ihnen erlebten Grausamkeiten, oft sogar den Tod.

Die Vergeltungsaktion der Roten Armee beschränkte sich nicht nur auf Menschen, auch Gebäude wurden oft absichtlich zerstört, so dass das Gebiet zum großen Teil unbewohnbar wurde. Bis die Gegend wieder bewohnt werden konnte, sollten noch Jahre vergehen.

Am 18. Januar 1945 erfolgte der erste sowjetische Luftangriff auf Breslau. Am 20. und 21. Januar erhielt Breslau den Befehl seine Zivilbevölkerung, die zum damaligen Zeitpunkt über eine Million betrug, zu evakuieren. Es zeichnete sich bald ab, dass die öffentlichen Transportmittel nicht ausreichten um die gewaltige Bevölkerungsmenge zu bewältigen. Als die Eisenbahnstationen nicht mehr ausreichten, wurde den Zivilisten befohlen zu Fuß zu fliehen. Am 22. Januar 1945 flohen ca. 60.000 meist Frauen und Kinder nach Kanth. Bei extremen Temperaturen von -20°C und Sturm, wurde es bald der „Todesmarsch von Kanth“, wie er genannt wurde. Er kostete ca. 18.000 Menschen das Leben.

Die Flucht war wehrtauglichen Männern in Alter zwischen 16 und 70 Jahren verboten, alle Reservisten wurden in die Dienstpflicht befohlen, sie sollten die Stadt bis zum letzten Mann verteidigen.

Zu dieser Zeit wurde der Verwaltungsapparat von Breslau in das Sudetenland verlegt und der Regierungsabteilung von Breslau nach Waldenburg und das Oberpräsidium von Niederschlesien wurde nach Hirschberg verlagert. Die Beamten, welche nicht für die Verteidigung von Breslau gebraucht wurden, versetzte man in eine dieser Städte.

Die Zerstörung der schlesischen Gebiete und das Leid der Zivilbevölkerung waren enorm groß. Als die Soldaten der Roten Armee in Schlesien einfielen, waren die vordersten Truppen noch sehr mit den Aktivitäten der Wehrmacht beschäftigt, um sich an der Zivilbevölkerung zu vergreifen. Dennoch schossen sie oft wahllos auf ihrem Weg auf deutsche Flüchtlingstrecks.

Es war vor allem die zweite Reihe an sowjetischen Truppen, die nach Augenzeugen die meisten Verbrechen an der Zivilbevölkerung verübte. Es besteht wenig Zweifel darüber, dass die Sowjetarmee in den besetzten Gebieten barbarische Übergriffe in riesigem Ausmaß begangen hatte. Es gibt zahllose Beispiele von Mord, Brandstiftung, Plünderung, Raub und Vergewaltigung. Zum Beispiel wurden in Herzogswaldau im Kreis Jauer sämtliche Bauern und neun weitere Zivilisten erschossen. 13 Personen verübten Selbstmord, fünf Weitere verhungerten, bevor die Stadt von der deutschen Wehrmacht zurückerobert wurde.

Zweiundvierzig Personen wurden im benachbarten Naumburg, Kreis Bunzlau von der Roten Armee erschossen. Darunter befanden sich viele Kinder, ein Priester und eine geschändete Nonne. Diese Vorfälle waren Anfang 1945 sehr häufig.

Der deutschen Wehrmacht war bekannt, was in den von den Sowjets besetzten Gebieten geschah, die Greuelthaten wurden in einem Bericht am 26. März 1945 aufgeführt. Deutsche Geheimdienstberichte erwähnten, dass den Soldaten der Roten Armee Vergewaltigungen und das Morden erlaubt waren. Schätzungsweise wurden von den Anfang 1945 überrannten Deutschen bis zu drei Prozent erschossen, dies entspricht ca. 75.000 bis 100.000 Menschen. Viele von den Überlebenden wurden in die Sowjetunion, größtenteils nach Sibirien deportiert. Schätzungen zu Folge wurden 400.000 Deutsche in die Sowjetunion gebracht, von denen fast die Hälfte nicht wiederkommen sollte.

Die Opfer der Taten der Roten Armee waren meist diejenigen, die am wenigsten Schuld trugen. Alte, Behinderte oder Bauern, die an ihr Land gebunden waren, litten am meisten. Den Nationalsozialisten war genau bewusst, was bei ihrer Gefangennahme passieren würde, daher waren sie folglich die ersten die flohen.



Es würde aber zu nichts führen, wenn man darüber diskutiert, ob das Elend und die Zerstörung, welche die Deutschen durch die Ausübung der Besatzungspolitik in Teile der europäischen Sowjetunion brachten, größer waren, als die Vergewaltigungen, Brandstiftungen, Plünderungen und mutwilligen Morde, die den russischen Einmarsch in Deutschland mit sich führten. Sicher ist nur Eines, das Tausende von Deutschen, Polen und Russen grauenhaftes erlitten hatten, die meisten von ihnen schuldlos.

Auch, wenn an den im deutschen Osten ausgeübten Grausamkeiten die rote Armee die größte Schuld trifft, muss bemerkt werden, dass die deutschen Behörden nicht schuldlos waren. Von Bedeutung ist hierbei, dass die Sicherheit der Zivilbevölkerung von den Nationalsozialisten vernachlässigt wurde. Der Bevölkerung wurde oftmals erst dann erlaubt ihre Heimat zu verlassen, wenn der Feind mehr oder weniger schon vor der Haustür stand. Des Weiteren hatte man nahezu nichts geplant oder koordiniert, um die Flucht der Zivilbevölkerung nach Westen zu erleichtern bzw. zu ermöglichen.

Breslau wurde Mitte Februar 1945 endgültig von den deutschen Truppen getrennt. Zu dieser Zeit waren noch bis zu 180.000 Zivilisten in der Stadt, dazu kamen noch bis zu 50.000 Männer unter Waffen. Der Großteil dieser Soldaten kam aus verschiedenen Einheiten und wurde in acht Regimenter neu formiert. Diesen standen in der Stadt ca. dreizehn Divisionen bzw. 150.000 Mann gegenüber. Im Februar 1945 wurden tausende Zivilisten in die südliche Umgebung verlegt, da der sowjetische Angriff bis dahin aus Norden bzw. Osten erfolgte. Als die Rote Armee auch von Süden und Westen angriff, wurden diese Zivilisten Ende Februar 1945 von der Waffen-SS in unbarmherziger Weise weiterverlegt. Die Qualen, welche die Zivilbevölkerung durch beide bewaffneten Kräfte erlitt, hielten die Zeit der Belagerung und auch danach noch an. Trotz aller Kriegswirren ist es trotzdem möglich gewesen die Schwerverwundeten auszufliegen, um eine bessere medizinische Versorgung zu gewährleisten, als sie in der Stadt möglich war.

Breslau wurde von offizieller Seite als Muster deutscher Widerstandskraft hochgehalten. Die deutsche Wochenschau zeigte Szenen aus der belagerten Stadt. Um Zuversicht zu vermitteln und um die Bevölkerung zu beruhigen, erhöhte man sporadisch die sowieso schon knappen Rationen während der Belagerung. Trotz der harten Kämpfe während der Belagerung, wurde ein Minimum an Lebensstandard erhalten, Wasser und Elektrizität waren unterschiedlich verfügbar, die vorhandene Menge an Lebensmitteln war ausreichend.

Der größte Teil der Zivilbevölkerung half bereitwillig bei der Belagerung mit, dennoch verstärkte sich der Widerstand gegen die diktatorische Führung, je länger die Belagerung anhielt. Besonders aktiv waren in dieser Zeit auch die Gestapo und die Militärpolizei. Im Gefängnis Kletschkaustrasse gab es wegen Feigheit und Sabotage wenigstens 264 Hinrichtungen. Diese Einrichtung wird noch heute als Vollzugsanstalt verwendet. Viele der Opfer waren Ausländer, die zum Bleiben gezwungen wurden.

Am 31. März 1945 begann ein Totalangriff auf Breslau mit schwerem Artilleriefeuer. Die Stadt wurde auch aus der Luft zertrümmert, der Nachrichtenverkehr lahm gelegt.

Schätzungsweise fanden bei diesem gewaltigen Angriff 10.000 Menschen den Tod, die Stadt lag in Trümmern. Ostern 1945 waren nahezu alle Hauptkulturstätten und Kirchen zerstört. Nach mehreren Tagen des Totalangriffes, versuchte der neue Reichspräsident Karl Dönitz Zeit zu gewinnen, damit so viele Zivilisten wie möglich gerettet werden konnten.

Später akzeptierte er, dass es sinnlos wäre den Krieg fortzuführen und erklärte sich damit einverstanden, die Kapitulationsbedingungen der Alliierten zu unterschreiben.

Für Schlesien kam das Ende schnell. Nach vor der Kapitulation wurden, um massive Geldabhebungen vorzubeugen, die Sparkonten der Banken geschlossen. Dadurch sind die Deutschen gehindert gewesen, über ihre Ersparnisse zu verfügen, welche ihnen in der Übergangszeit gute Dienste geleistet hätten.

Mit dem Rückzug der deutschen Truppen in die Tschechoslowakei blieben die restlichen schlesischen Städte ohne Verteidigung.

Die Zusicherungen der Kapitulation von gesittetem Benehmen seitens der Roten Armee, wurden durch das Verhalten dieser bald zunichte gemacht. Brandstiftungen suchten die Stadt noch nach Wochen der Kapitulation heim. 70 Prozent der Stadt lagen in Trümmern. Schätze wie die Kirchen St. Barbara, St. Annen und St. Maria Magdalena wurden vernichtet. Auch die Breslauer Universitätsbibliothek blieb nicht verschont. Der Verlust an Menschenleben ist nicht genau zu bestimmen. Schätzungen zufolge fanden 20.000 Zivilisten und 6.000 deutsche Soldaten während der Belagerung den Tod. 23.000 Verteidiger wurden verwundet. Insgesamt fielen circa 280.000 Angehörige der deutschen Wehrmacht in Schlesien, auf Seiten der Sowjetarmee ist die Zahl unbekannt. Der 2. Weltkrieg verschob Millionen Menschen auf deutscher wie auf polnischer Seite. Weite Gebiete wurden verwüstet und für lange Zeit unbewohnbar gemacht, die Auswirkungen sind teilweise heute noch sichtbar.

## **5. Das Konzentrationslager Gross-Rosen**



*Eingangstor zum Häftlingsbereich vom KZ Gross-Rosen*

Eines der größten Probleme in der Geschichte des 2. Weltkrieges stellen die verschiedenen Arten von Arbeits- und Vernichtungslagern dar. Dies gilt besonders in Bezug auf die Ausmaße dieser verbrecherischen und unrechtmäßigen Handlungen, sowohl auch in wirtschaftlicher und moralischer Hinsicht. In der deutschen Wirtschaft arbeiteten gegen Ende des 2. Weltkrieges zwischen sieben und acht Millionen KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und zivile Zwangsarbeiter. Ca. 450.000 davon waren in Niederschlesien inhaftiert und beschäftigt. Davon wiederum waren ca. 120.000 Häftlinge, Männer und Frauen im Konzentrationslager Gross-Rosen untergebracht.

Die Ortschaft Gross-Rosen (heute Rogoznica) in den Striegauer Bergen war bereits lange vorher wegen der dort abgebauten qualitativ hochwertigen Granitvorkommen bekannt. Im Mai 1940 wurde die Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH, einem der SS unterstellten Unternehmen, Eigentümer des Granitwerkes Gross-Rosen. Die Förderung des Steinbruches sollte bedeutend erweitert werden, die dafür benötigten Arbeitskräfte wurden vom KZ-Sachsenhausen gestellt.



*Häftlinge beim Bau des Arbeitslagers in Gross-Rosen, 1940*

Das neu eröffnete Konzentrationslager erhielt die offizielle Bezeichnung AL Gross-Rosen. Am 2. August 1940 traf der erste Häftlingstransport mit 100 Personen ein. Im April 1941 zählte das Außenlager bereits über 700 männliche Gefangene.

*Das Wissen über die Anzahl der Personen bezieht sich auf zahlreiche Häftlingsberichte, da sich keine originalen Transportlisten von Häftlingen nach Gross-Rosen aus der ersten Zeit erhalten haben.*

Es kann davon ausgegangen werden, wenn man die Krankenrücktransporte und die während der Lagerzeit verstorbenen Menschen mit in Betracht zieht, dass das Arbeitslager Gross-Rosen mehr als 900 Häftlinge durchliefen.

In den ersten Monaten des Arbeitslagers herrschten katastrophale Lebensbedingungen. Es mangelte an Hygiene, die Wäsche konnte nicht gewechselt werden. Verpflegung, selbst Wasser wurde rationiert, es gab nahezu keine medizinische Versorgung, sowie keine ausreichenden sanitären Anlagen. Fast noch schlimmer waren die ungemein brutale Behandlung der SS-Wachen, sowie die lebensgefährliche Arbeit im Steinbruch. Die Sterblichkeit war unter all diesen Bedingungen enorm hoch.





*Der ehemalige Steinbruch beim KZ Gross-Rosen*

Aufgrund einer Produktionserhöhung führte die „Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH“ 1941 eine weitere Ausbauphase durch. Sie erwarb zu diesem Zweck von Georg Freiherr von Richthofen (1880 – 1950) einige Duzend Morgen zusätzliches Land. Um diese wirtschaftlichen Pläne durchführen zu können, wurden wiederum zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, denn die bisherigen Häftlinge des Außenlagers reichten bei weitem nicht aus, um das geplante Produktionsvolumen zu bewältigen. Am 1. Mai 1941 wurde das bisherige Arbeitslager in ein selbstständiges Konzentrationslager umgewandelt. Die Lage der Häftlinge veränderte sich mitnichten, die zerstörerische Arbeit dauerte an. Ebenso wenig änderte sich an der medizinischen Versorgung, an der Hygiene, den schrecklichen Wohnbedingungen und der extrem brutalen Behandlung der Wärter. In der Lagerverwaltung wurden deutsche Kriminelle eingesetzt, welche das Lager beinahe vollständig dominierten. Es formierte sich keine innere Widerstandsbewegung, wie es beispielsweise in Auschwitz und Buchenwald der Fall war. Es ist bis heute nicht gelungen, die Existenz einer größeren Organisation nachzuweisen. Möglicherweise hing dies mit der hoffnungslosen Lage der Häftlinge im Lager zusammen: mit der zerstörerischen Arbeit im Steinbruch, mit den deutschen Kriminellen, welche die Aufsicht innerhalb der Lagerverwaltung stellten, der ständigen Verschiebung der Häftlinge zwischen Haupt- und Nebenlagern, die jegliche Fluchtversuche unmöglich zu machen schienen.

Die Gefangenen unterhielten engere Kontakte in Kleingruppen von höchsten 8 - 10 Personen. In diesen Gruppen tauschte man Informationen aus, half sich gegenseitig und hielt den Geist

aufrecht. Aufgrund der Sprachzugehörigkeit handelte es sich um national einheitliche Kleingruppen.

1943 wurde das Lager ein weiteres Mal bedeutend um 45.000 Quadratmeter erweitert. Die Anzahl der Baracken stieg von 4 auf 22 an. In dieser Zeit wurden auch drei Verbrennungsöfen errichtet. 1944 kam es zum Bau eines zweiten Lagerabschnittes, des sogenannten „Auschwitz-Lagers“ mit einer Fläche von 70.000 Quadratkilometern. Dieser wurde gebaut, um die Häftlinge von Auschwitz-Birkenau aufzunehmen, da es absehbar war, dass das Lager evakuiert werden musste.

Als es klar wurde, dass nach der Niederlage bei Stalingrad und dem Zusammenbruch der Blitzkriegkonzeption der Krieg länger dauern würde, veränderte sich auch der Charakter des Lagers. KZ-Häftlinge wurden nun noch stärker als Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie und der Kriegswirtschaft ausgebeutet. Der Steinbruch Gross-Rosen verlor dadurch seine vorrangige wirtschaftliche Bedeutung, weit wichtiger wurden nun die neu geschaffenen bzw. aus bombengeschädigten Gegenden des Reiches nach Niederschlesien verlagerten Rüstungsbetriebe. Es entstanden neben dem Stammlager in Gross-Rosen nach und nach zahlreiche Nebenlager. Bis schließlich die Häftlinge des gesamten Lagersystems Gross-Rosen Rüstungsbetrieben, Großkonzernen und weiteren für die Kriegswirtschaft wichtigen Unternehmen in Schlesien, teilweise auch Ostsachsen, sowie dem Sudetengebiet zur Verfügung gestellt wurden. Darunter befanden sich bekannte Firmen wie der Krupp-Konzern, Siemens, Blaupunkt und Mercedes Benz. Im Laufe des Jahres 1944 wurden dem Lagersystem von Gross-Rosen ca. 90.000 Häftlinge zugeführt. Ein Grossteil starb infolge der Zerstörung ihres Organismus durch die unvorstellbar schwere, der mörderischen Arbeit, der ungenügenden Ernährung, nahezu keiner ärztlichen Versorgung, sowie der ungemein sadistischen und brutalen Behandlung der Lagerwachen. Anders als beispielsweise in Auschwitz, wurden die Insassen durch Arbeit vernichtet.

Zwischen Januar und Mai 1945 erfolgte, wegen der immer näher kommenden Front, die Evakuierung und Aufhebung des KZ Gross-Rosen in mehreren Phasen. Die erste Phase begann Ende Januar mit der Liquidierung mehrerer östlich und entlang der Oder gelegener Außenkommandos. Die Männeraußenlager wurden ins Stammlager Gross-Rosen verlegt, die Frauenaußenlager wurden ins innere Reichsgebiet verbracht. Die Verlegungen waren für die Insassen wahre Todesmärsche. Sie erhielten keine Lebensmittel, die Kleidung war den winterlichen Temperaturen nicht angemessen. Die Wachmannschaften der SS schossen auf jeden der nicht mitkam, einen Fluchtversuch unternahm oder auch nur im Verdacht stand einen zu versuchen. Der letzte Evakuierungszug verließ Gross-Rosen am 10. Februar 1945. Nach dem Abzug verblieb noch ein kleines Räumkommando, dessen Aufgabe es war das Lager zu ordnen und die Spuren des Verbrechens zu verwischen. Am 13. Februar betraten sowjetische Soldaten das bereits leere Lager. Die letzten Häftlinge des KZ-Systems Gross-Rosen erlangten am 8. und 9. Mai 1945 durch die Rote Armee und tschechischen Partisanen ihre Freiheit.

Genaue Angaben zur Anzahl der insgesamt im KZ Gross-Rosen inhaftierten sind wegen des Fehlens der originalen Registratur nicht möglich. Es wird angenommen, dass das KZ Gross-Rosen und seine Nebenlager in etwa 120.000 Häftlinge durchlaufen haben, wovon mehr als ein Drittel den Aufenthalt nicht überlebte.

Den zahlenmäßig größten Anteil machten jüdische Gefangene aus, gefolgt von Polen und Personen aus der Sowjetunion. Kleinere Häftlingsgruppen bildeten Menschen aus anderen europäischen Staaten. Im KZ-System Gross-Rosen machten auch weibliche Häftlinge einen hohen Prozentsatz aus. Mehr als 25.000 durchliefen das gesamte Lagersystem, die meisten von Ihnen waren jüdischer Herkunft.

Das Vorhandensein von Arbeits- und Konzentrationslagern, wie in diesem Fall das von Gross-Rosen und der bedeutende Anteil polnischer und sowjetischer Häftlinge, sind auf jeden
---

Fall zu den bedeutenden Ursachen der feinseelischen Einstellung der russischen Soldaten und polnischen Einwohnern gegenüber der deutschen Bevölkerung zu rechnen.

## 5. Die Flüchtlings-Katastrophe

Die Geschichte von Flucht und Evakuierung ist schon oft beschrieben worden. Meistens entschied nicht die Sorge um die Sicherheit der Zivilbevölkerung über den Beginn der Evakuierungsaktion, sondern die Bedürfnisse der deutschen Propaganda und die Entwicklung der Lage an der Front. Die Nationalsozialisten forderten von der Bevölkerung bedingungslosen Gehorsam. Mit der Aufstellung der Evakuierungstrecks zögerte man oft soweit hinaus, dass damit die Chancen auf ein erfolgreiches Gelingen der Flucht vereitelt wurden. Viele Treck brachen nur einen Tag, manchmal nur wenige Stunden vor dem Anrücken der Roten Armee auf. Die Bewohner Ostpreußens waren der Bedrohung am Unmittelbarsten ausgesetzt. Die erste Phase der Evakuierung fand hier schon Ende Juli 1944 statt.

Für Pommern, das durch die Offensive der Roten Armee vom Rest Deutschlands abgeschnitten war, blieb als Fluchtweg nur noch der Seeweg übrig.



*Evakuierung der deutschen Bevölkerung in den Häfen der Danziger Bucht, April 1945*

Besonders verlustreich waren die Evakuierungen in den Wintermonaten, nicht nur wegen der Kälte, sondern auch weil die Sowjets in dieser Zeit schon weit in Reich eingefallen war. Nicht selten kollidierten die Flüchtlingsstrecks, die aus Pferdegespannen, Fußgängern mit Handwagen und wenigen Autos bestanden, mit der sich zurückziehenden deutschen Wehrmacht und vorrückenden Roten Armee. Nicht selten wurden sie auch von beiden Seiten beschossen. Sie erlitten Verluste durch die mörderische Kälte, Hunger, Krankheiten und durch Beschuss. Oft genug standen sich die Flüchtlinge einander im Weg, bis sie von den



Sowjets eingeholt wurden. In den ersten Monaten von 1945 sind in Folge dieser Todesmärsche Hunderttausende von Menschen umgekommen. Die zurückgebliebenen Bewohner waren auf Gedeih und Verderb den Sowjets ausgeliefert.



*Deutsche Flüchtlinge im Januar 1945*

Abgesehen von den hohen Verlusten hatten die Deutschen gute Gründe vor der Roten Armee zu fliehen. Es gab von Seiten der Sowjets Raub, Plünderungen, Massenerschießungen und – vergewaltigungen, Menschen wurden zur Zwangsarbeit in die UDSSR verschleppt, ganze Ortschaften machten sie dem Erdboden gleich.

Die beiden Schlesischen Provinzen waren erst Ende 1945 direkt vom Kriegsgeschehen bedroht. Die erste Evakuierung wurde nach Sachsen und Thüringen geleitet. Später blieb nur noch der Weg nach Böhmen übrig. Die Evakuierung war viel zu spät begonnen worden und auch sehr schlecht geplant. Der Befehl der Evakuierung der Zivilbevölkerung kam erst am 19. Januar 1945, ohne das ausreichende Transportmittel vorhanden waren. Die Menschen kämpften auf dem überfüllten Bahnhof um einen Platz im Waggon. Etwa 90.000 Breslauer fanden den Tod. Innerhalb von drei Wochen verließ die Mehrheit der Bewohner (etwa 700.000) die Stadt.

Tausende Flüchtlinge aus Schlesien kamen bei der Bombardierung Dresdens um Leben. Ernstzunehmende Schätzungen gehen davon aus, das infolge der Verbrechen und Sicherungsmaßnahmen der Roten Armee östlich von Neiße und Oder über 200.000 Zivilisten den Tod gefunden haben.

Die Massenflucht vor der vorrückenden Front umfasste wahrscheinlich die Hälfte der Bevölkerung des damaligen Ostdeutschlands. Unter den chaotischen Geschehnissen ist es schwer ihr genaues Ausmaß festzustellen, auch deshalb weil sich in den östlichen Provinzen Deutschlands hunderttausende Flüchtlinge aus den von Bombardierung bedrohten Städten Westdeutschlands aufhielten.

Nachdem die Front weiter gezogen war kehrten viele Flüchtlinge in ihre Heimatorte zurück, dadurch wird die zahlenmäßige Festlegung des Westen Bevölkerungsabganges zusätzlich erschwert. Schätzungen zufolge sind etwa 6,7 Millionen Menschen in den deutschen

Provinzen und 800.000 aus den besetzten polnischen Gebieten geflüchtet. Die Verluste der Menschenleben bleiben umstritten. Es wird von einer Größenordnung von 600.000 bis 1,2 Millionen Verstorbenen und Getöteten ausgegangen. Die Hauptursachen waren Hunger, Kälte, Bombardierungen, Erschöpfungen und Tötungen von Seiten der Sowjets.



*Flüchtlingstreck aus Schlesien in der Gegend von Berlin, Januar 1945*

Kurz vor dem Ende des 2. Weltkrieges erschien den Polen die Flucht der deutschen Bevölkerung aus dem Osten als gerechtes Ende für 5 Jahre grausame Besatzungszeit, als die polnische Bevölkerung den deutschen „Herrenmenschen“ weichen mussten. Nun war das Deutsche Reich am Ende und die Freiheit in greifbarer Nähe.

Das Denken der Polen über das künftige Verhältnis zum deutschen Nachbarn war besonders durch den Erfahrungshintergrund von Bedrohung, Entwurzelung und Massenmord geprägt. Es entwickelte sich das Verlangen nach Rache und Wiedergutmachung für die Jahre der Erniedrigung.

## **6. Die Nachkriegszeit**

Der Schleppende Übergang von Krieg zu Frieden, die monatelange Angst und Unsicherheit dürfte eines der wichtigsten gemeinsamen Erlebnisse der deutschen Bevölkerung in Schlesien gewesen sein, denn anders als in Pommern oder Ostpreußen wurde das Land erst relativ spät, Anfang 1945 vom direkten Kriegsgeschehen betroffen. Die Bevölkerung wartete, von Nachrichten abgeschnitten, meist apathisch und erschrocken, auf die weitere Entwicklung der Ereignisse. Die wenigsten der schlesischen Deutschen werden es für möglich gehalten haben, dass Breslau, ebenso wie Stettin, Danzig und Königsberg, bald nicht mehr zu Deutschland gehören würde. (S.94)

In den ersten Monaten nach Kriegsende hatte der Deutschenhass Formen angenommen, die heute schwer zu begreifen sind. Teilweise war der Hass so stark, dass jedes deutsche Wort schon Konsequenzen hatte. Die selbsternannten Sicherheitskräfte haben die Deutschen schikaniert und ohne ersichtlichen Grund oft eingesperrt. Gelegentliche Gewaltakte und nächtliche Plünderungen waren keine Seltenheit. Für Nichtigkeiten wurden Strafen erteilt, man verhängte Haftstrafen ohne Haftbefehl, es gab keine Regeln für einen verbindlichen Aufenthalt im Gefängnis. (S.41)

Die Erben der Opfer empfinden sich ebenfalls als Opfer von Vorgängen in der Geschichte, für die sie keinerlei Verantwortung tragen. Für sie starben Vater, Mutter oder Großvater einen Sinnlosen Tod, verschuldet durch Polen, die getrieben wurden von der Sehnsucht nach Rache. (S. 42) Vor allem die älteren Schlesier, die in Polen geblieben sind, meinen, mehr als alle anderen für den Krieg bezahlt zu haben. Sie konnten meistens kaum polnisch verstehen und schreiben. Beim Aufsetzen von Formularen für die Behörden, brauchten sie Hilfe. Man sollte nur still sein und nichts fordern.

Die wohl schlimmste Demütigung der Miliz gegen die Deutschen war das Widerausgraben von Leichen. Die polnischen Behörden schienen den Verdacht zu hegen, dass die Gräber die Überreste von erschossenen Polen, Juden oder Soldaten der Roten Armee enthielten. Man wollte damit deutsche Verbrechen nachweisen. Die Rote Armee schaltete sich ein und beendete die Schändung der Gräber, nachdem über hundert Leichen ausgegraben wurden. Zu dieser Zeit spielten sich solche Vorgänge in ganz Schlesien, wie zum Beispiel in Lamsdorf ab. Es ist unbekannt, ob es sich um vorsätzliche Vorfälle handelte, um die Deutschen zu demütigen und an die niederen Instinkte der polnischen Mengen zu appellieren, welche als antreibende Zuschauer agierten, oder ob es ein spontanes Ereignis war, was sich seltsamerweise in mehreren verschiedenen Städten abspielte.

#### Das Lager Lamsdorf

Wer im Oppelner Teil von Schlesien verhaftet, interniert oder in Gewahrsam genommen wurde und verschwand, den vermuteten die Deutschen in Lamsdorf, heute Lambinowice. Das Dorf liegt ca. 35 km südwestlich von Oppeln.

1939 errichteten hier die Wehrmacht und die SS ein Kriegsgefangenenlager ein. Bis 1945 wurden rund 200.000 Menschen festgehalten. Auch Teilnehmer des Warschauer Aufstandes kamen in dieses Lager. Die Lebensbedingungen im Lager Lamsdorf waren wie so oft in deutschen Lagern katastrophal. Zehntausende Kriegsgefangenen starben an Unterernährung und Krankheiten, vor allen Sowjetische. Die deutsche Lagerleitung ließ die „russischen Untermenschen“ abgeschirmt in speziellen Lagern massenweise verhungern. Lamsdorf war in diesem Sinne ebenso ein Massenvernichtungslager wie Groß-Rosen oder Auschwitz.

Insgesamt ist der Tod von 40.000 Kriegsgefangenen belegt. (S.43)

1945 internieren das polnische Militär und der Sicherheitsdienst im Lager Lamsdorf Wehrmachtsangehörige und auch Einwohner Schlesiens. Diese mussten die Massengräber öffnen, es sollten die Toten identifiziert werden, um die Kriegsverbrechen der Nationalsozialisten aufzudecken. Doch es sind nicht die Funktionäre oder die Kriegsverbrecher der Nazis, die jeden Tag mit dem Spaten oder den bloßen Händen zur Sühne deutscher Schuld antreten, es sind hauptsächlich unschuldige Frauen aus Schlesien. In der Zeit der Internierungen gehören Vergewaltigungen, Folter und auch Mord an Frauen, Kindern und Alten zum Alltag im Lager. Auch die hygienischen Verhältnisse waren eine Katastrophe. Es kursieren Krankheiten wie Ruhr und Typhus. Täglich sterben Menschen an diesen Krankheiten. Der deutsche Arzt der Krankenstation kann nur wenig helfen. Wie überall im Land sind Medikamente absolute Mangelware. Die einzige Therapie ist oft nur die Isolation der Kranken.

Nach dem Jahre 1945 ist die Geschichte des Lagers unter Verschluss der Kommunisten. Erst nach der politischen Wende von 1989 ändert sich das. Zu den Zeugnissen der Zeit gehören unter anderem zwei Fotos von der Öffnung der Massengräber. Darauf abgebildet sind ältere Männer als Gefangene, die schlesischen Bauern mehr ähneln als Funktionären der SS. Dass im ehemaligen Kriegsgefangenenlager die überwiegende Mehrheit der dort inhaftierten Menschen unschuldig waren, haben polnische Historiker, welche die bekannten Akten besichtigt haben, bestätigt. Ihre einzige Schuld bestand darin, der deutschen Nation anzugehören. Lediglich 300 von rund 5000 internierten Personen, standen unter dem Verdacht, nationalsozialistischen Organisationen angehört zu haben. Die Frage nach der Anzahl der Opfer im Lager Lamsdorf von 1945 – 1946 ist schwer zu beantworten. Schuld daran sind die fehlenden oder nur lückenhaft vorhandenen Quellen, sowie die Widersprüchlichkeit der Zeugenaussagen. 1137 Tote sind namentlich bekannt. Alle polnischen und deutschen Historiker sind sich einig, dass die Anzahl der Toten größer ist, viel größer. (S.45/46)

1945 nutzte die noch schwache polnische Verwaltung in Schlesien das Druckmittel „Lamsdorf“ um sich gegenüber der noch verbliebenen deutschen Bevölkerung Respekt zu verschaffen. Es ist belegt, dass polnische Bürgermeister deutsche Schlesier zur Ausreise nötigten und mit der Einweisung nach Lamsdorf drohten. Unter den deutschen Schlesiern verbreitete sich rasch die Nachricht von der Existenz des Lagers. Es gab Gerüchte, dass die Einwohner ganzer Dörfer in Lamsdorf verschwunden seien. (S.47) Tatsache war, je geringer die Entfernung eines Dorfes zum Lager, umso größer war die Zahl der aus dem Ort Internierten.

Der Aufschrei der Opfer von Lamsdorf war selbst im weit entfernten Warschau zu hören. Eine Sonderkommission der kommunistischen Partei und des Sicherheitsdienstes berichteten sichtlich erschüttert über die Zustände in und um Lamsdorf:

„Im gesamten Kreis herrscht eine erschreckende Gesetzlosigkeit. Die Leute haben schon jetzt jedes Gefühl für Recht und Unrecht verloren. Kein Verbrechen ist geeignet, Erstaunen hervorzurufen. Die Miliz [d.h. die Polizei] und teilweise auch die Organe des Sicherheitsdienstes vergewaltigen und berauben die Menschen. Das führt dazu, dass sie Leute in panischer Angst flüchten, sobald sie einen Milizionär sehen“.

Die Kommission forderte die Bestrafung aller Verantwortlichen für die Lage in und um Lamsdorf. Der Lagerkommandant wurde schon im Herbst 1945 wegen einem spektakulärem Massenmord abgelöst und verhaftet. Auch wenn die Bestrafung durch den polnischen Sicherheitsdienst sehr gering ausgefallen ist, er ist bald danach wieder entlassen worden, es hat sie gegeben.

Die Hintergründe des Skandals von Lamsdorf waren vielseitig, die weit über das Thema „Vertreibung“ im herkömmlichen Sinne hinausreichen.

Auf der einen Seite waren da die Repatrianten, die in den Häusern, bzw. Höfen der im Lager Internierten untergebracht werden mussten. Das war aber keineswegs der Hauptgrund, denn Repatrianten gab es auch in anderen ehemaligen deutschen Ostgebieten.

Weiterhin, suchten viele Polen aus den zerstörten zentralen Landesteilen im Westen eine neue Unterkunft, nachdem ihr altes Haus im Krieg zerstört worden war. Viele wollten jedoch etwas anderes: einen schnellen Gewinn machen, dazu lud die Situation nach dem Krieg geradezu ein. Nach sechs Jahren Armut und Zerstörung konnte auf dem polnischen Markt alles gebraucht werden, Möbel, Haushaltsgegenstände und noch vieles mehr. Zwar handelten die Räuber und Schmuggler gegen Recht und Gesetz, waren aber meist klug genug, um den Massenraub mit dem Schein der Legalität zu versehen. Dieses Verfahren war nicht einmal sonderlich kompliziert. Der polnische Staat verfügte 1945 in den ehemals deutschen Gebieten über kein Personal und war daher auf Freiwillige angewiesen. Da bot es sich bestens an, dass der Schmuggler seinen Verwandten oder Nachbarn in die entstehende Polizei oder



Kommunalverwaltung gehen und sich von ihm dann die nötigen Unterlagen ausstellen ließ, um den bisherigen Besitzer ins Lager einweisen zu lassen und die Beschlagnahme seiner Habe als legitime Entschädigung für die vermeintlichen Vergehen, die er begangen haben soll. Bis die polnische Regierung derartige schon organisierte mafiaartige Kriminalität in den Griff bekam, sollten noch Jahre vergehen.

Der letzte Hintergrund für den Lambsdorfer Skandal war die Bevölkerungspolitik des neu entstandenen Polens. Lambsdorf lag im Kreis Falkenberg und in diesem Kreis hatten fast alle verbliebenen Bewohner einen Antrag auf Verifizierung gestellt, d.h. ihren Willen bekundet in Polen zu bleiben. Unter diesen Umständen stellt das Lager Lambsdorf mehr als ein Verbrechen dar, da die meisten Insassen aus den umliegenden Ortschaften stammten. Dieses Verbrechen kollidierte mit den grundsätzlichen Zielen der staatlichen Bevölkerungspolitik.



*Gedenktafel in Lambsdorf/Lambinowice*

Zum Alltag nach dem Kriegsende gehörte auch die Ungewissheit. Die deutschen Schlesier wussten nicht, was in der Welt geschieht und wie es um ihr Schicksal und das ihrer Heimat steht. Gründe sind unter anderem, dass auch nach dem Krieg der Besitz von Radios verboten war, trotzdem setzen sich viele Familien darüber hinweg, dennoch befreite auch ein Radio nicht von Ungewissheit, es gab nur viele Gerüchte. Viele Schlesier dachten die Deutschen kommen wieder. Die Existenz dieser Gerüchte macht deutlich, wie sehr die Siegermächte über ihre Nachkriegspläne Stillschweigen bewahren. Von den Potsdamer Verhandlungen drang nichts an die Öffentlichkeit. Schließlich gelangte nach Schlesien das Gerücht der neuen Grenzziehungen der deutschen Ostgrenze. Dazu gehörten zwei Flussnamen: Neiße und Oder. Doch die Neiße existiert zweimal, die Glatzer- und die Görlitzer Neiße. Wäre die Glatzer gemeint wäre blieben große Teile Schlesien in Deutschland und die Schlesienschen Gebiete östlich dieser Neiße wären doch noch recht nah an Deutschland. Nach den Verhandlungen in Potsdam wird langsam klar, dass die andere Neiße, die Görlitzer Neiße gemeint ist. Für viele Schlesier ist das ein Schock, unvorstellbar, das nahezu ganz Schlesien zu Polen kommen soll. Diese Grenzziehung kann in der Vorstellung vieler Schlesier nur vorläufig sein. (S.48)



Der kirchliche Einfluss erfuhr in den letzten Kriegsjahren und der Nachkriegszeit bei der deutschen Gemeinde einen neuen Aufschwung. Da sie keine Hilfe oder Informationen von Außen bekamen, suchten die Deutschen Trost in der Kirche. Im Allgemeinen waren es die Geistlichen, die in Gesprächen mit den polnischen Behörden die Deutschen repräsentierten. Ihnen wurden Freiheiten gewährt, die man sonst nicht tolerierte, auch wurden sie mit mehr Rücksicht behandelt, da sie der NSDAP nicht nahe gestanden hatten. Der Einfluss dieser Männer war spürbar, wenn es darum ging die den Deutschen aufgelegten Schikanen abzumildern.

In der ersten Zeit nach dem Krieg sind Auseinandersetzungen zwischen Roter Armee und polnischer Miliz keine Seltenheit. Die sowjetischen Offiziere registrieren, dass polnische Banden und selbsternannte Milizen eine radikale Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus den ihnen übergebenen Gebieten organisieren. Die den Polen von den Sowjets zugestandenen Kompetenzen wurden damit aber überschritten. Der nicht abbreißende Flüchtlingsstrom nach Westen verschärft die Situation in den Besatzungszonen. Die Lebensmittel sind vielerorts knapp, es grassieren Hunger und Krankheiten. Darum bremste die sowjetische Führung die Vertreibung der Deutschen aus Schlesien. Manchmal kommt es sogar vor, dass nach Schlesien rückkehrende Flüchtlingstrecks sowjetischen Geleitschutz in die Heimatchorte erhalten, als Schutz vor polnischen Banden.

Die überwiegend ländliche Bevölkerung Schlesiens ist im eigenen Wohnort noch am besten in der Lage sich mit Nahrung zu versorgen.

Trotz alledem lernen viele Schlesier in den Nachkriegsmonaten zu unterscheiden: es gibt nicht „die“ Polen und nicht „die“ Russen. Es gibt Menschen die skrupellos rauben und morden, wenn es die Verhältnisse zulassen und es gibt Menschen, die das nicht tun, auch wenn die Umstände es zulassen. (S. 52)

Es hatten nicht nur Deutsche, sondern auch Polen Angst vor ihren Landsleuten. Das Nachkriegsleben in Schlesien ist ein Leben ohne Gesetz. Internierungen und Verhaftungen erfolgen auf Verdacht und Verleumdungen.

Die Angehörigen der ehemaligen polnischen Minderheit suchten oft in ihren eignen Reihen nach Kollaborateuren. Den in Schlesien lebenden Polen stand nach dem Jahre 1939 die Möglichkeit offen, die deutsche Nationalität bzw. die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten unter der Bedingung einen deutsch klingenden Namen anzunehmen. Einige Polen machten von diesem Angebot Gebrauch. Nach 1945 werteten das die selbsternannten polnischen Machthaber als Verrat am polnischen Vaterland und übten Rache an den Betroffenen. (S.39)

Auch mancher Schlesier wollte seine Haut retten hatte dem polnischen Nachbar oder der Miliz irgendetwas erzählt, was nicht stimmte. Einige Deutsche versuchten sich auch mit den sowjetischen Besatzern gut zu stellen, da diese die größte Macht im Nachkriegsschlesien hatten, was wiederum nicht selten den Widerwillen der polnischen Bevölkerung hervorrief. Oft ist das willkürliche Plündern und Morden keine Rache an den Deutschen für den begonnenen Krieg, sondern blanke Willkür, weil die Verhältnisse es gestatten. Einige nutzen die Möglichkeiten sich einfach nur zu bereichern.

Die Polonisierung Schlesiens ist nach keinem festen Plan verlaufen. Zwar gab es Beschlüsse der provisorischen Regierung und Befehle des Sicherheitsapparates, doch da kaum ein Telefon funktioniert und auch das Postsystem nur unzuverlässig ist, hängt es meist vom Zufall ab, ob Weisungen und Befehle in den jeweiligen Ortschaften ankommen. Die Interpretation ist aufgrund mangelnder Kommunikationsmöglichkeiten desselben oft ebenso zufällig. Ein solcher Befehl, war die Vernichtung der deutschen Amtssprache. Vielerorts durch die Verbrennung von deutschem Schriftgut aus den Bürostuben der Rathäuser, aus Kirchen und aus den Wohnungen geflüchteter Deutscher. An die deutschen Schlesier geht der Erlass alle

deutschsprachigen Bücher abzugeben. Viele hielten sich nicht daran, sondern haben die Bücher einfach versteckt.

Im Gegensatz zur Bücherverbrennung der Nationalsozialisten ging es hier nicht um den Inhalt, sondern um die Auslöschung der deutschen Sprache.

Der Hass der Polen auf die Deutschen war enorm groß. Auch Haushaltsgegenstände mit deutscher Beschriftung sollten vernichtet werden.

Die polnischen Milizen kontrollierten die Verbannung der deutschen Sprache auf das Strengste. Verstöße gegen die Verordnungen wurden je nach Belieben, mit einfacher Ermahnung bis hin zur Enteignung und Zwangsausweisung nach Deutschland geahndet. Ist ein Hof oder ein Haus für die Ansiedlung von Polen besonders geeignet, wurden deren deutsche Bewohner besonders oft durch Kontrollen schikaniert und zur Ausreise genötigt. Teilweise verschwindet zur gleichen Zeit die gesamte deutsche Beschilderung. An Schulen, Geschäften, an den Bahnhöfen, an Postämtern, an Häusern werden deutsche Buchstaben abgeschlagen. Auch auf Friedhöfen und in den Kirchen sollte kein deutsches Wort mehr zu lesen sein. (S.55)

Der Prozess der „Entdeutschung“ dauerte jahrelang. Die polnischen Behörden stießen immer wieder auf irritierende Spuren des Deutschtums, die das Bild der neuen polnischen Gebiete trübten.

Ebenfalls zog sich der Kampf gegen den Gebrauch der deutschen Sprache vor allem in Oberschlesien noch mehrere Jahre hin. Im Dezember 1949 klagte das Zentralkomitee der Polnischer Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), dass „immer mehr deutsche Bücher gelesen“ werden und in den Städten immer noch deutsch gesprochen wird: Man höre die „deutsche Sprache auf den Hauptstraßen, in den Lokalen, in den Schlangen vor Geschäften usw. Es kommt häufig vor, dass nachts laut deutsch gesungen wird.“ (S. 98)

Häufig ist die erste polnische Institution in der Nachkriegszeit in (Ober) Schlesien die Schule. Hier beginnt noch vor der Polonisierung der Erwachsenen, die der Kinder, denn diese ist bei ihnen viel einfacher durchzuführen. In Oberschlesien werden zumeist die polnischen Lehrer eingesetzt, die vor 1938 zu der polnischen Minderheit in den jeweiligen Orten gehörten und eine eigene Schule hatten. Diese Schulen wurden 1938 von den Nazis geschlossen.

Als die neuen Lehrer den Unterricht aufnahmen, haben sie häufig die Namen der deutschen Schüler in polnisch klingende umgeschrieben. Sie setzten im Unterricht beharrlich durch, dass im Unterricht und in den Pausen kein deutsches Wort gesprochen wurde. Vergehen wurden oft mit Strafe geahndet. Die Kinder hatten Angst, versteckten sich in den Pausen um ungestört deutsch reden zu können. Aber nicht alle Lehrer waren gleich, manche zeigten mehr Verständnis und haben über das Vergehen „deutsch zu sprechen“ hinweggesehen.

In vielen schlesische Familien wurde zu Hause schlesisch gesprochen, manche Eltern erlernen aus Angst vor den Behörden den Kindern die deutsche Sprache nicht mehr, so dass vor allem die jüngsten Nachkriegsgeneration dieser Sprache nicht oder nur unzureichend mächtig ist.

Deutsch wird für die meisten eine Fremdsprache. Ganz allmählich wachsen sie in die polnische Sprache hinein, welche sie meist schneller und besser beherrschen als ihre Eltern. Der polnische Staat formte die Kinder so, wie es ihm passte. Es war eine regelrechte geistige Vergewaltigung, alle Spuren des Deutschtums wurden umgeschrieben. Aus den Nachnamen „Wolf“ wurde beispielsweise der Name „Wilk“ gemacht, aus „Brunhilde“ der Name „Bronislaw“.

Nach der Entlassung der alten deutschen Lehrer fehlten in den Schulen ausgebildete Pädagogen. Junge polnische Schulabgänger aus ganz Polen erweitern in kurzen Studiengängen und Neulehrerkursen ihr Wissen und werden anschließend nach Schlesien geschickt. Niemand der neuen Lehrer hat von dem was sie dort erwartet eine Ahnung. Freiwillig kommen die Wenigsten dorthin, viele werden von den Kommunisten zur

Lehrertätigkeit in Schlesien verpflichtet. Die Arbeitsbedingungen waren meist schrecklich, so dass viele von den Neuankömmlingen nach mehreren Monaten wieder gingen.

Mit den Deutschen in Schlesien wird nach verschiedenen Kriterien verfahren. Einige müssen das Land verlassen, andere dürfen nicht gehen. Im Jahre 1946 müssen alle Deutschen Niederschlesien verlassen. In Oberschlesien gibt es die so genannte „polnische Option“: Deutsche können den Antrag auf die polnische Staatsbürgerschaft stellen. Die Option gilt nicht generell, an ehemaligen deutschen Lehrern und Beamten, sowie an Unternehmern des Mittelstandes hat man kein Interesse. Sehr gefragt sind hingegen einfache Arbeitskräfte und Ingenieure, diese sind im zerrütteten Nachkriegsschlesien in der polnischen Bevölkerung „Mangelware“.

An Einwohnern in Orten mit überwiegend evangelischer Bevölkerung hat die polnische Regierung ebenfalls kein Interesse an einer Polonisierung. Diese Bevölkerungsschicht wird schnell und mit Nachdruck vertrieben. Orte mit überwiegender katholischer Bevölkerung gelten bei den Behörden als leicht polonisierbar. Die Einwohner werden vor die Wahl gestellt entweder die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen oder alles Eigentum zu verlieren.

Die Tatsache, dass die verlassenen Häuser und Grundstücke an Polen übergeben wurden, bleibt auch in den deutschen Besatzungszonen nicht ohne Wirkung. Viele Deutsche Flüchtlinge kehrten in ihre alte Heimat zurück um ihren Besitz an Grund und Boden zu retten. Doch häufig erfuhren die Heimkehrer mit Entsetzen, dass sie keinen Anspruch mehr auf ihren ehemaligen Besitz haben. Es gab auch Fälle in denen die Deutschen ihren Besitz nachweisen konnten. Unter der Bedingung den polnischen Pass anzunehmen, erhielten sie ihr Hab und Gut zurück.

Die Option die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen und das Eigentum zu behalten oder enteignet und ausgewiesen zu werden existiert nur für eine bestimmte Zeit. Wenige Jahre später verhandeln die polnischen Behörden mit den ehemaligen Deutschen nicht mehr, diese sitzen nun in der Falle.

Im ersten Nachkriegsjahrzehnt beschäftigt die ehemaligen deutschen Schlesier nicht selten die Frage, ob es richtig war zu bleiben. Auch wenn sie in ihrer Heimat leben, leben sie doch in einer fremden Welt mit fremder Sprache. Selbst wer der polnischen Sprache mächtig ist, hat trotzdem oft Schwierigkeiten was tatsächlich gemeint ist.

Auch der Druck auf die Bauern erhöht sich. In der Blütezeit des Stalinismus, der im polnischen Fall bis Mitte der 1950er Jahre dauerte, erging es den deutschen Schlesiern nicht anders als den polnischen Bauern. Sie waren entmündigt, von der Zwangskollektivierung bedroht, wurden ausgebeutet. Die geforderten Abgaben werden immer größer. Mit dem Eintritt in die Kollektivwirtschaft wäre eine Befreiung davon möglich. Für die deutschen Schlesier kommt diese Möglichkeit nicht in Betracht. Freiwillig verschreibt keiner sein Land dem polnischen Staat. Umso mehr wächst in der ersten Hälfte der 1950er Jahre der Wunsch nach Ausreise. Da die polnische Regierung ahnt, dass die Polonisierung der deutschen Schlesier zu scheitern droht, können die ehemaligen Deutschen 1956 einen Ausreiseantrag stellen. Das bedeutete aber eine entschädigungslose Übergabe des Eigentums an Polen. Vielen fällt diese Entscheidung schwer, dennoch entscheiden sich eine Menge Deutsche für die Ausreise, sie träumen vom wachsenden Wohlstand im Westen und scheuen einen totalen Neuanfang nicht mehr. Wegen der hohen Anzahl der Anträge beginnt der polnische Staat die Ausreise zu kontingentieren, denn die Regierung kann den Verlust an gut funktionierenden Bauernwirtschaften nicht schnell genug kompensieren. Zuerst dürfen diejenigen Familien abreisen, die ihren Hof schlecht führen. Nach und nach reist Familie für Familie ab und überschreibt ihr Eigentum dem Staat. In den 1960er und 1970er Jahren öffnet die polnische Regierung immer wieder für deutsche Familien die Grenzen. So manche deutsche Familie bekommt aber wieder und wieder eine Ablehnung des Antrages. Vor allem den Jüngeren fällt

es schwer diese Ungewissheit der Zukunft zu akzeptieren. Wer seine Zukunft nicht unter der kommunistischen Regierung planen möchte, dem bleibt häufig nur die illegale Ausreise. In den 1970er Jahren ändert sich das Verhältnis zwischen ehemaligen Deutschen und den gebürtigen Polen. Vieles ist in dem neuen Leben Alltag geworden. Wer bis dahin keine Möglichkeit zur Ausreise gefunden hat, rechnet damit als Pole sterben zu müssen. Nur die Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik Deutschland haben zu den ehemaligen Deutschen Kontakt. Sonst scheinen von ihrem Leidensweg niemand etwas wissen zu wollen. Die Ostverträge der Regierung Brandts empfinden die vergessenen Deutschen als Enttäuschung. Von polnischer Seite aus gibt es offiziell in Polen keine einzige deutsche Familie mehr.

Andererseits hatten sie in dieser Zeit des Wiederaufbaus und der sich stark entwickelnden Industrie auch Aufstiegschancen. Aufgrund ihrer überdurchschnittlich vielen Verwandten im westlichen Ausland, standen sie wiederum unter einer Art Generalverdacht, weniger verlässlich als andere volkpolnische Bürger zu sein.

In diese Verhältnisse wächst die jugendliche Nachgeneration herein, als wäre es nie anders gewesen. Sie haben Zugang zum Abitur und das Recht auf ein Studium wie jede andere polnische Familie. Es gibt nur eine Einschränkung: als Kinder von ehemaligen Deutschen dürfen sie nicht mit der deutschen Sprache in Berührung kommen, auf keinen Fall Germanistik studieren. In anderen Teilen Polens wurde das Unterrichtsfach Deutsch als Wahlfach angeboten, nicht aber in Schlesien.

Erst in den 1980er Jahren als das kommunistische Polen schon im Begriff ist zusammen zu brechen, entschließt sich das Bildungsministerium in Warschau, unter dem Druck des Erzbischofs von Oppeln (Opole), der pädagogischen Hochschule in Oppeln die Einrichtung des Fachbereichs Germanistik zu gestatten. Ab da an wurde die deutsche Sprache in Schlesien zwar wieder unterrichtet, doch die Lehrstühle besetzten die Parteifunktionäre mit gebürtigen Polen. Nachfahren aus deutschen Familien erhalten keinen Zugang zu diesen Fachbereichen, weder als Studenten, noch als Lehrkraft.

Nur mit der Entscheidung des Priesterberufes können die Nachkommen der Deutschen die deutsche Sprache erlernen. Für die Wahl des Berufes bleibt das nicht ohne Auswirkungen. Die Kirche verkörpert ein Stück Heimat, was nicht untergegangen ist. Die Familien der polonisierten Deutschen erkennen, dass sie so ihre Interessen selbst vertreten können und sorgen dafür dass die Priester in Schlesien möglichst aus ihren eigenen Reihen kommen. Die anderen Schulabsolventen ehemaliger deutscher Familien merken, dass sie nur wenige Chancen haben in der Volksrepublik Polen Karriere zu machen, der kommunistische Staat misstraut ihnen. Die Folgen daraus sind, dass die Kinder und Kindeskiner der deutschen Schlesier es vermeiden, an allen Veranstaltungen teilzunehmen, in denen die Treue zum polnischen Staat bekundet wird. Diese unausgesprochenen Vereinbarungen wurden von Generation zu Generation weitergegeben.

## **7. Polnische und sowjetische Nachkriegspolitik in den „Wiedergewonnen Gebieten“**

Das kommunistische Milieu, welches sich im Verlauf herausgebildet hatte und mit Moskau verbunden war, sprach sich zur Grenzfrage sehr lakonisch aus. Dahinter stand die Absicht nicht aus dem Handeln des Protektors Stalin auszuscheren.

Angesichts des bevorstehenden Vordringens der Roten Armee ergriff Stalin selbst die Initiative zur Anerkennung der von Polen gewünschten Nord- Westgrenze. Im Dezember 1943 präsentierte er eine Landkarte, auf der die polnische Westgrenze entlang der Oder und der Lausitzer Neisse eingezeichnet war. Auf diese Weise plante man in Moskau die Westgrenze des bolschewistischen Imperiums in der Annahme, dass die Nachkriegsstaatlichkeit eng mit der siegreichen Macht verbunden sein würde.

Unberücksichtigt bleiben konnte dabei nicht, dass je tiefer die polnische Gebietsveränderungen auf Kosten der Deutschen gehen würden, der zu erwartenden Widerstand nach dem Krieg gegen solche Bestimmungen umso sicherer und der Grenzrevisionismus umso stärker sein werde. Das gab Stalin die Mittel in die Hand, die Situation in diesem Teil Europas durch Ränkespiele zu lösen, besonders unter den Polen. Begründet werden kann es damit, dass Polen selbst nach der vernichtenden Niederlage des Dritten Reiches ein schwächeres Element war, als die sich nach dem Untergang neu konstituierende deutsche Staatlichkeit.

Im Juli 1944 unterzeichnete die polnische Scheinregierung in Moskau ein Geheimabkommen mit der UdSSR. In diesem sollte die Sowjetunion Polen auf einer zukünftigen Friedenskonferenz in Bezug auf eben einen solchen Verlauf der neuen Nord-Westgrenze unterstützen. Der Vertrag umfasste nicht den nördlichen Teil Ostpreußens mit Königsberg, diesen wollten die Sowjets für sich selbst behalten. Ab diesem Zeitpunkt begannen die polnischen Kommunisten in dem von ihnen kontrollierten Teilen Polens eine massive Propaganda zugunsten des neuen Grenzverlaufes entlang der Oder und Neisse zu starten. Um die Notwendigkeit und Logik einer solche Lösung zu unterstreichen, sowie auch um die Aufmerksamkeit der Gesellschaft von den verlorenen Ostgebieten abzulenken, wiederholten die kommunistischen Massenmedien bei jeder Gelegenheit die These der „Wiedergewonnen Gebieten“, die angeblich nach „Jahrhunderten der Unfreiheit“ unter den Deutschen zu Polen zurückkehren sollten.

Im August 1945 besiegelten die Siegermächte in Potsdam den Plan über die Grenzfrage zwischen Deutschland und Polen und zugleich die Entscheidung über die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen, was die Umsetzung der polnischen Integrationspolitik auf hervorragender Weise erleichterte.

Dennoch stand damals die polnische Regierung vor enormen Schwierigkeiten, denn die neu gewonnenen Gebiete waren hinsichtlich ihrer historischen und traditionellen Zugehörigkeit zu Polen sehr weit zurückliegend und ungewiss. Auch wenn auf diesen Gebieten verhältnismäßig viele Menschen lebten, bei denen historische und ethnische Beziehungen zur polnischen Kultur und Geschichte hätten gefunden werden können, war dies jedoch - abgesehen von einer kleinen Gruppe – mitnichten gleichbedeutend mit einem emotionalen und subjektiven Zugehörigkeitsgefühl zum polnischen Staat.

Die Erlangung der sogenannten wiedergewonnenen Gebiete auf Kosten Deutschlands, wurde als eine Art Entschädigung für die verlorenen Ostgebiete Polens dargestellt. Diese Argumentation legten die Siegermächte bei der Errichtung der Westgrenze zugrunde. Interessant ist dabei, dass diese Argumentation in Polen ziemlich schnell von der offiziellen Tagesordnung verschwand. Denn dieses Argument verwies mittelbar auf den Raub großer Teile Polens durch die UdSSR als Verbündete von NS-Deutschland, schon im Jahr 1939. Die zeitgenössische polnische Propaganda suchte somit nach neuen Argumenten. Sie verwies auf den Reichtum der neuen Gebiete, trotz der während der deutsch-sowjetischen Kriegshandlungen in einigen Gebieten ungeheuren Zerstörungen und späteren Verwüstungen infolge von massenhaften Raubaktionen der im westlichen Polen stationierten Roten Armee. Es versteht sich von selbst, dass danach die sowjetischen Raubzüge kaum beschrieben wurden. Die kommunistische Regierung achtete darauf, dass die öffentliche Meinung durch diese Art von Informationen nicht aufgebracht würde. Und dennoch galt in den Augen der Öffentlichkeit Moskau als Feind Polens, vergleichbar mit den Deutschen und weniger als Verbündeter.

Auf jeden Fall ist es eine Tatsache, dass die den Deutschen weggenommenen Gebiete, trotz der Zerstörungen in Vergleich zu den restlichen Teilen Polens stark industrialisiert, urbanisiert und definitiv eine wertvolle Errungenschaft für das arme und verwüstete Land waren. In Anbetracht der Tatsache, dass die vormals deutschen Industrien Polens Industriebasis praktisch verdoppelten, hatte deren massenhafte Verstaatlichung einen

positiven Effekt auf die Wirtschaft. Gerade dieser Punkt maskierte die Tatsache, dass die Ostgebiete an die UdSSR verloren gingen. Die Kommunisten legten dem polnischen Volk nahe, dass dieses ihnen für die Bereicherung des Landes dankbar sein sollte. Sie stellten damit dar, dass ihre Politik am patriotischsten gewesen sei und dem Wohl aller Polen gedient hätte. Durch die massenhafte Verstaatlichung erhielt die Privatwirtschaft einen vernichtenden Schlag, die Vorherrschaft des Staates war binnen kurzer Zeit gesichert, da die Regierung den wirtschaftlichen Kern der neuen Oder-Neiße-Gebiete von Anfang an kontrollieren konnte. Von den wirtschaftlichen Vorteilen abgesehen, wurde das vormals deutsche Territorium von der polnischen Regierung sehr erfolgreich als Mittel eingesetzt, sich innenpolitisch Unterstützung, praktisch eine Wählerschaft zu verschaffen, außerdem als Feld für soziale Experimente, wo neue politische Verfahren erstmals ausprobiert und bewertet werden konnten. Ein großer Teil der polnischen Bevölkerung im Westen war von dem Programm sehr angetan. Besonders die Jugend wurde für ein Programm gewonnen, das soziale Mitverantwortung und eine starke Ablehnung alles Deutschen betonte. Diejenigen Polen, die der Regierung der Kommunisten nicht zugetan waren, wurden von diesen oft dazu gezwungen. Besonders leicht war das bei den oft mittellosen Neuansiedlern möglich, da sie Hilfe brauchten, um ihr Leben in einer neuen Umgebung wieder aufzubauen. Die Siedler wurden dazu gebracht, sich für den ihnen übergebenen Besitz den Behörden gegenüber verpflichtet zu fühlen, und diese Art Dankeschuld wurde weiter aufrechterhalten durch die Zuteilung von raren Düngemitteln, landwirtschaftlicher Maschinen, Vieh und dergleichen, die alle direkt von den staatlichen Funktionären verwaltet wurden. In den neu gewonnenen Gebieten gab es eine große und wachsende Bevölkerungsschicht, die leicht manipuliert werden konnte.

Unter den neu zu Polen hinzugekommenen Gebieten erfreute sich Schlesien eines besonders großen Interesses, da es von diesen Gebieten am stärksten industrialisiert und auch landwirtschaftlich gut entwickelt war. Außerdem ist Schlesien ein faszinierendes Land - eine beinahe Märchenhafte Provinz - die in jedem Fall ein großes Versprechen beinhaltet: Schlesien garantierte Polen die Erlangung eines gewissen Reichtums und seinen Bewohnern Wohlstand. Außerdem sollte Schlesien das „piastische Erbe“ für Polen sein: Nicht nur wegen seiner Städte und Reichtümer, sondern auch wegen seiner ethisch polnischen Bevölkerung, die im Oppelner Teil von Schlesien mit einer Masse von mehreren hunderttausend Menschen - wie die polnische Propaganda unablässig wiederholte - seit den Entstehungszeiten des polnischen Staates lebten. Diese Bevölkerung kam dem unter einem Mangel an Facharbeitern leidenden Polen sehr zu gute.

Die Erwartungen gegenüber Schlesien und seinen Bewohnern waren vielseitig. Es gab dort allerhand schwierige Probleme zu lösen, die sich schon zu Anbeginn der polnischen Herrschaft zeigten. Angesichts der Umstände des Einmarsches der Roten Armee in Schlesien, äußerte sich die örtliche Bevölkerung sehr eingeschüchtert. Schuld daran war u.a. die Schaffung eines Lagersystems für die einheimische Bevölkerung, die dort eingesperrt, grausam behandelt und in zahlreichen Fällen zu Tode gequält wurde, oft sogar ohne Rücksicht auf Abstammung oder tatsächlicher nationaler Herkunft. Über die bedrückenden Ereignisse Mitte bis Ende der 1940er Jahre wurde im kommunistischen Polen kaum etwas geschrieben. Der Zensurapparat tat vorsorglich das seine dafür.

Um im gesellschaftlichen Bewusstsein der Polen das Gefühl aufbauen zu können, dass sie sich in den neuen Gebieten zu Hause fühlten, waren nach Meinung des Staates historische Rückgriffe, auf Zeiten als diese Gebiete zu Polen gehörten, sehr wichtig. Die schlesische Provinz war für diese Art von Rückgriffen gut geeignet, da sie schon im 10. Jahrhundert einmal zum Königreich Polen gehörte. Den Menschen sollte historisches Wissen über die neuen Länder - darunter Schlesien - beigebracht werden. Zwangsläufig konnte die Nachkriegshistoriographie nur auf die ältesten, noch ins Mittelalter zurückreichenden Bezüge zurückgreifen, da Schlesien nur bis zur Zeit des Hochmittelalters zu Polen gehörte. In

Beziehung auf die „wiedergewonnenen Gebiete“ wurde die vielseitige deutsche Geschichte und Kultur außer Acht gelassen.

Die Geschichte Schlesiens war nicht erst ab 1945 ein Gegenstand polnischer Forschung. Diese Region wurde schon während der 2. polnischen Republik (1919 – 1939) untersucht und später während des 2. Weltkrieg in Erwartung der für Polen vorteilhaften Grenzveränderungen. Das Land nahm unter den „eingeforderten Gebieten“ einen herausragenden Platz ein und wurde unter den einst „verlorenen Gebieten“ für das Wichtigste gehalten. In der unmittelbaren Nachkriegszeit thematisierte man den Zusammenhang der historischen Beziehung Schlesiens mit Polen in zahlreichen, damals von herausragenden Historikern veröffentlichten Büchern. Diese wurden in den schwierigen Nachkriegsjahren schnell, in großer Auflage, nicht selten auf gutem Papier und unter Verwendung von gutem Bildmaterial heraus gebracht. Damals in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre prägte sich im polnischen Bewusstsein der Stereotyp einer irgendwie überzeitlich existierenden Klammer aus. Diese sollte die Zeit der Piasten, welche die kommunistische Propaganda als Zeit des Volkes erklärte, mit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbinden. Die Tätigkeit der polnischen Piastenherrscher wurde auf diese Weise als Vermächtnis gedeutet, dessen Erfüllung erst mit dem Regierungsübernahme der Kommunisten in Polen eintreten könne. Diese die „rechtmäßigen“ Vertreter des Volkes, sollten den Polen ihren ehemaligen Besitz zurückgeben, und unter den erlangten Schätzen nahm das in den Grenzen Polens vereinte Schlesien den wichtigsten Platz ein.

Gegen Ende der 1940er Jahre zwang Moskau, unter den Bedingungen des sich verhärtenden „Kalten Krieges“, den Vasallenstaat Polen eine Verstärkung der Beziehungen zur Machtzentrale auf. Es kam zu einem Versuch des beschleunigten Aufbaus des Sozialismus unter sowjetischem Muster. Für eine kontrollierte Selbstständigkeit der polnischen Gesellschaft war bereits kein Platz mehr. Es war auch keine Rede mehr davon, die Eigenständigkeit der bis dahin so bezeichneten „wiedergewonnenen Gebiete“ zu unterstreichen, in denen man eine besondere Politik umzusetzen hätte. Der Begriff „wiedergewonnene Gebiete“ wurde durch die Bezeichnung „westliche und nördliche Gebiete“ ersetzt. Es gab propagandistische Aussagen, über die Schaffung einer einheitlichen polnischen Gesellschaft in diesen Gebieten, die sich aus Gruppen polnischer Nationalität aus den übrigen Gebieten Polens sowie aus dem Ausland zusammensetzten. Das war ein Mythos, denn bis zum Ende des Nachkriegsjahrzehnts blieben grundlegende Unterschiede zwischen den Gruppen bestehen. Ein weiterer Mythos war die volle wirtschaftliche Integration der angeblich wieder aufgebauten westlichen Gebiete mit dem Rest des Landes. Auf das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben der westlichen Gebiete wirkte die Notpolitik des Landes. Die Folgen des verschärften Kurses waren die Unterdrückung beinahe jeglicher lokaler Initiativen, die Möglichkeit, von der offiziellen Linie abweichende Meinung zu artikulieren. Außerdem traf die Bewohner der Westgebiete, die Verstaatlichung beinahe des gesamten Privatbesitzes in den Städten und die Versuche der Kollektivierung besonders hart. Der gewaltige Kurswechsel machte das Leben in diesen Gebieten noch schwieriger, da sich dort in den Anfangsjahren noch keine vollständige Integration der Gesellschaft vollzogen hatte und der erzwungene Aufbau der Schwer- und Rüstungsindustrie sehr zu Lasten der Produktion von Gütern des Alltagsbedarfs ging.

Erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre begann sich die Situation zu mindest in wirtschaftlicher Hinsicht zu verändern. Die neuen Gebiete wurden besser in den Rest des polnischen Staates integriert und es wurde dort eine aktive Politik durchgeführt.

Während der Jahre 1945 und 1946 wurde die deutsche Kirche langsam ihrer niederschlesischen Wurzeln beraubt. Wenn sie zur Ausweisung vorgesehen waren, zogen viele Priester mit ihren Gemeinden fort, dies war bei der evangelischen Geistlichkeit ganz

besonders der Fall, aber auch die katholischen Gemeinden blieben nur in Ausnahmefällen verschont. Ausnahmen gab es in den Gebieten um Waldenburg und Breslau, wo die Bewohner aus wirtschaftlichen Gründen zum bleiben gezwungen wurden.

Papst Pius XII äußerte in seiner Weihnachtsbotschaft Bedenken gegen die Selbstherrlichkeit derjenigen, die andere für angebliche Untaten während des Krieges bestrafen wollten. Das war eine verschleierte Kritik an all diejenigen in Osteuropa, welche die Deutschen nach der Kapitulation unterdrückt hatten. Das polnische Empfinden wurde dadurch aufgebracht, was die Erklärung der deutschen Bischöfe vom 30. Januar 1946 noch weiter verstärkt wurde. In dieser Erklärung bekannten sich die Bischöfe zur deutschen Schuld für die Verbrechen die während des Krieges begangen wurden, stellten aber in Frage, ob es jemals gerechtfertigt werden könne, dass an den Unschuldigen dafür Rache geübt wurde. Die polnische Regierung war sehr empfindlich gegenüber Behauptungen, ihr Verhalten den Deutschen gegenüber sei in irgendeiner Weise mit dem der Nationalsozialisten vergleichbar.

Als der Papst dafür plädierte, alle Konzentrationslager mit deutschen Insassen aufzulösen, war Warschau von der Voreingenommenheit des Vatikans überzeugt. Die anfänglich unsichere Beziehung, welche die polnische Kirche zu Warschau hatte, wurde durch die Argumente des Papstes in Rom noch verstärkt. Sie befand sich oft in einer Position, in der sie sich verteidigen musste, und war gezwungen, eine aggressiv nationale Stellung einzunehmen, um beim Staat an Ansehen zu gewinnen. Die polnische Kirche bezog sich oft darauf, dass die ehemaligen ostdeutschen Gebiete, die nach dem Krieg für das erlittene Leid der polnischen Bevölkerung zurückverlangt worden seien. Darüber hinaus handelte es sich nicht nur um eine gerechte Entschädigung für die Verbrechen der Nazis, sondern auch für die seit Jahrhunderten angeblicher Bedrängung seitens der Deutschen. Diese Behauptungen der polnischen Geistlichen hörten sich wie ein originalgetreues Echo der Kommunisten in Warschau an. Dennoch haben polnische Historiker hervorgehoben, dass die Kirche in den neuen westlichen Gebieten einen unschätzbaren Beitrag geleistet hat, indem sie mit ihrer Präsenz half die neuangesiedelte polnische Bevölkerung zu integrieren und ihr das Gefühl der Dazugehörigkeit zu geben. In diesem Sinne hatte die Kirche einen stabilisierenden Einfluss.

## **8. Die Zwangsaussiedlung der Deutschen aus Schlesien**

Politiker und Publizisten entwickelten schon im Exil und im Widerstand Ansätze und Ideen für die Nachkriegsordnung.

Die Teilung Deutschlands sollte eine Schwächung bewirken, so dass eine deutsche Aggression auf Jahre hin unmöglich wird. Weiterhin war der Gedanke der deutschen Kollektivschuld für den Nationalsozialismus Ursache für den Willen das „Volk der Verbrecher zu bestrafen“.

Polen sollte als Kompensation für seine verlorenen Ostgebiete mehrere deutsche Ostprovinzen erhalten, das stand Anfang 1945 fest.

Aber, kein polnischer Politiker wollte die Gebiete mit den dort wohnenden Deutschen übernehmen. Nach den vergangenen Erfahrungen war ein friedliches Zusammenleben zwischen Polen und einer starken deutschen Minderheit einfach fern jeglicher Vorstellungskraft. Auch die Alliierten hatten für diesen Ansatz Verständnis.

In diesem Zusammenhang bedeutet das, dass die deutsche Zivilbevölkerung in den Ostgebieten des Reiches die letzten Opfer waren, welche den Preis für die im deutschen Namen begangenen Verbrechen zahlen mussten. Nicht vorgesehen war hierbei eine Differenzierung von individueller Schuld und Verantwortung.





Schon vor dem Ende des zweiten Weltkrieges, am 14. März 1945 wurde von der vorläufigen Regierung der polnischen Republik, die Schaffung des Verwaltungsbezirkes Niederschlesien gemeldet. Dazu bereiste ein Komitee Breslau und Trebnitz, um sich ein Bild von der Zerstörung und Erfordernissen in den Städten und ihrer Umgebung zu machen. Vor dem Ende des Krieges und vor der Potsdamer Konferenz hatte Warschau seine Ansprüche auf ganz Schlesien geltend gemacht. Die polnische Präsenz war bald in der ganzen Gegend zu sehen. Ortsnamen wurden geändert, Polen tauchten bald in großer Schar auf, um das Gebiet für sich zu sichern. Dennoch erstreckte sich die polnische Autorität in den ersten Wochen nach der deutschen Kapitulation nur lückenhaft an die neue Oder-Neiße-Grenze. Gründe hierfür sind in der Unfähigkeit der neuen Regierung, sowie in der Knappheit zuverlässiger Arbeitskräfte zu suchen. Die Folge war, dass hunderttausende Niederschlesier aus Sachsen und Brandenburg, in ihre Heimat über die durchlässige und zum größten Teil unbekannte Grenzlinie zurückkehrten. Zirka eine halbe Million kehrte aus der Tschechoslowakei heim. Mitte Juni 1945 belief sich die Bevölkerungszahl Niederschlesien auf ungefähr 1,8 Millionen, also auf die Hälfte des Vorkriegsstandes. In einige Dörfer kehrte, mit Ausnahme der Kriegsoffer, die gesamte Bevölkerung zurück. Dass eine solche Menge an Niederschlesiern blieb, bzw. zurückkehrte, lässt zu der Annahme kommen, dass sie glaubten, die Gebiete würden auch weiterhin zu Deutschland gehören, oder sie hätten keine andere Zufluchtmöglichkeit und fürchteten die Besatzer nicht. Die sowjetischen Besatzer folgten in den ersten Wochen nach Kriegsende auch einer ähnlichen Auslegung, es wurden deutsche Verwalter und Bürgermeister die nicht zu den Nationalsozialisten gehörten, wieder in ihre

alten Ämter eingeführt. Unter ihrer Anleitung bildeten sich deutsche antifaschistische Komitees, welche die ansässige Bevölkerung auf eine kommunistische Regierung ausrichtete, allerdings auf eine die von Deutschen geführt wurde.

Damit fand genau das Gegenteil statt, was die polnische Regierung forderte. Es hatten nur ein paar polnische Gruppen und Personen die Hoheitsgewalt über einige Gemeinden, die größten Teile von Niederschlesien blieben anfänglich außer ihrer Kontrolle. Bis man die polnischen Autoritäten spürte, sollten noch Wochen vergehen und Monate bis das Gebiet wirklich in polnischer Hand war.

Um weiteren Zurückwanderungen entgegenzuwirken, wurde die Einreise am 1. Juni 1945 ohne Vorankündigung eingeschränkt. Diese Maßnahme führte zu chaotischen Zuständen im westlichen Teil von Görlitz, welches immer noch Tausende von zurückkehrenden Schlesiern anzog, es wurden dadurch viele Familien getrennt. In diesen Wochen trafen die Polen Vorbereitungen für eine Massenausweisung von Deutschen östlich der Görlitzer Neiße. Die nahe der Grenze wohnenden Deutschen waren vom Standpunkt der polnischen Kommunisten am gefährlichsten, weil die polnischen und sowjetischen Betrügereien hinsichtlich der Behauptungen über den tatsächlichen Stand der deutschen Besiedlung hätten aufgedeckt werden können. Wenn die tatsächliche Zahl der Deutschen die noch auf den umstrittenen Gebieten wohnten, dann wäre der Westen, wie Warschau argwöhnte noch zögerlicher gewesen, dieses Gebiet Polen zu überlassen.

Die ersten geplanten Ausweisungen durch die Polen fanden ab dem 20. Juni 1945 statt. Polnische Soldaten standen ohne Vorankündigung vor den Haustüren und befahlen den Bewohnern ihre Häuser zu verlassen, ohne ihnen Zeit zu lassen, ein Paar Sachen einzupacken. Wenige Stunden später trieben sie die Deutschen über die Neiße. Der Fluss wurde streng bewacht, polnische Soldaten schossen auf Jeden, von dem nur vermutet wurde, dass er den Fluss wieder überqueren wollte. Diese brutalen Maßnahmen können durch die Beispiele erklärt werden, welche die Deutschen gegeben hatten, als sie während des Krieges Polen vertrieben, aber auch mit einer Notwendigkeit, die die neuen Machthaber empfanden. Die Rachsucht war in den ersten Nachkriegsjahren nie weit weg. Andere Ausweisungen in größerer Zahl, fanden in Ausnahmen auch östlich des grenznahen Sicherheitskondors statt. In der Zeit der „wildten Vertreibungen“ wurden über 400.000 Niederschlesier ausgewiesen. Demzufolge wiesen die Polen mehr Deutsche aus, als direkt vor der Ausweisungskampagne wieder hereingelassen wurden.

Dieser extreme Menschenzustrom hatte schlimme soziale Folgen, er führte zu Inflation und Hungersnot. Die hilflosen Vertriebenen, viele von ihnen waren Frauen, sind wiederholt Plünderungen und Vergewaltigungen ausgesetzt gewesen. Die Selbstmordrate in der Stadt Görlitz erhöhte sich auf 234 in Jahr 1945, vergleichsweise gab es 38 Selbstmordfälle im Jahr 1944.

Da die Möglichkeit von Epidemien bestand, wurde der Zug der nach Görlitz strömenden Schlesier zum stehen gebracht. Es wurde jedem Flüchtling, der sich schon in der Stadt befand, befohlen innerhalb von achtundvierzig Stunden nach Westpommern und Mecklenburg weiterzuziehen. Durch die Reduzierung der Aufnahmequoten, wurden von den Sowjets auf Polen Druck ausgeübt, die Ausweisung zu unterbrechen.

Die weitere Folge der Ausweisungen war, dass die Gegend von potentiellen Arbeitskräften für den Wiederaufbau und die Ente entleert wurde.

Im Sommer 1945 war die Beziehung zwischen Moskau und Warschau gespannt. Die Polen ärgerten sich darüber, dass die Sowjets Industrie- und andere technische Anlagen aus den westlichen Gebieten, die als polnisch bestätigt wurden, als Reparationen demontierten. Des Weiteren wurden die polnischen Umsiedlungsbemühungen durch die immer noch anhaltenden Brandstiftungen und Plünderungen der Roten Armee behindert. Die Sowjets konfiszierten in Niederschlesien 70 % der Erträge der ohnehin schon mageren Ernte von 1945.

Das die Polen auf eigene Faust so viele Deutsche auswiesen, irritierte die Sowjetunion, da sie für die Wohlfahrt der Sowjetzone verantwortlich war. Die Polen zeigten sich über das steigende Wohlwollen der Sowjets den Deutschen gegenüber gereizt.

Der Interessenkonflikt der eine Rivalität zwischen Polen und der Sowjetunion heraufbeschwor hatte zur Folge, dass die ansässigen Deutschen zwischen zwei Fronten gerieten.

Die große deutsche Gemeinde in Schlesien war sich der Tatsache nicht bewusst, oder wollte nicht glauben, dass fast das gesamte schlesische Gebiet an Polen abgegeben werden sollte.

Ursachen für die Unwissenheit waren unter anderen, dass die Rote Armee nach ihrem Einfall die Veröffentlichung aller Zeitschriften und Zeitungen unterbunden, sowie alle Radios eingezogen hat. Zusätzlich zu diesem Nachrichtenverbot behielten die polnischen Sicherheitskräfte alle Postsendungen an der Grenze ein. Bildungsstätten wie Schulen usw. erhielten Unterrichtsverbot und wurden geschlossen. Die Niederschlesier sollten vom übrigen Deutschland und seiner Kultur getrennt werden.

Die meisten Deutschen hatten ohnehin mehr damit zu tun, mit den herrschenden Umständen zurechtzukommen, als sich um Hoheitsfragen zu kümmern.

Für einen Großteil war das Überleben die größte Sorge. In der Stadt Breslau verhungerten täglich 300 bis 400 Menschen. Die Zahl wäre mit Sicherheit noch größer gewesen, wenn sich die Deutschen nicht mit den von Polen zur Verfügung gestellten Nahrungsmitteln und was von den Vorratslagern nach der Kapitulation übrig war, hätten über Wasser halten können.

Die sowieso schon schrecklichen Verhältnisse wurden durch die polnische Miliz, welche zur Aufstandsbekämpfung gebildet worden war, verschlimmert. Diese führte willkürlich Ausweisungen durch. Todesfälle und Erschießungen derjenigen, die zu marschieren gezwungen wurden, waren nichts Ungewöhnliches in dieser Zeit. Viele Schlesier sahen sich daher veranlasst ihre Heimat zu verlassen und ins verbliebene Deutschland zu gehen.

Auch wenn das kommunistische Polen es offiziell leugnete, wurden die Deutschen gezwungen „freiwillig“ zu gehen, indem man ihnen berufliche Aktivität, Brennstoff, Unterkunft und Lebensmittel für den Lebensunterhalt untersagte, oder sie zu Unrecht irgendwelcher Straftaten bezichtigte.

In einem Bericht vom 8. Oktober 1945 erhielten die Alliierten die Bestätigung der polnischen Missachtung des Potsdamer Abkommen aus erster Hand.

Am deutlichsten war die Vertreibung in der britischen Besatzungszone und in Berlin spürbar. Schätzungsweise strömten jede Woche 60.000 Menschen in das britische Gebiet. Dadurch verschlimmerte sich die ohnehin schon chaotische Situation noch.





*Deutsche verlassen das zerstörte Breslau*

Nach zahlreichen Verhandlungen des Alliierten Kontrollrates in Berlin wurde schließlich am 20. November 1945 ein Umsiedlungsabkommen erreicht. Dieses sah die Ansiedlung von 6.650.000 Deutschen in Deutschland vor. Das Programm sollte am 1. Dezember 1945 beginnen und im Juli 1946 enden. Schätzungen zufolge kamen 3,5 Millionen Deutschen aus Polen, diese sollten ausschließlich in der britischen und sowjetischen Besatzungszone untergebracht werden, wovon für die Britische Zone 1,5 Millionen geplant waren.

In einer Nachkriegszählung am 14. Februar 1946 wurde festgestellt, dass immer noch 2.076.000 Deutsche in Polen lebten, diese Zahl schloss aber alle ehemaligen Deutschen aus, die in Folge des Verifizierungsverfahrens zu „alteingesessenen Polen“ erklärt worden waren, oder sich selbst zu solchen erklärten. Die deutsche Bevölkerung machte 43,1 % der Gesamtbevölkerung der an Polen abgetretenen deutschen Gebiete aus. Der Bezirk Breslau war noch zu 63,8 % mit Deutschen besiedelt. Die Statistik zeigte, dass die Verbliebenen zum größten Teil Alte, Frauen und Kinder waren.



*Deutsche aus Niederschlesien vor der Aussiedlung in die britische Besatzungszone*

Ein großes Problem war auch die ärztliche Versorgung für die Deutschen. Da Seife und Waschmittel Mangelware waren, litten viele an Haut- und andern Krankheiten. Infektionskrankheiten verbreiteten sich aus Mangel bzw. Unbezahlbarkeit an Medikamenten. Die polnische Bevölkerung bekam die Medikamente umsonst. Ebenso unerschwinglich waren für die meisten Deutschen Krankenhausaufenthalte, dieser kostet pro Tag 300 Zloty oder 600 Reichsmark. Vom Ausland kam keine Hilfe.

Im wirtschaftlichen Bereich waren die Bedingungen mehr als ungünstig. Im September 1945 kam die Verordnung heraus, dass der polnische Zloty die einzige legale Währung sei. Die Reichsmark war nur im Umtausch 1:2 (Zloty zu RM) noch etwas wert. Im Herbst 1945 ließ eine Inflation den Wert des Zloty stark sinken, was auch die Mark noch weiter entwerte. Die Ersparnisse, welche sich die Deutschen über die Zeit des Krieges aufbewahrt hatten, verbrauchten sich sehr schnell.

Die Lebenshaltungskosten waren in Niederschlesien wie in den anderen abgetretenen Gebieten exorbitant. Für ein Kilogramm Butter musste man umgerechnet 800 bis 1000 Reichsmark bezahlen. Während des Krieges kostete dasselbe nur 3,60 RM. Diese Entwicklung zwang die Deutschen Sachen zu tauschen oder zu verkaufen, die sie noch besaßen oder bekommen konnten.

Da alle Immobilien Staatseigentum geworden waren, konnte der Staat die Mieten festlegen. Die Miete war für die Deutschen deutlich höher als für Polen, also eine Art Erpressung um die Deutschen aus ihren Wohnungen zu vertreiben, damit Platz für die polnischen Umsiedler geschaffen wurde. Bei den Preisen für Gas und Strom wurde die gleiche Taktik angewendet, die Preise waren viermal höher gegenüber der Kriegszeit.

Die Arbeitssituation war ebenfalls erst, es wurde erwartet, dass alle Deutschen zwischen vierzehn und sechzig Jahren arbeiten. Die Arbeit dauerte acht bis zehn Stunden pro Tag bei einer Arbeitswoche von sechs Tagen. Der Lohn variierte mit den polnischen Kollegen. Wegen Mangel an Anreizen und Nahrungsmitteln blieb die Produktivität miserable, da ein großer Teil von deutschen Arbeitern gemacht werden musste und diese aufgrund des schlechten Lohnes nicht mehr taten als unbedingt notwendig war.

Um die Motivation bei den Deutschen zu erhöhen, die Dienste verrichteten, die für den Staat wichtig waren, gewährten die polnischen Behörden angemessene Nahrungsmittelrationen.

Alle Deutschen mussten an ihrem rechten Oberarm eine weiße Armbinde mit blauen Streifen oder der Beschriftung „N“ für Niemiec - deutsch - tragen. Vor allem für die polnische Miliz waren sie für ihre Demütigungen und Schikanen zu erkennen. Möglicherweise war das Tragen der Armbinde für Deutsche auch eine Anlehnung an die Judenverfolgung der Deutschen während des Dritten Reiches.

Weiterhin versuchte man die deutsche Moral zu brechen, indem führende Persönlichkeiten der deutschen Gemeinde inhaftiert und teilweise hingerichtet wurden. Geistliche und bestimmte Prominente, wie der Schriftsteller Gerhard Hauptmann, der bis zu seinem Tode am 6. Juni 1946 in Agnetendorf wohnte, blieben unbehelligt.



*Mehrere Generationen umfassende deutsche Aussiedlerfamilie, ein etwas selteneres Bild, 1945*

Nach der Unterzeichnung des Abkommens des Alliierten Kontrollrates vom 20. November 1945 hatte Polen die Erwartung, dass die Umsiedlungen sofort beginnen würden. Zweifellos war die Dringlichkeit eine Motivation für die Führung in Warschau, dass die Deutschen sofort vertrieben werden mussten, da sie der Auffassung waren, dass vier Millionen oder noch mehr Polen aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebieten nach Westen ziehen und damit sofort Unterkünfte brauchen würden. Die große Zahl von deutschen Heimkehrern und die zurückkehrenden geflohenen Polen verstärkten im ganzen Sommer 1945 das Gefühl überflutet zu werden. Aus diesem Grund traf man Vorbereitungen für eine schnelle Umsiedlung. Es wurde zwischen der sowjetischen Besatzungszone und Polen vereinbart, dass die organisierte Umsiedlung im Herbst 1945 startete.

Man kann feststellen, dass das Gebiet in Niederschlesien nach einer Art Schema evakuiert wurde. Die zu vertreibenden Deutschen wurden nach kurzem Ausruf auf dem Marktplatz versammelt und zu einem Aufnahmezentrum gebracht.





*Deutsche Vertriebe auf dem Weg zum Sammelpunkt in Liegnitz, 1946*

Die Ausgewiesenen durften so viel mitnehmen wie sie tragen konnten. Auf Grund von Erschöpfung wurde vieles Mitgenommene freiwillig abgeworfen, hinzu kamen noch Diebstähle, dass diese Last unterwegs beträchtlich leichter wurde.

Von den Aufnahmelagern bekamen die Betroffenen Transportmittel zur Verfügung gestellt, um sie zu den Hauptaufnahmezentren zur endgültigen Abfertigung und Transport in die jeweiligen Besatzungszonen zu befördern. Diese Hauptzentren waren in Breslau, Kohlfurt und Mittelwalde südlich von Glatz.

Von Niederschlesien zum sowjetischen Aufnahmezentrum in Forst, fuhren vom 1. Oktober bis 5. Dezember 1945, 25 Züge mit 42.146 Deutschen ab. Das waren in Vergleich zur Einwohnerzahl Niederschlesiens relativ wenig. Der Grund bestand darin, dass die interzonale Umsiedlung von Deutschen Vorrang hatte, hier wurde es Deutschen gestattet, welche sich in der sowjetischen oder britischen Besatzungszone aufhielten, in ihre Wohnungen zurückzukehren, aus welche sie während des Krieges vertrieben wurden. Trotz polnischer Proteste, kam das interzonale Abkommen zustande, bevor weitere 1,5 Millionen Vertriebe aus Polen umgesiedelt wurden. Von Ende 1945 bis Februar 1946 fanden auch keine Zwangsräumungen mehr statt.

Vom 22. Februar bis 19. März fuhren aus Niederschlesien 49 Züge mit 75.150 Deutschen ab, davon waren 19 Züge aus Breslau, 27 Züge aus Kohlfurt und 3 Züge aus Mittelwalde.

Hauptsächlich wurde zuerst die „Nichtarbeitende“ Bevölkerung vertrieben, diejenigen Deutschen die zum Wiederaufbau des Landes beitragen konnten, wurden vorübergehend noch verschont.

Man unterzeichnet Abkommen in denen die britische Zone pro Tag mindestens drei Züge mit je 1500 Vertriebenen empfangen sollte. Ab dem 1. April 1946 sollten über Stettin weitere 1000 auf dem Seeweg dazu kommen. Es erreichten also täglich ca. 5500 Menschen die britische Besatzungszone.

Im Sommer 1946 kam eine weitere Zugroute dazu, außerdem erhöhte sich die Anzahl der beförderten Personen pro Zug, so dass nahezu 8000 Personen diese Zone erreichten.



*Deutsche Bevölkerung während des Verlandens in einen Umsiedlungszug*

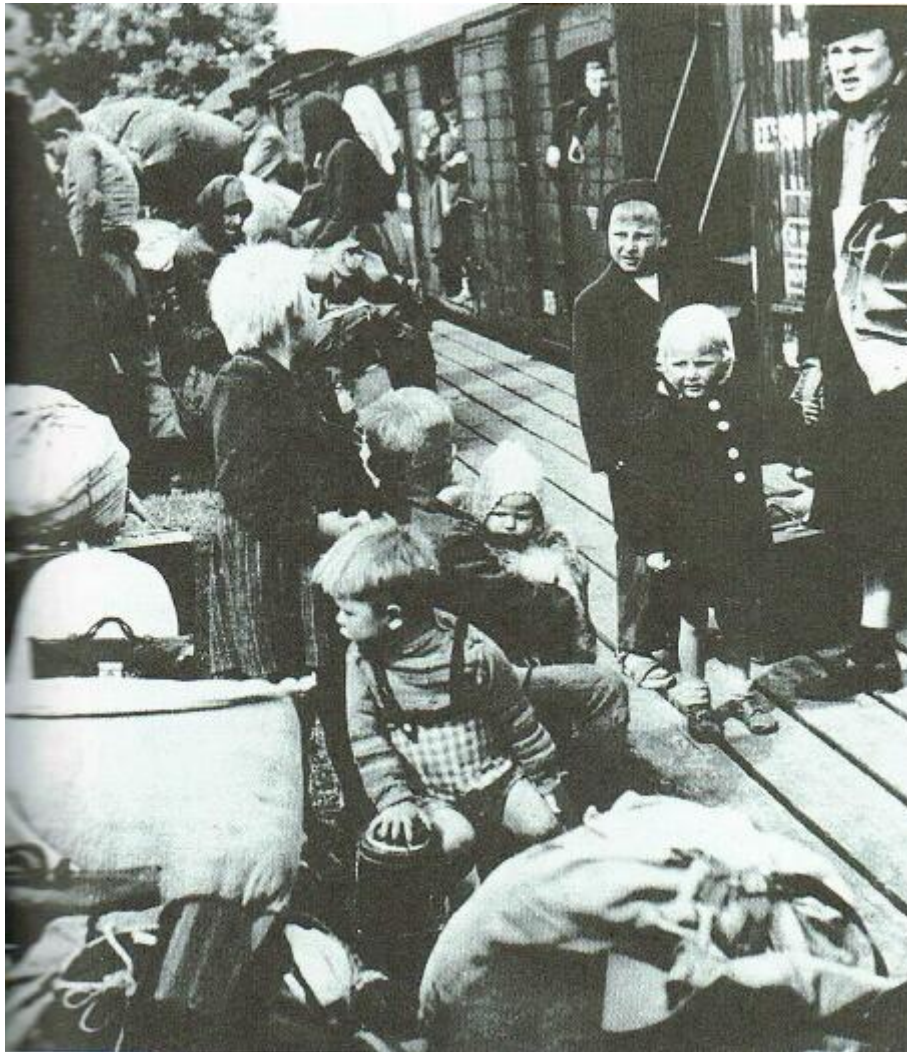
Die meisten Niederschlesier, welche per Zug transportiert wurden, siedelte man in die Gegend um Hannover, wegen der niedrigen Bevölkerungsdichte, an. Die Ausgewiesenen, die den Seeweg nahmen, fanden hauptsächlich in Hamburg und Schleswig Holstein eine neue Bleibe. Wenige Vertriebene wurden in die bevölkerungsreichen Gebiete bei Westfalen und im Rheinland angesiedelt. Die vertriebenen Deutschen aus Ostpreußen, Danzig und Pommern konnten weiterhin an der Ostseeküste wohnen, sie siedelte man zumeist im Gebiet des heutigen Mecklenburg-Vorpommern an.

Die Reise zu den neuen Bestimmungsorten war oft eine Qual, die viele Tage, manchmal auch Wochen dauerte. Das lag zum Einen am Mangel an Kohlen für die Loks, außerdem mussten die Züge aufgrund zerstörter Brücken oft beträchtliche Umleitungen fahren. Die vertriebenen Deutschen wurden in Güter- oder Viehwagons transportiert, die, um Fluchtversuche zu vermeiden, meistens verschlossen gewesen sind. Pro Wagon brachte man 31 oder 32 Personen mit ihrem Handgepäck unter.

Nach einem Abkommen vom 14. Februar 1946 sollten die Deutschen mindestens eine von Polen zur Verfügung gestellte Tagesration an Lebensmitteln für die Zeit nach der Ankunft in der britischen Zone erhalten. Tatsächlich wurden die Transporte selten mit genügend Lebensmitteln versorgt. Ein Grund hierfür war die allgemeinen Nahrungsmittel-Knappheit. Auch Wasser, Heizmaterial oder sanitäre Anlagen waren in den Wagons Mangelware.



Während der Wintermonate erfroren nicht selten alte oder sehr junge Menschen, die keine körperlichen Strapazen mehr ertragen konnten - bedingt durch die Ereignisse in den letzten Monaten des Krieges - während der Transporte in den Zügen. Das beim Transport Todesfälle eintraten, geht zum großen Teil auf das fahrlässige Verhalten der polnischen Beamten. Die unverhältnismäßig große Anzahl an Frauen, Kindern und alten Menschen, welche in die britische Besatzungszone gelangten, resultiert einerseits daraus, dass die Polen arbeitsfähige Männer zeitweilig von der Vertreibung ausgenommen hatten, es war auch ein Beweis, dass durch die, während des Krieges, gefallenen Männer ein starkes Ungleichgewicht in der deutschen Bevölkerung bestand.



*Den größten Anteil der vertriebenen Deutschen nahmen Frauen, Kinder und Alte ein*

Der Alliierte Kontrollrat hatte im Umsiedlungsabkommen beschlossen, dass der britischen Besatzungszone aus den Oder-Neiße-Gebieten anderthalb Millionen Deutsche zugeteilt werden. Für die sowjetische Zone waren zwei Millionen geplant. Schon im Jahr 1946 wurde klar, dass die britische Zone den weit größten Teil der Vertriebenen aufnahm. Bereits bis zum 3. August 1945 wurden 956.654 Menschen aufgenommen, hinzu kamen noch 183.196 Flüchtlinge, die illegal in die Zone gekommen sind. Eine Ursache dieser unverhältnismäßig großen Zahl ist darin zu suchen, dass die sowjetische Zone erst im Juli 1945 wieder Vertriebene aufnahm. Manche der Deutschen konnten sich die Zone auch aussuchen, in der sie sich niederlassen wollten. Aufgrund der schlechten Erfahrungen die viele der Vertriebenen mit der Roten Armee gemacht hatten, war es nicht verwunderlich, dass sie sich für die westliche Zone

entschieden. Zudem kamen noch die nicht registrierten Heimkehrer, die nach Kriegsende wieder in ihre Heimat zurückgingen.

Über diese bedeutende Anzahl an Zuwanderern, waren die Briten nicht sonderlich erfreut. Offiziellen Statistiken zufolge, nahm die britische Zone während des Jahres 1945 1.360.821 oder 83,4 % der offiziellen Gesamtzahl von 1.632.562 auf. Rechnet man diejenigen Deutschen, welche im Rahmen der interzonalen Bewegung hinzukommen, sowie die „illegal“ Eingereisten, wird deutlich, dass die Britische Besatzungszone mehr als Kontingent von anderthalb Millionen aufgenommen hat.

Im Jahre 1947 war die sowjetische Besatzungszone die einzige, wo die verbliebenen Deutschen untergebracht wurden. Da sich die Situation insgesamt etwas verbessert hatte, erging es auch den letzten Umsiedler besser. Man erlaubte ihnen, nützlichere und wertvollere Gegenstände mitzunehmen.

Am 12. April 1947 wurde ein neues Umsiedlungsabkommen geschlossen. Am 20. April ging der erste Zug nach Forst, der letzte Ende November 1947.

Dabei verließen zweimal rund 6000 deutsche Niederschlesier das Land. Nach dem Herbst 1947 sind noch etwa 100.000 Deutsche in Niederschlesien verblieben. Wegen ihrer beruflichen Qualifikation wurden viele von ihnen um dableiben gezwungen. Mit dem Ende des Jahres 1947 war die Vertreibung der Deutschen eigentlich beendet.

Diejenigen von den verbliebenen 100.000 deutschen Niederschlesiern, welche das Land noch verlassen wollten, mussten noch bis Anfang 1950 warten. Zu dieser Zeit ließ man weitere 30.000 Niederschlesier aus humanitären Gründen und zur Familienzusammenfindung, durch die „Operation Link“ nach Deutschland auswandern. Es handelte sich hierbei um ein gemeinschaftliches Unternehmen zwischen der polnischen Regierung und dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes.

Von den Niederschlesiern, die nach 1946 und dem Beginn der organisierten Umsiedlungen, vertrieben wurden, kann man sich über ihr Schicksal ein relativ deutliches Bild machen.

Hingegen bleibt es für 1945 eher undeutlich, da die Trennung zwischen den Opfern des Krieges und den Opfern der Verbrechen, die in der Nachkriegszeit verübt worden sind, unmöglich ist. Es ist also nicht abzustreiten, dass viele der den Polen angelasteten Verbrechen, schon in den letzten Kriegsmonaten verübt worden sind. Und, dass etwa jeder achte deutsche Niederschlesier während der Umsiedlungszeit starb, ist mehr auf die Brutalität des Krieges, als auf polnischen Hass zurückzuführen.

Statistisch ist über dem Verbleib der deutschen Bevölkerung folgendes zu sagen: Zu Kriegsbeginn waren in Niederschlesien 3.146.211 Personen erfasst. Wenn man diejenigen abzieht, welche während des Krieges aus Niederschlesien weggezogen, eines natürlichen Todes gestorben und die im Krieg gefallen sind, verbleiben 2.907.251 namentlich erfasste Personen zu Beginn der sowjetischen Offensive. Ab dieser Zeit ist eine Aufschlüsselung schwierig. Von diesen 2.907.251 Personen, haben 2.538.157 die Vertreibung überlebt. 68.240 Personen sind während der Vertreibung oder schon in den letzten Kriegsmonaten verstorben und als solche bekannt. 300.854 Personen sind vermisste ungeklärte Fälle, wo angenommen werden muss, dass sie noch während des Krieges, oder bei der Vertreibung gestorben sind. Die meisten Todesfälle sind auf das rücksichtslose Vorgehen der Roten Armee, sowie auf die mangelnde Bereitschaft der Nationalsozialisten die nötigen Sicherheitsvorkehrungen für die Zivilbevölkerung zu treffen, zurückzuführen.

Im Jahr 1948 hielten sich noch die stark benötigten deutschen Fachleute, tausende Bergarbeiter, Kriegsgefangene, Strafgefangene und verwaiste Kinder in Polen auf. Bis zum Jahr 1949 verließen noch weitere 80.000 Deutsche den polnischen Staat. Nach neusten Schätzungen verblieben ca. 300.000 Deutsche in Polen.

Eine Schlüsselbedeutung erlangte die Frage nach der Verantwortlichkeit: Das Dritte Reich hatte den Krieg begonnen, damit die Grundlagen der europäischen Zivilisation zerstört und

trägt daher die ursächliche Verantwortung für das Schicksal der Deutschen, wie die der anderen von Deutschland vertriebenen und umgesiedelten Völker. Die Alliierten Siegermächte übernahmen in Potsdam die Verantwortung für die Ausweisung der Deutschen, indem sie den Entschluss der Ausweisung bzw. Umsiedlung fassten. Verantwortlich für die Art und Weise der Durchführung bleibt aber Polen und das ist auch nicht wenig.

Der britische Botschafter machte, über die Situation Ende 1946 folgende Bemerkung: „Wiederbevölkerung und Wiederaufbau des Gebietes zwischen der östlichen und westlichen Neiße sind weiter fortgeschritten als in den anderen jetzt unter polnischer Verwaltung stehenden Gebieten, ausgenommen das Gebiet zwischen der östlichen Neiße und der polnischen Vorkriegsgrenze, wo es keine Deutschen mehr gibt und das ausschließlich von Polen wieder bevölkert wurde. Die Rückgabe des Gebietes zwischen der östlichen und der westlichen Neiße an Deutschland würde die Umsiedlung von beinahe anderthalb Millionen Polen nötig machen, wovon die meisten schon in Ostgalizien und den früheren polnischen Gebieten östlich der Curzon-Linie entwurzelt worden sind. Ich wage deshalb zu behaupten, dass es – während es wahrscheinlich ein Fehler war, dieses Gebiet den Polen zu übergeben und ihnen zu erlauben, alle Deutschen zu vertreiben - jetzt nicht mehr angezeigt ist, diese Entscheidung zu revidieren und das Gebiet an Deutschland zurückzugeben.“

Die polnische Regierung hätte niemals zugegeben, dass es ein Fehler gewesen war, die deutsche Bevölkerung zu vertreiben und noch viel weniger, das Land den Deutschen wegzunehmen, da sie es aufgrund des Verlustes der polnischen Ostgebiete an die Russen, dringend benötigten.

## **9. Polnischer Neubeginn in Niederschlesien**

Die ehemaligen deutschen Gebiete, die an Polen verloren gingen, umfassen ca. ein Drittel des neu errichteten polnischen Staates und stellen durch ihre fortgeschrittenere Entwicklung gegenüber dem übrigen Polen den Großteil des tatsächlichen und potentiellen Reichtum Polens dar. Die Bedeutung, welche Niederschlesien für das deutsche Reich hatte, bestand auch weiterhin für das neue Polen. Trotz der massiven Zerstörung in diesem Gebiet, war es für die Regierung in Warschau unbedingt notwendig, dieses Potential für die Wiederherstellung des Landes so schnell wie möglich wieder nutzbar zu machen. Des Weiteren war für die kommunistische Regierung, die nach einer totalen Umorientierung der Gesellschaft trachtete die schnelle Modernisierung des Staates von großer Bedeutung. Am 28. Juni 1945 wurde die provisorische Regierung der Nationalen Einheit (TRJN) gebildet.

Wegen politischer Unstimmigkeiten und um sich auf den Wiederaufbau zu konzentrieren, wurde am 13. November ein neues Ministerium, das MZO (Ministerium für die Wiedergewonnenen Gebiete) unter der Leitung des Generalsekretärs der polnischen Arbeiterpartei eingesetzt.

Das MZO übernahm die vollständige Kontrolle von Niederschlesien, das in der Gerichtsbarkeit von Zentralpolen abgetrennt war. Am 11. Januar 1949 wurde das MZO aufgelöst und die Niederschlesischen Gebiete wurden voll in die Landesverwaltung eingegliedert.

In Breslau wurde in den ersten Monaten nach dem Krieg die Schaffung einer polnischen kulturellen Präsenz besonders gefördert.

Am 10. Juni 1945 war die erste Zeitung, Nasz Wrocław (Unser Breslau) erschienen. Es folgten eine Reihe Partei-Blätter, Naprzód Dolnoslaski (Der fortgeschrittene Niederschlesier – PPS) und andere.

Um die Rechtmäßigkeit der polnischen Ansprüche auf das Gebiet geltend zu machen, entstanden bis März 1946 auch polnische Vereinigungen: die polnische Geographische Gesellschaft, die Gesellschaft der Freunde der polnischen Sprache, die polnische Archäologische Gesellschaft, die Gesellschaft der Freunde der Geschichte. Das am 1. September 1945 in Breslau seine Tätigkeit beginnende Institut Slaski (Schlesisches Institut) war am einflussreichsten bei der Verstärkung polnischer Ansprüche.

Breslau wurde trotz der Zerstörung vieler schlesischer Archive während und auch nach dem Krieg und des Verlustes der Universitätsbibliothek, zu einem Aushängeschild kultureller Leistungsfähigkeit gemacht.

Am 15. November 1945 nahm die Universität Breslau die ersten regulären Vorlesungen auf. Im ersten akademischen Jahr besuchten nahezu 2.500 Studenten die sieben Fakultäten der Universität. Das Unterrichtsniveau blieb mangels Lehrkräfte aber eingeschränkt. Die Studentenzahl stieg im folgenden Jahr aber auf 7.000, da das Problem des Lehrkräftemangels durch beachtliche Anreize bald behoben wurde.

Auch wenn für die Regierung die Förderung der polnischen Kultur von großer Wichtigkeit war, wurde noch größerer Aufwand für die schnelle Wiederbesiedlung der neuen Gebiete betrieben. Die Regierung erstellte einen Wiederansiedlungsplan, in dem die neuen Gebiete in drei Zonen unterteilt werden sollten. Jede der Zonen sollte von einer bestimmten geographischen Region Mittel- und Ostpolens besiedelt werden.

Entlang der strittigen Oder-Neiße-Grenze, wurden zuverlässige Familien früherer Militärangehöriger angesiedelt. Diese Politik ist bereits in den 1930er Jahren im umstrittenen Südosten in Oberschlesien angewendet worden. Diejenigen Soldaten, welche bei der Befreiung des Landes mitgeholfen haben, mit Ausnahme der Heimatarmee, sollten Anspruch auf 10 Hektar haben und in den Grenzbereich Sagan, Görlitz, Löwenberg und Lauban umziehen. Nach diesem Plan wurden 100.000 Soldaten mit ihren Angehörigen, zur Bildung eines menschlichen Schutzwalles, angesiedelt. Ziel war es, das Eindringen von Deutschen zurück nach Niederschlesien zu verhindern. Da viele dieser Familien aus den von der Sowjetunion annektierten Gebieten stammten, war damit zu rechnen, dass sie sich auf die Seite ihrer politischen Wohltäter stellen würden.

Die polnische Bevölkerung wurde im Allgemeinen seitwärts verschoben, um logistische Schwierigkeiten bei der Umsiedlung zu verringern. Es entstand eine unbeabsichtigte Parallele zur Umsiedlung, wie sie die deutsche Bevölkerung durchmachte.

Die Regierung in Warschau plante bis August 1945 vier Millionen Polen in den neu gewonnen Gebieten anzusiedeln, davon allein 500.000 bis 600.000 in Niederschlesien. Da viele Polen entweder gar kein Zuhause hatten, zu dem sie zurückkehren konnten, oder aus den von der Sowjetunion besetzten Gebieten stammten, glaubte man, dass ein großer Teil dieser Enteigneten ein neues Leben in den gewonnenen Gebieten suchen würde. Außerdem kehrten nach dem Krieg viele polnische Zwangsarbeiter zurück, aber der größte Teil ging in die zentralen Gebiete Polens.

Bei den Polen aus den ehemaligen Ostgebieten, zeigte sich eine ähnlich Abneigung gegen eine Wiederansiedlung in den neu gewonnenen Gebieten. Trotz Appelle der polnischen Regierung, blieb die Mehrheit ihrer Heimat treu, was jedoch auch darauf zurück zuschließen werden kann, dass die Sowjets wegen ihres großen Arbeitskräftemangels keine Ausreisegenehmigung erteilten.

Hier ist auch eine Parallele zu den Deutschen Arbeitern erkennen, welche wegen ihrer Fachkenntnisse zumindest in den Anfangsjahren am Ausreisen gehindert wurden.

Alles in Allem siedelten 1945 verhältnismäßig wenig Polen in Niederschlesien, trotz der Bemühungen der Regierung, eine kulturelle und politische Präsenz zu schaffen. Die Wenigen die kamen, waren meist keine Dauersiedler, sondern Umherziehende und schlimmstenfalls Kriminelle. Die mit wenig, oder gar keinen Kosten zu erlangenden Reichtümer der Deutschen, lockten viele Landstreicher und Kriminellen an.

Wegen des Mangels an Konsumgütern, welcher durch den Krieg hervorgerufen wurde, lebten viele vom Tausch von Waren, die aus deutschen Wohnungen gestohlen wurden. Die anfängliche Gesetzlosigkeit in den neu gewonnen Gebieten, hatte auf potentiell echte Polnische Siedler auch den negativen Effekt, dass bereits vorhanden Ängste nur noch verstärkt wurden.

Bei vielen der möglichen Siedler die sich außerhalb Polen befanden, mochten auch politische Erwägungen eine wichtige Rolle gespielt haben, wegen ihrer Ablehnung des kommunistischen Regimes, sich nicht wieder in Polen anzusiedeln. Auch die Unsicherheit über die Landeshoheit der neuen Gebiete wirkte sich negativ auf die polnischen Umsiedlungsbemühungen aus. Dieser Faktor wurde mit Beginn des Kalten Krieges noch verstärkt. Durch den anfänglichen Verbleib vieler Deutscher in Niederschlesien, zeigte sich besonders die schwache polnische Präsenz.

Ein weiteres Problem war das Verhalten der Roten Armee, sie betrachtete den deutschen Osten zuerst als besetztes und nicht als befreites Gebiet und eignete sich in den Monaten nach der deutschen Kapitulation große Mengen an Reparationen an. Es wurden rund zwanzig Prozent des Vorkriegsbestandes der Industrie beschlagnahmt oder zerstört, außerdem wurden die neuen polnischen Gebiete ihres Viehbestandes beraubt.

Auch wenn der Diebstahl dessen, was von den Polen als ihr Eigentum betrachtet wurde nicht unangefochten blieb, hatte die polnische Regierung nicht genügend Mittel seine Ansprüche durchzusetzen. Ab dem 7. August 1945 hörten die Beschlagnahmungen durch polnische Proteste und einer Einigung mit der Sowjetunion am 28. Juli 1945 in Potsdam auf. Am 16. August wurde zwischen Polen und der Sowjetunion ein Vertrag über die jeweilige Grenze und die Teilung der Reparationen aus Deutschland unterzeichnet. Für Polen sollte dieser Vertrag ein Symbol sowjetischer Ausbeutung werden. Polen sprach man 15 % der Reparationen aus der sowjetischen Besatzungszone und von Bedingungen abhängige 30 % der der Sowjetunion zustehenden Reparationen zu. Allerdings wurden die geschätzten 6 Milliarden Dollar, welche Polen angeblich durch die Grenzverschiebung nach Westen erhalten hatte, vom Wert der erwarteten Reparationen abgezogen, so dass Polen nahezu nichts bekam. Hier hatte die Sowjetunion wohl vergessen, dass sie sich einen ca. 200 km breiten Streifen von den Polnischen Ostgebieten durch den Hitler-Stalin-Pakt einfach angeeignet hatte und dass die neuen Gebiete für Polen mehr oder weniger überlebenswichtig waren.

Durch die Antipathie zwischen polnischen Beamten, die Kontrolle ausüben wollten und der Roten Armee, kam es immer wieder zu tödlichen Zusammenstößen zwischen polnischen Sicherheitsorganen und plündernden sowjetischen Soldaten und Verbrechern.

Aber auch unter der Zivilbevölkerung gab es Reiberein. Hier war jedoch hauptsächlich der Mangel an Wohnungen der Anlass dazu. In der niederschlesischen Hauptstadt Breslau waren nach Kriegsende ungefähr 20.000 Gebäude in Schutt und Asche gelegt, das entsprach ungefähr 68 Prozent des gesamten Vorkriegsbestandes. Aufgrund der Wohnungsnot, waren polnische Familien gezwungen mit deutschen Familien zusammenzuwohnen.

Von der polnischen Regierung war das auch beabsichtigt, da auf diese Weise den polnischen Umsiedlern Zeit gegeben wurde, sich an den neuen Besitz zu gewöhnen. Jedoch gab es durch die beengten Verhältnisse in denen die Familien lebten, Unbehagen und Streit.

In vielen Teilen Niederschlesiens, aber auch in Pommern und Ostpreußen herrschten 1945 chaotische anarchische Zustände.

Im Allgemeinen gab es in den noch von Deutschen verwalteten Gemeinden, mehr Respekt und Ordnung. Ohne größere Sicherheit und Stabilität wollten aber nur wenige echte polnische Siedler das Risiko auf sich nehmen, aufs Geratewohl in den Westen aufzubrechen, aber ohne dauerhafte polnische Präsenz, war eine Anerkennung der polnischen Autorität durch die Westmächte unwahrscheinlich. Die Lage begann sich erst Ende 1945/Anfang 1946 zu stabilisieren und auch zu verbessern. Die schlimmsten Schäden wurden beseitigt.

Mit dem Abzug der Roten Armee im Winter 1945 nahm zwar die Sorge um die persönliche Sicherheit der Siedler ab, dennoch hielt die Verwirrung, in der Übergangsperiode und auch danach, durch physische und psychische Verwirrung weiter an.

Trotz geringerer Zerstörung als in anderen Gebieten, wurde Niederschlesien nicht zu dem Magneten für Neusiedler wie sich die Regierung in Warschau vorgestellt hatte. Anstatt als produktiver Teil für den Wiederaufbau des Landes beizutragen, blieb Niederschlesien in den ersten Nachkriegsjahren eine Mangelregion, welche im Verhältnis zur Einwohnerzahl einen unverhältnismäßig hohen Teil an Staatsgeldern verbrauchte.

Auch die Wirtschaft machte in Anfangsjahren Schwierigkeiten. Schätzungen zu Folge lag das Produktionsniveau nur bei einem Fünftel der Vorkriegszeit, da die niederschlesischen Industrieanlagen während des Krieges schwer beschädigt, oder ganz zerstört wurden. Die nach dem Krieg noch vorhandene Produktionskapazität wurde durch Plünderung und Demontage der Sowjets weiter geschwächt.

Durch das beschädigte Transportsystem war zudem auch die wirtschaftliche Infrastruktur beeinträchtigt. Berichten zufolge wurden 2.566 der insgesamt 3.288 km Schienewege von Niederschlesien im Krieg zerstört, oder als Ersatz für in der Sowjetunion zerstörte Strecken entfernt worden.

Die wenigen Arbeitsplätze die es gab, zeichneten sich wegen häufiger Beschädigung der Anlagen, durch geringe Produktivität aus, aus diesem Grund fielen auch die Löhne im Allgemeinen sehr niedrig aus, welche nicht im Verhältnis zu den hohen Lebenshaltungskosten in den neuen Gebieten standen und oft nur für das Allernotwendigste reichten.

In den ländlichen Gebieten Niederschlesiens war die Situation nach 1945 besonders dramatisch. Hier wurden viele Kämpfe ausgefochten und auch wenn in einigen Gegenden keine plündernden Horden der Roten Armee durchgezogen sich, gab es vielerorts Verwüstungen durch unbeabsichtigt detonierter Munition. Es wurden ca. eine Million Granaten und 300.000 Landminen nach dem Krieg aufgesammelt.

Demzufolge war die Wiederbesiedlung der ländlichen Gegend aufgrund der Sorge für die persönliche Sicherheit behindert, auch die Neubebauung war durch die Verwüstungen erschwert. Zudem herrschte ein akuter Mangel an Nutztieren, da die Rotarmisten den Hauptteil des noch vorhandenen Viehstandes beschlagnahmte, was auch den Ackerbau unrentabel machte. Nur knapp ein Viertel des Niederschlesischen Ackerbodens wurde genutzt. Von der verminderten Ernte wurden wiederum nur 60 Prozent eingebracht, auch wegen des Mangels an Landarbeitern. Ganze Landteile waren unbebaut, besonders das Gebiet nördlich von Breslau. Nur am Fuße des Riesengebirges blieb die Produktion auf Vorkriegsniveau gehalten. Im Jahr 1946 verbesserte sich die Nutzung auf knapp 60 Prozent der Ackerfläche.

Ein weiteres Problem war der Mangel an Saatgut. Um einen massenhaften Hungertod zu vermeiden, lieferten die Sowjets 50.000 Tonnen Korn aus der Ukraine in die neuen Gebiete. Später wurden bis Februar 1946 weitere 90.000 Tonnen aus der Ukraine und der sowjetischen Besatzungszone, welche selbst unter Nahrungsmittelknappheit litt, geliefert. Ironischerweise sollten noch zusätzlich 90.000 Tonnen aus den Kornvorräten zu Verfügung gestellt werden, die im Sommer 1945 von den Sowjets konfisziert wurden. Um dem Viehmangel abzuhelpen, sind durch das UNRRA-Programm, einem der UN zugehörigen Organ, bis zum Sommer 1946 59.438 Pferde und 19.281 Rinder geliefert worden, die meisten davon kamen aus den USA.

Um die Mechanisierung der Landwirtschaft zu fördern, lieferte die UNRRA bis Mai 1946 4.239 Traktoren.

Durch die Hilfeleistung von außen, hatte sich die Lage im Polen entscheidend verbessert. Die Regierung in Warschau konnte zwar keine direkte Hilfe geben, hatte aber auf die Entwicklung in den neuen Gebieten keinen geringen Einfluss.

Das kommunistische Regime übernahm die Verteilung der Ressourcen. Indem es die Meisten den neuen Gebieten zuwies, erhoffte es sich, dass neue echte Siedler dort sesshaft werden

würden und zur Stabilisierung der Lage beitragen. Auch die Lenkung des Wiederaufbaus sollte eine kollektivistische Bahn nehmen. Den Anfang in diese Richtung machte man am 6. Mai 1945, als beschlossen wurde, dass alle deutschen Vermögen Eigentum des polnischen Staates werden sollten. Ein ausführliches Ermächtigungsgesetz trat am 6. Januar 1946 in Kraft. Hierin wurde die unterschiedslose Verstaatlichung der Industrie und die Konfiskation allen Landes in den neuen Gebieten ohne Entschädigung festgelegt. Im alten Polen selbst geschah das gleiche mit Industrien, welche mehr als 50 Arbeitnehmer und großen Besitzungen hatten. Auf diese Weise eignete sich der polnische Staat 9.596.000 Hektar Land an, davon kamen 6.707.000 Hektar aus den neuen Gebieten. In Niederschlesien selbst umfasste der landwirtschaftliche Besitz ca. 1.200.000 Hektar, wovon knapp 40 Prozent bis Anfang 1946 an polnische Bauern verteilt wurden.

Das übrige Land, was nicht im Besitz der Roten Armee oder in Privatbesitz war, wurde in Genossenschaften umgewandelt, welche staatliche Landwirtschaftsunternehmen verwalteten. Diese Genossenschaften leiteten prokommunistisch eingestellten Polen, welche die früheren deutschen Besitzer oder aus der Bahn geworfene polnische Arbeiter beschäftigten. Beide Gruppen brachte Warschau in seine Abhängigkeit. Der Lohn war mehr als erbärmlich, die Deutschen erhielten außer der Nahrung überhaupt nichts, die Polen angeblich nur 200 Zloty Lohn im Monat.

Die polnischen Behörden vermachten den Genossenschaften, wohl auch um diese zu einer Alternative zu den privaten Höfen zu machen, den Hauptteil der Zuteilungen, unter anderem auch die besten Traktoren usw. Auch wenn es beabsichtigt war, die Besitztümer gleichmäßig auf den polnischen Staat zu verteilen, wurden die westlichen Gebiete, besonders Niederschlesien mit unverhältnismäßig großer Unterstützung versehen. Als Beispiel übergab man von den 1000 Traktoren, welche bis Ende 1945 nach Polen geliefert wurden, 254 an Breslau. Ähnliches geschah bei der Zuteilung von Pferden, Schweinen und Rindern, hier sollte Niederschlesiens Anteil 27 Prozent betragen. Zur Rechtfertigung berief sich die Warschauer Regierung immer auf die herrschende Notlage in dieser Region, doch wurde mit dieser dauernden Begründung einhergehende politische Ziele verschleiert. Die Bevorzugungen sorgten für Verstimmungen in den vernachlässigten Teilen des alten Polens. Trotz der beachtlichen Vorteile, die Niederschlesien zu Teil wurden, dauerte es noch Jahre bis die Investitionen auch die Zinsen trug, die man erwartete.

Die extreme Kälte im Winter 1946/47 und das darauf folgende Hochwasser mit Überschwemmungen im Frühling und die Hitzewelle im Sommer 1947 verschlechterten wieder die Ernte und sorgten für zusätzliche Nahrungsmittelknappheit bis endlich 1948 eine Stabilität eintrat.

Die Hilfe aus den Ausland sorgte dafür, dass ein massenhafter Hungertod unter der Bevölkerung nicht eintrat. Unterernährung konnte jedoch nicht abgewendet werden, ebenso wenig eine Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage, so dass es zu unausweichlichen Preiserhöhungen kam. Möglicherweise war die Inflation für das kommunistische Regime in Warschau noch problematischer als die Knappheit der Nahrungsmittel, da die steigenden Preise die Wiederaufbaubemühungen geschwächt hatten. Wie sehr die Inflation auch am öffentlichen Vertrauen nagte, wurde am ständig verschlechterten Wechselkurs des Zloty deutlich. Am stärksten machte sich die Inflation an den Preisen für Dinge des täglichen Bedarfs bemerkbar.

Das Lohn-Preisverhältnis war bei einem Durchschnittslohn von 1000 – 1500 Zloty deutlich entstellt. Wasch und Kosmetikartikel kosteten, falls sie überhaupt zu kaufen waren, ein halbes Vermögen. Ein neuer Anzug kostete zum Beispiel 5.000 Zloty, ein Paar neue Schuhe 6.000 Zloty, ein Kilo Butter ab 400 Zloty, ein halber Liter Bier 45 Zloty. Es gab auch ein deutliches Missverständnis bei den Preisen, ein Bügeleisen kostete weniger als ein Restaurantessen. Viele Polen waren gezwungen sich mit Schwarzarbeit über Wasser zu halten.



Die polnische Regierung reagierte auf diese Entwicklung mit dem Verbot von nachteiliger Information, so wurde zum Beispiel jegliche Information über die Nahrungsmittelsituation in Polen untersagt, außerdem führte sie Rationalisierungsmaßnahmen bestimmter Artikel ein. Diese waren vor allem Lebensmittel und Benzin. Für privat genutzte PKW genehmigte man monatlich 160 Liter durch Benzingutscheine, Regierungsfahrzeuge bekamen das Doppelte. Auf dem freien Markt hatte man die Möglichkeit mehr zu kaufen, aber zu deutlich höherem Preis.

Diese Rationalisierungsmaßnahmen waren auch in anderer Hinsicht notwendig, da die Löhne des öffentlich staatlichen Dienstes nach oben begrenzt waren. Zum einen, um den Inflationsdruck in Grenzen zu halten, zum anderen, dass der Staat mehr Staatsgelder für direkte Interventionen zur Verfügung hatte. Die Regierung hatte hier die Verpflichtung, für diejenigen einen Ausgleich zu schaffen, deren Löhne nicht ausreichten, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Ein weiterer Vorteil bestand darin, dass sich Warschau die Loyalität derer versicherte, für die diese Rationen bestimmt waren, außerdem dass die Interesse für die staatliche Beschäftigung wuchs, da die Privatindustrie oft nicht mehr in der Lage war diese Vergünstigungen ebenfalls zu gewähren. Durch die Unregelmäßigkeit der Verteilung, werden auch die politischen Zwecke der Rationierung deutlich. Keine, oder die niedrigsten Rationen wurden von Anfang an denen zugeteilt, deren Einkommen für die Marktpreise als ausreichend angesehen wurde. Dies traf hauptsächlich auf den privaten Sektor zu, da die Löhne der verstaatlichten Industrien künstlich niedrig gehalten wurden. Die Bevorzugung des staatlichen Sektors wurde mit dem Argument gerechtfertigt, dass die beim Staat beschäftigten, größere finanzielle Härten erdulden müssen, obwohl sie den größeren Teil beim Wiederaufbau leisten. Hier wurde Warschaus Interesse an den ihm zugetanen Industrien und Arbeitern verdeckt.

Die Zuteilung wurde auch geographisch geregelt. Nicht alle Gebiete erhielten Unterstützungen, die ihrer Bevölkerungsdichte oder den örtlichen Bedingungen angemessen war. Von insgesamt 10.299.844 Rationenempfängern waren 1.519.605 aus den neu gewonnenen Gebieten, und davon wiederum 948.453 aus Niederschlesien. Hier liegt die Vermutung nahe, dass sich Warschau der Notwendigkeit bewusst war, die Hilfe in diesem strittigen Gebiet anzuheben. An den örtlichen Bedürfnissen kann es nicht nur gelegen haben, da Pommern, die Masuren und Ostpreußen nicht weniger ausgeplündert worden sind. Trotz alledem hatte nur etwa die Hälfte der knapp zwei Millionen Einwohner einen Nutzen von der Unterstützung.

Wenn man die 170.000 deutschen Lebensmittelkartenempfänger und die ca. 13.000 mittellosen Vertriebenen abzieht, so zeigt es sich, dass das Netto von ca. 750.000 Empfänger in etwa der Zahl der zu dieser Zeit in Niederschlesien lebenden Polen entspricht. Praktisch gesehen bekamen alle Polen Lebensmittelzuteilungen in irgendeiner Form, und es ging ihnen mit Sicherheit besser, als den meisten Deutschen, die eine unsichere Zukunft hatten.

Trotzdem war auch bei den Polen Unterernährung verbreitet, des Weiteren war es mit der Volksgesundheit schlecht bestellt. Die wenigen verfügbaren Gesundheitsfürsorger waren mit dem Geiz und der Unfähigkeit der Warschauer Regierung konfrontiert. In Niederschlesien gab es keinen systematischen Plan für die Gesundheitsfürsorge.

Die Gegend um Hirschberg (Jelenia Gora) war mit dem sauberen klaren Wasser aus den Bergen des Riesengebirges besser gestellt, als zum Beispiel Breslau und die meisten anderen Städte, die weit bis in das Jahr 1946 gezwungen waren, ihr Wasser aus provisorischen Brunnen, die während des Krieges entstanden sind, zu holen. Die Kläranlagen waren in diesen Städten oft ohne Funktion, so dass das Grundwasser verseucht war, von welchem die meisten Einwohner abhingen.

In den Internierungslagern, welche die Rote Armee und der polnische Staat für verdächtige Deutsche einrichtete, gab es bereits Fälle von Fleckentyphus. In der Bevölkerung verbreitete sich Diphtherie und Geschlechtskrankheiten, diese waren äußerst besorgniserregend, da sie



das Zwölfwache der Vorkriegshöhe betrugen. Von 70.000 Syphilis und 200.000 Gonorrhöe-Fällen wurde in Niederschlesien berichtet, bei einer Einwohnerzahl von weniger als zwei Millionen, waren diese Zahlen ungeheuerlich. Am meisten verbreitet war die Krätze von der 70 Prozent der ländlichen Bevölkerung und bis zu 40 Prozent der Stadtbewohner, Berichten zufolge, befallen waren. Auslöser vieler dieser Krankheiten waren der Mangel an Seife, Salben und anderen Reinigungsmitteln, sowie das Fehlen der richtigen Ernährung. Weiterhin waren rund 100.000 polnischer Erwachsene, sowie 70 Prozent der Kinder an Tuberkulose erkrankt. Auch vereinzelte Fälle der Tropenkrankheit Malaria sind bei einigen Polen, die während des Krieges zeitweise nach Kasachstan verlegt wurden, registriert gewesen.

Es ist nicht genau bekannt, wie viele Menschen infolge der Epidemien starben. Die Säuglingssterblichkeit erreichte Höhen von 12 Prozent in Gegenden mit elementarer Gesundheitsbetreuung und bis zu 27 Prozent in den stark verwüsteten niederschlesischen Kreisen.

Die miserablen gesundheitlichen Zustände waren anfangs noch als Folgen des Krieges zu betrachten und nicht auf die Vernachlässigung der polnischen Regierung zuzuschreiben. Als sich mit der Zeit die Verhältnisse allmählich stabilisierten, wird es schwer Warschaus anhaltende Vernachlässigung des Gemeinwohls zu rechtfertigen. Die Regierung war bei der Volksgesundheit nie so zielstrebig wie beispielsweise bei dem Aufbau der Industrie und der Verbreitung der polnischen Kultur in den neuen Gebieten, obwohl die Möglichkeit einer ausreichenden medizinischen Versorgung durch die Hilfe aus dem Ausland gegeben wäre. Erst Ende 1946 war eine Besserung der allgemeinen Zustände zu merken. Als zu dieser Zeit die Vertreibung der deutschen Bevölkerung ihre Endphase erreichte, nahm die Wohnungs- und Nahrungsmittelknappheit etwas ab.

Die Hauptkraft, welche die polnische Industrie mit materiellen Dingen und die polnischen Behörden mit ausreichenden Vorräten versorgte, war die UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration). Diese war seit ihrer Gründung am 9. März 1943, auf Initiative der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Chinas, bis zu ihrer Auflösung am 30. Juni 1947, sehr aktiv am polnischen Wiederaufbau beschäftigt. Zwischen der UNRRA und der provisorischen polnischen Regierung wurde am 12. März 1945 ein Vertrag entworfen, welchen man am 14. September 1945 zu einem Unterstützungsvertrag erweiterte.

In diesem Vertrag war festgelegt, dass die polnische Regierung zur Endverteilung der UNRRA-Versorgungsgüter ermächtigt war. Die einzige Bedingung welche die polnischen Behörden zu erfüllen hatten, war die Information der UNRRA durch eine monatliche Statistik über die Verteilung und die Begünstigten der Waren. Die Hauptgebernationen der UNRRA waren die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich. Bevor die UNRRA im Juni 1947 aufgelöst wurde, brachte sie schätzungsweise 70 Prozent des Wertes aller Importe kostenlos nach Polen. Insgesamt wurde das Land mit rund 2.420.000 Tonnen Nahrungsmitteln, Kleidung, Arzneimitteln und landwirtschaftlichen, sowie industriellen Maschinen im Wert von 477.927.000 US-Dollar beliefert.

Trotz dieser gewaltigen Unterstützungen, war die größte Bemühung die humanitäre Wiederansiedlung der Displaced Persons (DPs) aus Mitteleuropa in die Ursprungsländer. Zu den DPs gehörten Zwangsarbeiter und Zwangsverschleppte, welche vornehmlich aus Osteuropa stammten, weiterhin waren es Kriegsgefangene und Konzentrationshäftlinge. Einige von Ihnen haben nach dem Krieg freiwillig in Deutschland eine Arbeit aufgenommen, viele von ihnen sind schon 1944 vor dem Vorstoß der Roten Armee nach Westen geflohen. Auch die ca. 100.000 jüdischen Flüchtlinge, die im Sommer und Herbst 1946 nach dem Pogrom von Kielce in die westlichen Besatzungszonen kamen, wurden als DPs anerkannt. Ein Großteil dieser jüdischen Flüchtlinge, wurde in den Nahen Osten nach Palästina umgesiedelt, wo sie mithalfen 1948 den Staat Israel zu gründen.

Der Rückführungsprozess hatte schon vor dem Ende des Krieges begonnen, bis er im Sommer 1945 zu einem Massenstrom wurde. Um diesen Strom bewältigen zu können wurde das erste Abkommen zwischen britischen und amerikanischen Befehlshabern, sowie tschechoslowakischen, polnischen und sowjetischen Landesvertretern geschlossen. Hier sollten die jeweiligen Staatsangehörigen in Transportzügen zurückgeholt und mit den zurückfahrenden Zügen, die ausgewiesenen Deutschen ins restliche Deutschland gebracht werden.

Von der UNRRA wurden die DP's mit einem Nahrungsmittelvorrat für zehn Tage versorgt. Sie konnten von ihren persönlichen Sachen 100 Kg mitnehmen. An finanziellen Mitteln war ihnen die Mitnahme von mindestens 1000 Reichsmark pro Erwachsenen und 500 Reichsmark für Kinder unter 16 Jahren erlaubt. Nach ihrer Ankunft in Polen, hatten sie die Möglichkeit alle ihre übrigen Ersparnisse aus dem Deutschen Reich mit monatlich 1000 Reichsmark oder zehn Prozent ihres Gesamtvermögens abziehen und dieses Geld zum günstigen offiziellen Wechselkurs von 1,45 Zloty – 1 RM umzutauschen.

Nach einer anfänglich größeren Menge von 15.617 heimkehrenden DP's im März 1946 und 17.291 im April, ging die Anzahl stark zurück, bis sie sich ab September bei weniger als 12.000 Personen einpendelte. Es gab einige Gründe, welche viele der polnischen DP's davon abhielt, nach Polen zurückzukehren. Einige waren ein Widerstreben gegen die politische Orientierung, Mangel an Pioniergeist und eine Abneigung gegen Familientrennung durch eine Ansiedlung in den neugewonnenen Gebieten. Schätzungsweise wollte nur einer von neun polnischen DP's anfänglich zurückkehren.

Diesem Trend entgegenzuwirken war eines der Hauptprojekte der UNRRA in der zweiten Hälfte des Jahres 1946. Da befürchtet wurde, dass die polnischen DP's eine Belastung werden könnten, wenn keine weiteren Anreize zur Abwanderung geboten würden, wurde im August 1946 ein 60-Tage-Rationen-Plan mit den Namen „Operation Grubstake“ (Operation Fresskorb) und „Operation Carrot“ entworfen. Auf den offiziellen Routen wurden die Heimkehrenden mit etwa 43 kg Trockengemüse, Mehl, Dosenfleisch, Zucker, Milchpulver und Butter. Mit diesen Nahrungsmitteln sollte sich eine Durchschnittsperson in den ersten zwei Monaten nach der Umsiedlung ernähren. Die Aktion sollte vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1946 stattfinden, es war vorgesehen, dass während dieser Zeit pro Monat 100.000 DP's die Besatzungszonen verließen.

Aber anstatt dieser Anzahl sind während der gesamten Laufzeit gerade einmal 91.299 zurückgekehrt, die Hälfte davon im ersten Monat, mit einem starken Abstieg auf 24.379 im November und 20.519 im Dezember. In den westlichen Besatzungszonen verblieben Anfang 1947 noch 272.712 Polen. Die UNRRA legte im April 1947 einen überarbeiteten Plan zur Wiederansiedlung vor, dieser enthielt eine Schrift „How to get along the Recovered Territories“, in der sich die Chancen, welche sich den Tatkräftigen eröffneten, dargestellt wurden. Im Laufe der Zeit wurden 30.647 DP's mit den Mitteln ausgestattet, um nach Polen zurückkehren zu können. Ein Großteil von ihnen wurde in den neuen Gebieten angesiedelt. Ab 1946 begann auch die Umsiedlung von Polen aus Galizien, jenem Gebiet, welchem von der UDSSR annektiert wurde. Anfänglich wollten die Sowjets die Umsiedlung nach Polen verhindern. Beide Länder einigten sich jedoch im Repatriierungsabkommen von 7. Juni 1945. Nach dem Abkommen stieg die Anzahl derjenigen, denen die Umsiedlung erlaubt wurde von 100.000 im Jahre 1944 auf 750.000 im Jahre 1945 an. In den nachfolgenden Jahren war diese Anzahl ähnlich hoch.

Trotz alledem hatte Warschau eine doppelt so hohe Anzahl erwartet und war besonders über die geringe Anzahl, die sich in anfänglich in den neuen Gebieten niederlassen wollten, enttäuscht. Um mehr Anreize für Bauern aus dem Osten zu schaffen, erließ das polnische Ministerium am 4. März 1946 eine Verfügung. Die Bauern erhielten abhängig von der Größe ihrer Familie bessere Grundstücke. Denjenigen Polen, welche bis zu einem bestimmten Zeitpunkt kamen, wurden die Transportkosten voll ersetzt, außerdem brauchten sie ein Jahr

lang keine Steuern zu zahlen. Weitere Anreize, wie die Befreiung vom Wehrdienst, die Anwartschaft auf eine Ochsen, oder zwei Kühe, außerdem Bargeld bis zu 5000 Zloty wurden 1947 eingeschlossen.

Diese Vorteile wurden auch den polnischen DPs gewährt. Die Erwartungen der Regierung gingen teilweise auch in Erfüllung. Etwa 15.000 Polen kehrten aus Jugoslawien zurück und wurden in Löwenberg (Lwówek Śląski) und in Bunzlau (Bolesławiec) angesiedelt. Aus Nordfrankreich, Belgien und aus dem Ruhrgebiet gingen eine beträchtliche Anzahl nichtassimilierten polnischer Kohlebergarbeiter zurück nach dem Osten, wovon der größte Teil wiederum in Niederschlesien angesiedelt wurde.

### Die polnischen Umsiedler kommen

Seit dem Sommer 1945 passieren unzählige Güterzüge die schlesischen Bahnhöfe. Zwangsweise ausgesiedelte Polen aus den ehemaligen polnischen Ostgebieten, die seit 1939 zur UDSSR gehörten, kamen mit ihrem Eigentum in die schlesischen Gebiete. Der erste Aufenthaltsort ist der Bahnsteig. Auf den Wartebänken schlafen Alte und Kinder. Zwischen den Bahngleisen hocken die Frauen und bereiten in kleinen mitgebrachten Öfen das Essen zu. Die sowjetische Regierung hat in der Westukraine keine Bevölkerung polnischer Nationalität geduldet, warum, das ist heute vollkommen unverständlich, vor allem, da es sich um ein traditionell multikulturelles Gebiet handelte. Für das Baltikum galt das gleiche. Die polnische Nationalität ist der einzige Grund für die Vertreibung. In den nichtrussischen Mitgliedsstaaten der UDSSR schaffte Moskau Strukturen, die nationale Selbstbestimmung von Minderheiten künftig unmöglich machen sollen.

Während der Verhandlungen der Siegermächte im Sommer 1945 in Potsdam fragten die Briten, wie die Bevölkerung in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten strukturiert sei. Die sowjetischen Vertreter erklären, dass es in der Westukraine kaum noch Polen gebe und man dort wo sie noch leben, Bedingungen schaffen werde, dass die Betroffenen einer Umsiedlung von sich aus zustimmen. Dass diese Äußerungen ganz anders gemeint waren, hat die polnische Bevölkerung am eigenen Leib erfahren. Der Hauptgrund warum die polnische Bevölkerung „freiwillig“ ihre Heimat verlassen haben, war unter anderem, weil sie von ukrainischen Banditen massenhaft ungebracht wurden. Diese hatten es häufig auf die sich in guten Zustand befindlichen Höfe und Häuser, sowie auf das fruchtbare Land der polnischen Bevölkerung abgesehen. Hier lassen sich eindeutige Parallelen zu den vertriebenen Deutschen in Schlesien erkennen. Die polnischen Betroffenen berichten meist übereinstimmend über das erlittene Leid, über Folter, Qual und auch Mord.

Ähnlich wie im Fall der vertriebenen Deutschen aus Schlesien, hat es offiziell das Leid der Polen, weder in der polnischen, noch in der sowjetischen Geschichte gegeben. Die Lügen der kommunistischen Geschichtsschreibung offenbarten sich erst nach der Öffnung der lange geheimen Archive nach 1989. Die Zahlen der Opfer werden dauernd nach oben korrigiert. Weitere Gründe für die Vertreibung waren, dass Moskau kein Interesse am Selbstbewusstsein der polnischen Intelligenz und an den wirtschaftlichen und kulturellen Wurzeln des polnischen Bürgertums hatte. Stalin misstraute der kulturellen Identität der polnischen Minderheit. Er vermutete, dass sie einen dauerhaften Anschluss der Westukraine an die Sowjetunion irgendwann nicht mehr akzeptieren würden.

Als sie Nachbarn werden, wissen die deutschen Schlesier und die vertriebenen Polen nichts von einander. Aber in allen schlesischen Orten, in denen die Vertriebenen aus dem Osten Polens und die polonisierten Deutschen aufeinander treffen, beginnt häufig eine Annäherung, denn die neuen Nachbarn erkennen, dass sie ein ähnliches Leid tragen. Dennoch ist die Nachbarschaft belastet, denn die polnischen Familien beziehen die Häuser von Deutschen, welche sie freiwillig oder unfreiwillig verlassen hatten. Über eine Million vertriebener Polen

erhalten so wieder ein Dach über den Kopf. Vertreter der polnischen Behörden erschienen auf den Bahnhöfen um die neuen Schlesier zu zählen, danach machten sich die Ausgesetzten auf der Suche nach einer neuen Unterkunft. Wenn sie ein Haus gefunden, hatten was ihnen gefiel, gingen sie zur Gemeinde, um wenn möglich den Schlüssel dazu abzuholen. Die polnischen neuen Besitzer hissten dann die National-Fahne an den Häusern. Den ankommenden Familien wurden die Tiere für die Landwirtschaft zugeteilt. Die Deutschen beobachteten mit Angst diese Vorgänge. Für sie war es wichtig, ob die Zahl der verlassenen Häuser und Wohnungen für die Anzahl der vertriebenen Polen ausreicht. Blieben Familien übrig, handelte nicht selten der polnische Sicherheitsdienst und räumte die Häuser von Deutschen leer. Dennoch war das nicht in jedem Fall so, meistens waren genug Häuser übrig und die polnischen Familien beginnen ihr neues Leben in „vorsortierten“ Haushalten. Die polnische Miliz hat sich schon vorher geholt was sie gebrauchen konnten. (S.68)

Glücklich sind die betroffenen polnischen Familien trotz ihrer neuen Häuser nicht. Häufig plagt sie das Heimweh, sie sehnten sich nach dem eigenen verlorenen Land. Schlesien blieb ihnen meist ein Leben lang fremd. Viele hatten nicht das Gefühl in Schlesien eine neue Heimat gefunden zu haben. Bei der Nachfolgeneration sah das freilich anders aus. Diese ist in Schlesien geboren, aufgewachsen und hat sich damit einen ganz anderen Bekanntschaftskreis aufbauen können als die vorhergehende Generation.

Viele der Vertriebenen haben gehofft, dass die Verhältnisse nicht endgültig sein würden. Bis zum heutigen Zeitpunkt erzählen die Polen von dieser Ankunft nicht gerne. Einerseits aus Scham, andererseits wissen sie nicht, ob sie für diese Besitzergreifung verantwortlich gemacht werden können. Sie zweifeln daran, ob die von der Volksrepublik Polen geschaffenen juristischen Verhältnisse Bestand haben werden.

Justisch festgehalten werden die neuen Besitzverhältnisse erst in 1950er Jahren. Die neuen Eigentümer wurden in den von den Deutschen übernommen Grundbüchern eingetragen. Die kommunistische Regierung rechtfertigt die Vertreibung der Deutschen historisch, da es sich schließlich um „urpolnisches Gebiet“ handele, da die einstigen schlesischen Fürstenhäuser mit dem polnischen Königshaus verwandt waren. Darum sei Schlesien urpolnisch. Das scheint sehr weit hergeholt, reichte den Kommunisten aber als Rechtfertigung aus.

Die neuen Eigentümer schenken diesen Thesen wenig glauben und investierten über Jahrzehnte nicht in das neue Eigentum.

### Germanisierte Polen

Für die germanisierten Polen, d.h. jene die im deutschen Teil von Schlesien lebten, die deutsche Staatsbürgerschaft hatten, polnisch sprachen, römisch-katholisch waren oder polnisch klingende Namen hatten, entwickelte die polnische Regierung ein so genanntes Verifizierungsverfahren, in dem deutschen Staatsbürgern der Nachweis polnischer Abstammung genügte, um nicht ausgewiesen zu werden. Die Strenge der Prüfungen waren unterschiedlich, in manchen Orten reichte schon die individuell begründete Aussicht auf eine erfolgreiche Polonisierung, anderenorts waren die Beamten strenger und schlossen auch polnischstämmige aus, damit ja kein Deutscher bleibe. In Oberschlesien, im Oppelner Land überwog der Wille die Bewohner im Land zu belassen, man brauchte die Arbeitskraft für den Wiederaufbau des Gebietes. Polens Bevölkerung ist in Folge von Grenzverschiebung, Krieg und Besatzung auf etwa zwei Drittel des Standes von 1939 gefallen. Die Schlesier aus dem ehemals deutschen Oppeln wurden ebenso gebraucht wie diejenigen, die schon vor 1939 polische Staatsbürger waren. Eine andere Ursache waren Prestige Gründe: Die Regierung benötigte eine möglichst große Anzahl polonisierungs- bzw. repolonisierungsfähiger Menschen, als Beleg dafür, dass Polen 1945 ehemals polnische Gebiete wiedergewonnen hatte, die im Laufe der Jahrhunderte nur oberflächlich germanisiert wurden.

Die „Verifizierung“ war bis Ende der 1940er Jahre weitgehend abgeschlossen. Es wurden knapp 870.000 Personen zwischen April 1946 und Ende 1948 als Polen anerkannt, das entsprach ca. 56% der Bevölkerung der Vorkriegszeit im Oppelner Schlesien. Damit war für Warschau das Nationale Problem weitgehend gelöst. Jenem Rest der Einwohner, der sich noch immer gegen die Annahme der polnischen Staatsbürgerschaft sträubte, wurde diese aufgezwungen. Etwa 80.000 Oberschlesier bestanden trotz Benachteiligung und Einschüchterung darauf, in ihren Personalausweis die Nationalität mit „deutsch“ einzutragen.

Trotz der großen Zuwanderungen, wurde Warschau schnell klar, dass die Bevölkerungszahlen nicht das Vorkriegsniveau erreichen werden und sah sich deshalb gezwungen in Bezug auf die Volkszugehörigkeit Kompromisse einzugehen.

Warschau nahm diesbezüglich über 8.000 griechische Flüchtlinge, die nach einem missglückten kommunistischen Aufstand das Land verlassen haben auf und siedelte diese im polnischen Teil von Görlitz an. Weiterhin wurden bis 1947 etwa 50.000 Lemko-Ukrainer in den neuen Gebieten angesiedelt, davon über die Hälfte in den bevölkerungsarmen nördlichen Gebieten Niederschlesiens.

Das auch eine Anzahl von Deutschen, welche Warschau jetzt alt eingesessen bezeichnete, bleiben durfte, ist bezeichnend für die Zugeständnisse der Regierung. Insgesamt wurden 119.000 Deutsche, meist Techniker und Bergleute aus Waldenburg zum Dableiben gebeten und im Gebiet um Breslau angesiedelt. In Grünberg (Zielona Gora) waren es 25.000.

Bis 1947 verließen, trotz aller Bemühungen Neusiedler nach Niederschlesien zu locken, mehr Menschen das Gebiet als dableiben. Unter diesen waren auch viele Wiederangesiedelte, so dass im Januar 1947 die Bevölkerung nur noch 1.384.400 Personen zählte. Das waren knapp eine halbe Million Menschen weniger, als bei der letzten Volkszählung im Februar 1946. Der Weggang der polnischen Neusiedler hörte aber 1947 auf, und die Bevölkerungszahl stieg wieder an, als mit der letzten großen Ausweisung von Deutschen, ein größeres Maß an Sicherheit gewonnen werden konnte. Ende dieses Jahres betrug die Einwohnerzahl Niederschlesiens wieder 1.692.000, wovon 1.570.320 Polen waren.

Die niederschlesische Hauptstadt Breslau wuchs durch einen enormen Zustrom sehr schnell, von 170.700 im Jahre 1946 auf 308.900 im Jahre 1950 an, und wurde damit Polens viertgrößte Stadt. Nirgends in Polen war eine ähnliche Wachstumsrate verzeichnet.

Von den 1,5 Millionen Polen aus dem Curzan-Gebiet, welches an die UDSSR gefallen ist, siedelten über die Hälfte in Niederschlesien. Dennoch machten sie nur etwa 40 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Der Großteil stammte hauptsächlich aus Zentralpolen, wie Krakau und Posen.

Trotz des großen Zuflusses, lag die Bevölkerungsdichte nur bei etwa 60 Prozent von 1939.

## **10. Begriffe über Vertreibung**

Die konfliktreichen Erinnerungen an die Vertreibungen spiegeln sich in Unterschiedlichen Begriffen wieder, mit denen der Vorgang bezeichnet wird. Der Begriff selbst ist Teil des Geschichtsgedächtnis. Er enthielt seit Ende der 1940er Jahre eine starke moralische Betonung des Unrechts und der Gewalttätigkeit. Der Begriff „Vertriebene“ trat erst in dieser Zeit mehr und mehr an die Stelle des bis dahin verwendeten Begriffs „Flüchtlinge“.

Erheblich vielfältiger sind die in der polnischen Sprache üblichen Begriffe: Gegenwärtig sind die Begriffe „Aussiedlung“ oder „Zwangsaussiedlung“, während der Begriff „Vertriebene“ in hohem Maße mit den Vertriebenenverbänden und der Begriff „Vertreibung“ mit einer deutschen Sicht auf die Ereignisse und dementsprechend einer Tendenz assoziiert wird, den Status der Deutschen als Opfer in unangemessener Weise herausstellen zu wollen.



Verharmlosende Begriffe wie „Repatriierung, Migration, Ausreise, Rückkehr oder Transfer“ waren in früheren kommunistischen Zeiten üblicher.

In jeder Begriffsverwendung sind heute auch noch deutliche Gedächtnisgeschichtliche Unterschiede zu erkennen. Während die deutsche Forschung weiter am Begriff „Vertreibung“ festhält, wird er von der polnischen kaum verwendet. (S.283)

Aus unterschiedlichen Gründen waren Deutsche und Polen nach 1945 gezwungen, das bisherige vorherrschende Verständnis ihrer nationalen Identität grundlegend zu rekonstruieren. Die Deutschen hatten sich mit ihrer Verantwortung für den Krieg auseinanderzusetzen. Das geschah vor allem unter dem Aspekt, dass er mit der Kapitulation, den Millionen Kriegstoten, der Zerstörung von Städten und Infrastruktur, den Verlust der deutschen Ostgebiete und letztendlich als beispiellose Katastrophe für das eigene Land bedeutete. Zudem waren die Deutschen noch mit den ungeheuren Verbrechen in den besetzten Gebieten im östlichen Teil von Europa sowie in den Vernichtungslagern konfrontiert. Die polnische Bevölkerung hatte auf ihrer Seite nicht nur die Zerstörung im Land, die Verluste an Menschenleben und die völlige Umwälzung der Gesellschaft, welche der Krieg gebracht hatte zu bewältigen, sondern war auch damit konfrontiert, dass ihr Gebiet nach Westen verschoben, die Ostgebiete dem Staatsgebiet der Sowjetunion angeschlossen, die dort leben Polen über die neue Grenze des polnischen Staates deportiert und ihnen unter sowjetische Oberhoheit das sozialistische System auferlegt wurde.

Im deutschen wie im polnischen Fall hatte die Vertreibung bzw. die Erlangung der West- und Nordgebiete eine zentrale Bedeutung für die nach 1945 beginnende Neubestimmung nationaler Identität.

### Vertreibung als deutscher Erinnerungsort

Von den Deutschen aus ehemaligen deutschen Ostgebieten sind gut 11 Millionen von Flucht und Vertreibung betroffen. 1950 befanden sich auf dem Gebiet der BRD und DDR 16,5 % bzw. 21,3 % Flüchtlinge und Vertriebene. Die Integration dieser Bevölkerungsgruppen bedeutete für beide Staaten eine erhebliche soziale und politische Herausforderung. Der Umgang der deutschen Gesellschaft war zunächst durch Schuldabwehr gekennzeichnet, das galt, wenn auch in anderer Weise für die BRD und DDR.

Die Verantwortung für die NS-Verbrechen wurden hauptsächlich dem NS-Führungsregime zugeschrieben, während sich die meisten Deutschen als Opfer sahen.

In der DDR stützte man sich in viel höherem Maß als die frühere Bundesrepublik auf die Gegnerschaft zum NS-Regime. Sie ermöglichte ihren Bewohnern ebenfalls eine Auseinandersetzung mit der Rolle und der eigenen Verantwortung für das NS-Regime und seinen Verbrechen weitgehend zu verhindern, indem sie sich als antifaschistischer Staat und die nationalsozialistische Herrschaft als Auswuchs des Kapitalismus definierte.

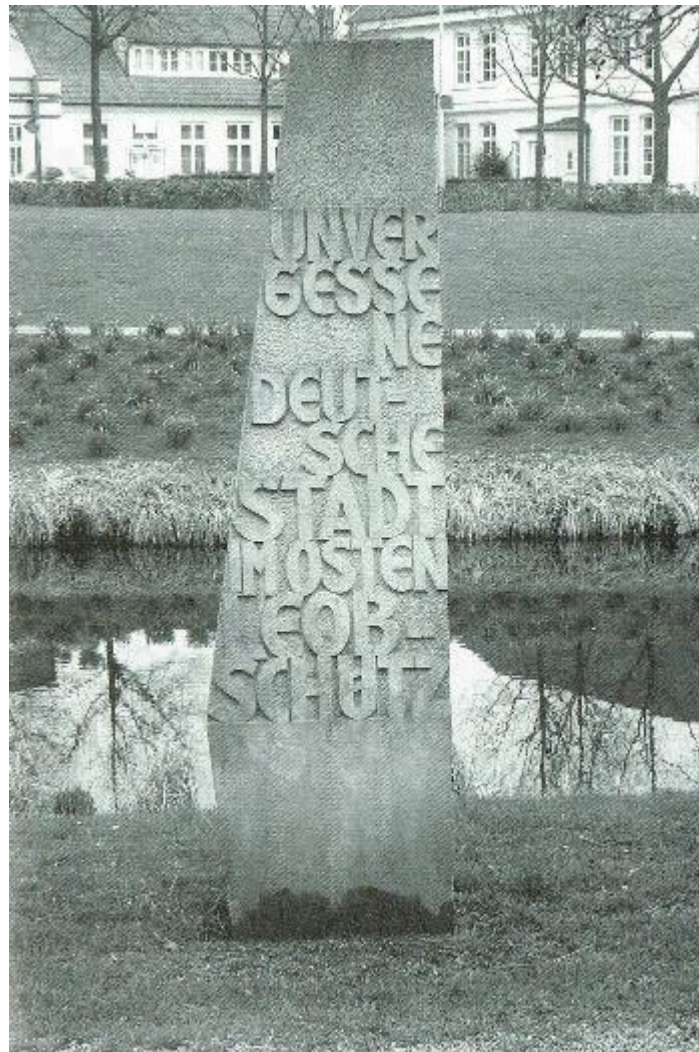
Für die Selbstwahrnehmung der Deutschen in der Bundesrepublik als Opfer, spielte die Vertreibung eine zentrale Rolle, die dort anders als in der DDR öffentlich thematisiert werden konnte. Eine solche Selbstwahrnehmung ermöglichte es, die schmerzhafteste Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld zu vermeiden, einen radikalen Bruch mit der deutschen Nationalgeschichte als identitätsbestimmenden Faktor zu umgehen und neben der Erzählung der Geschichte der Deutschen als Geschichte der Täter eine konkurrierende Erzählung zu etablieren in der sie Opfer waren. Die Vertriebenen der früheren BRD wurden in dieser Form in besonderer Weise in die Rekonstruktion deutscher nationaler Identität einbezogen, was wiederum ihre Integration in die westdeutsche Gesellschaft förderte.

Weiterhin konnten sie unter Berufung darauf, in höherem Maße als andere, deutsche Opfer des Krieges zu sein, durchaus zu Recht die Solidarität der Aufnahmegesellschaft nicht zuletzt in materieller Hinsicht einklagen. Zu den ersten Erfahrungen vieler Flüchtlinge gehörte, dass

sie diese Unterstützung bei ihrer Ankunft nur unwillig oder in geringem Maße bekommen haben, bzw. sie ihnen ganz verweigert wurde.

Der wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland förderte den Eintritt in die westliche Staatengemeinschaft, trug aber auch dazu bei, die Flüchtlinge aus dem Osten schnell in die westdeutsche Gesellschaft zu integrieren und nicht als eine abseits stehende Minderheit zu erhalten, welche die Demokratie gefährden könnte. Die Flüchtlinge machten ein Fünftel der westdeutschen Bevölkerung aus und fanden in den gut ausgebildeten Betrieben schnell eine Verdienstmöglichkeit. Interessanterweise waren es gerade diese Menschen die dem Wirtschaftswunder der 1950er und frühen 1960er Jahre viel beitrugen. Durch ihre nicht geringe Anzahl und ihren steigenden Wohlstand erwarben die Vertriebenen politischen Einfluss und nutzten diesen dazu, ihren heftigen Widerstand gegen den Verlust ihrer alten Heimat öffentlich bekannt zu machen.

Die symbolische Integration der Vertriebenen zeigte sich unter anderem in zahlreichen Denkmälern, die man zur Erinnerung an die Vertreibung und an die deutschen Ostgebiete errichtete. Es wurden Plätze und Straßen nach Orten und Regionen aus dem ehemaligen deutschen Osten benannt. Häufig geschah das in Neubauvierteln, in denen die Vertriebenen untergebracht wurden.



*Gedenkstein für eine verlorene deutsche Stadt im Osten*

Keine politische Partei sah nach dem Ende des Krieges die Gebiete östlich von Oder und Neiße als endgültig verloren an, für die sich Ende der 1940er Jahre formierenden

Organisationen galt das erst Recht. Es ist verständlich, dass es dem Grossteil der vertriebenen deutschen Bevölkerung schwer fiel, zu akzeptieren, dass sie nie wieder in ihren alten Heimatort zurückkehren können und das alte Lebensverhältnisse und soziale Milieus nicht wiederzustellen sind. Wenn deutsche Politiker den Anspruch auf den deutschen Osten infrage stellten, wurde von Seiten der Vertriebenen-Organisationen heftig protestiert. Mit Abschluss des Deutschlandvertrages Anfang der 1950er Jahre, als die Westalliierten sich nicht auf das Ziel der Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 festlegen wollten, sondern die endgültige Festlegung der deutschen Grenzen auf eine freundschaftsvertragliche Regelung verschoben, wurde deutlich, dass die Wiedererlangung der Ostgebiete alles andere als realistisch war. Die Aufrechterhaltung des Anspruchs gewann nur eine innenpolitische Bedeutung. Der Anspruch wurde zum Kernbestand der politischen Forderungen der Vertriebenenverbände. Wenn die politischen Parteien Westdeutschlands an der Rückgabe der Ostgebiete festhielten, konnten sie sich das Wohlwollen dieser einflussreichen Organisationen sichern. Die Belastung zu Polen blieb demgegenüber nebensächlich, solange durch die Blockkonfrontation in der Entwicklung der Beziehungen zu diesem Land keine größere Bedeutung hatte.

Das vorherrschende Selbstbild der Deutschen als Opfer geriet in den folgenden Jahrzehnten ins Wanken. Die 68er – praktisch die erste Nachkriegsgeneration, die den 2. Weltkrieg nicht oder nicht bewusst miterlebt hatte, radikalisierte die kritischen Anfragen an die deutsche Selbstsicherheit als Opfer und den bundesdeutschen Umgang mit der NS-Vergangenheit und den Eliten des NS-Staates, von denen vielen der Übergang in einflussreiche Positionen in der Bundesrepublik gelungen war. Nach und nach rückte in den 1970er und 1980er Jahren das Holocaust in den Mittelpunkt der deutschen Erinnerung an den zweiten Weltkrieg. Die Deutschen sahen sich zunehmend als Nation der Täter. Während die einen an dem Bild der Deutschen als Opfer, an einer deutschzentrierten Vorstellung der Geschichte des östlichen Europas und an dem Anspruch auf die Gebiete östlich von Oder und Neiße festhielten, wurden die Vertriebenen für andere zum Inbegriff einer deutschtümlischen Rückwärtsgewandt, zur aktuellen Verkörperung der negativen deutschen Traditionen im Verhältnis zu den östlichen Nachbarn und der Verweigerung einer kritischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. In Verbindung damit, dass die historischen Landschaften des östlichen Europas hinter den Eisernen Vorhang verschwunden waren, verschwanden sie mehr und mehr auch aus dem kollektiven Gedächtnis der deutschen Gesellschaft.

Die Denk-Einstellungsweise in der DDR stand anders als in der BRD in hohem Zusammenhang mit der NS-Vergangenheit. Sie war auch stark durch die Einbeziehung in den sozialistischen Block und die vorgeschriebene Freundschaft mit den osteuropäischen Nachbarländern bestimmt. Da sich die DDR zudem auf die Seite des Siegers - in diesem Falle der Sowjetunion – stellte, gab es für das Wort „Vertreibung“ keinen Raum. Seit Ende der 1940er Jahre sollte selbst der Begriff „Umsiedler“ vermieden werden. In offiziellen Dokumenten war nur noch von „ehemaligen Umsiedlern“ die Rede. Ab 1953 wurde das Problem vollständig tabuisiert. Die Erinnerung an die Vertreibung und die ehemaligen deutschen Ostgebiete sollte verschwinden. Dennoch blieb die Vertreibung in den Erinnerungen der Betroffenen weiter vorhanden. Die symbolische Anerkennung, welche die Vertriebenen in der BRD in hohem Maße in den 1950er Jahren genossen hatten, blieb ihnen in der DDR verwehrt. Die Unterdrückung ihrer Erfahrungen dürfte viele Vertriebenen dem SED-Staat entfremdet haben, denn bis zum Mauerbau 1961 verließen ungefähr ein Drittel der drei Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen, die sich nach dem Krieg in der späteren DDR befanden, das Staatsgebiet der DDR wieder.

Vertreibung als polnischer Erinnerungsort

Bis in die 1990er Jahre hinein, gab es offiziell nichts was an das Schicksal der deutschen Bevölkerung in den Nord- und Westgebieten erinnert hätte. Woran dagegen sehr selektiv erinnert wurde, war die als „Rückkehr uralten piastischen Landes“ bezeichnet wurde und damit innerhalb eines nationalgeschichtlichen Narrativs gedeutete Eingliederung in den polnischen Staat. Es sollte gezeigt werden, dass es sich bei den „wiedergewonnen Gebieten“ um „uraltetes piastisches Land“ und damit um zutiefst polnische Territorium handelte und dass der Zugewinn dieser Gebiete nicht nur der Niederlage Deutschland im zweiten Weltkrieg zu verdanken war, dass Polen in ihren Besitz gekommen ist, sondern dass es ein aus der Geschichte erwachsenes Recht darauf besaß.

Nachdem der polnische Staat diese Gebiete übernommen hatte, wurden die Spuren deutscher Präsenz beseitigt. Diese Spuren überzog man nun mit öffentlichen Zeichen wie Denkmälern, Straßennamen oder nationalen Feiern, die ihre Geschichte in den Kontext polnischer Nationalgeschichte stellten.

Das alles Deutsche als feindlich erschien und eine völlige kulturelle Polonisierung dieser Gebiete angestrebt wurde, war nach den Erfahrungen des Krieges nicht weiter verwunderlich. Die negative Darstellung des deutschen Erbes dieser neuen Regionen und die Betonung der Feindschaft zu Deutschland, hatte aber auch eine Funktion in der Rechtfertigung der Bindung an die Sowjetunion, die als Garantin der neuen polnischen Westgrenze galt. Indem die kommunistischen Machthaber die Westverschiebung Polens und Teile seiner Bevölkerung in Sinne einer „piastischen“ Konzeption polnischer Geschichte deuteten, vermochten sie sich eine nationale Legitimation ihrer Herrschaft und der territorialen Veränderungen zu schaffen. Außerdem diente eine solche Deutung auch dazu das Vertrauen der Zuwanderer aus den polnischen Zentralregionen und der „Repatrianten“ aus dem der UDSSR angeschlossenen Gebieten darin zu stärken, dass sie ein Recht auf dieses neue Land hatten und tatsächlich auf Dauer bleiben könnten. Damit besaß die Repräsentation der Geschichte auch die Funktion, die sich formierende Gesellschaft aus den Nord- und Westgebieten, mit hohem Anteil polnischer Vertriebener aus den Ostgebieten zu stabilisieren.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des 2. Weltkrieges schien dem weitaus überwiegenden Teil der polnischen Gesellschaft die Entfernung der Deutschen als gerecht.

Für die geschichtswissenschaftliche Forschung vor 1989 war kennzeichnend, dass sie nicht nur den Vorgang der Vertreibung insgesamt zu legitimieren suchten, sondern auch, dass sie die Verbrechen an Deutschen, die vor oder während der Deportation begangen wurden, zu verschwiegen, herunterzuspielen oder rechtfertigten.

Erst in den 1990er Jahren begann eine intensive Diskussion über die Vertreibung.

Allerdings gab es schon Jahrzehnte vorher vereinzelt Fälle in den eine geänderte Haltung den Deutschen gegenüber sichtbar wurde. Dazu zählt der Briefwechsel im Jahre 1965 zwischen dem deutschen und dem polnischen Bischof, welchen die polnischen Amtsträger begonnen hatten. Durch dieses erste Schreiben setzte sich die polnische Kirche wegen dem Satz: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ heftiger Kritik aus. 1985 wurde eine kleine Diskussionsrunde ins Leben gerufen, ob eine veränderte Haltung gegenüber dem deutschen Kulturerbe erforderlich sei und Anstrengungen unternommen werden sollten, da es mittlerweile zum polischen Kulturerbe gehöre. In dem Maße, in dem diese Region für die dort angesiedelten Polen zur Heimat wurde, wuchs das Interesse an ihrer deutschen Geschichte und Kultur. Die Orte und Landschaften selbst bewahrten gewissermaßen das deutsche Gedächtnis. Unausweichlich drängte sich damit auch die Frage nach der Vertreibung der Deutschen und ihrer Bewertung auf, die aber in der Zeit der sozialistischen Volksrepublik Polen kaum öffentlich diskutiert werden konnte.

Es ist nicht erstaunlich, dass diese Ansätze und Diskussionen, welche sich kritisch mit der Vertreibung der Deutschen auseinandersetzten, hauptsächlich von Kräften ausgingen, die in Opposition zu der herrschenden Regierung standen.

Die Opposition erkannte, dass das deutsche Feindbild das kommunistische System stabilisierte und strebte ein anderes reicheres Bild der Vergangenheit an, als die vom Regime politisch beschränkten und zur Legitimierung der Ordnung von Jalta instrumentalisierten Geschichtsdarstellungen.

Die Opposition war eine Voraussetzung dafür, dass in den 1990er Jahren wachsende Beiträge zum Schicksal der Deutschen in den Nord- und Westgebieten nach 1945 erschienen. Diese lösten eine breite Reihe von Diskussionen, über die polnische Bedeutung für Verbrechen gegen die Deutschen, aus. Diese Diskussionen waren ein weiterer Schritt dafür, dass die deutschen Erfahrungen und Erinnerungen Eingang ins polnische Gedächtnis fanden. Zugleich entstanden zahlreiche wissenschaftliche Forschungen zur Vertreibung der Deutschen, die zum größten Teil nicht mehr an früheren Arbeiten aus kommunistischer Zeit orientiert waren und das bisherige Bild der Ereignisse, das in der Zeit der Volksrepublik gezeichnet wurde, umwarfen. Die selbstkritische Reflexion über die Verfehlung der eigenen Nation wäre jedoch nicht möglich gewesen ohne die endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze durch das wiedervereinigte Deutschland im Jahr 1990 die dem Territorialkonflikt ein Ende setzte.

#### Sonderfall Oberschlesien

Nach der politischen Wende von 1989 zeigte sich in Oberschlesien eine starke deutsche Minderheit. Ein starker Widerspruch zur Behauptung der kommunistischen polnischen Regierung, die bis dahin an der Macht war, dass es in Polen keine Deutschen mehr gebe. Jetzt war es dieser Minderheit möglich, öffentlich die Diskriminierung, welche sie in der Nachkriegszeit erfahren hatte zu artikulieren. Diese Erinnerung widersprachen stark dem herrschenden Geschichtsbild und es entstanden Konflikte innerhalb Oberschlesiens um die Deutung der regionalen Geschichte. Selbst die als positiv bestätigten Angehörigen der einheimischen Bevölkerung, die als polnisch galt und von der Deportation ausgenommen worden waren, teilten viele der negativen Erfahrungen, welche die deutsche Bevölkerung nach dem Krieg machte. Diese Erfahrungen stärkte unter diesen Oberschlesiern die deutsche Identifikation, welche sie erst nach 1989 öffentlich zeigen konnten. Die öffentliche Artikulation ihrer wirklichen Erfahrung und der überlieferten Erinnerungen im eigenen Umfeld gehörte zum Streben der deutschen Minderheit nach Anerkennung. Zum Beispiel zeigte sich das in Protesten dagegen, dass in der Gedenkstätte für das Kriegsgefangenenlager Lambsdorf nicht auch dessen gedacht wurde, dass dort 1945/46, wie an verschiedenen anderen Orten auch ein Lager für Deutsche bestanden hatte, dessen Internierte darin in großer Zahl umkamen. Da viele der heute lebenden Deutschen in Oberschlesien Angehörige hatten, die in einen solchen Lager inhaftiert waren, hatte sich die Erinnerung über diesen verschwiegenen Teil der Geschichte erhalten. Für sie war es auch wichtig, dass in den 1990er Jahren in vielen schlesischen Orten Denkmäler zur Erinnerung an die gefallenen deutschen Soldaten wieder- bzw. neuerrichtet wurden.

Um ein positives Zusammenleben der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu entwickeln, ist es wichtig sich mit der Vertreibung und der Situation der polonisierten deutschen Bevölkerung nach 1945 beschäftigen bzw. auseinanderzusetzen. Das ist ein nicht immer geradliniger, häufig schwieriger Prozess von Verhandlungen der verschiedenen daran beteiligten Gruppen.



## Gemeinsame Einsichten

Es sah so aus, als ob Ende der 1990er Jahre keine wesentlichen Deutungen der Vertreibung mehr bestehen würden, die auf die unterschiedlichen kollektiven Erinnerungen zurückzuführen wären, die größere politische Relevanz bekommen könnten.

Auf deutscher Seite wurde nicht in Frage gestellt, dass die Vertreibung eine Folge des von Deutschland 1939 mit dem Überfall auf Polen begonnenen Krieges war und dass die deutsche Besatzungsherrschaft eine Zerstörung riesigen Ausmaßes und Millionen von Toten hinterlassen hatte. Und weiterhin auch, dass die Vertreibung schließlich von den Alliierten auf der Potsdamer Konferenz beschlossen und die Westverschiebung Polens vor allem ein Anliegen Stalins war. Es wurden von Seiten Deutschlands keine Territorial- und Eigentumsansprüche mehr geknüpft.

Auf polnischer Seite wurde weithin anerkannt, dass viele der im Frühjahr 1945 in den Ostgebieten verbliebenen Deutschen vor und während ihrer Deportation Opfer von Gewalt und Verbrechen geworden waren und dass die Aussiedlung der Deutschen insgesamt, unabhängig von der völkerrechtlichen Beurteilung, einen unter moralischen Gesichtspunkten problematischen Gesichtspunkt darstellt.

Zwischen Deutschen und Polen wurde das Täter-Opfer-Verhältnis im Hinblick auf den 2. Weltkrieg nicht mehr in Frage gestellt.

Es scheint nur möglich zu sein, Gedächtniskonflikte zwischen Nationen über selbstkritische, skeptische Deutungen der eigenen Geschichte zu vermindern, die den Opfern der eigenen Taten Anerkennung gewähren. Diese skeptischen Narrative der jeweiligen eigenen Nationalgeschichte stellen den Unterscheid zu den traditionellen, heroischen Narrativen nicht die Heldentaten, Leistungen dar, nicht allein die Toten der eigenen Nation stehen im Mittelpunkt, sondern sie fragen nach den Verfehlungen der eigenen Nation und nach den Opfern dieser Verfehlungen und damit nach der eigenen Schuld und Verantwortung. Ebenso gilt, dass die Auseinandersetzungen mit Aspekten der Geschichte, die durch den kalten Krieg und das kommunistische Regime verhindert wurde, für die Entwicklung demokratischer politischer Kulturen und der Beziehung zwischen den Nationen und Staaten von großer Bedeutung ist.

## 11. Die Wende

Anfang der 1980er Jahre bricht das kommunistische Polen zusammen. Die Regierung sucht nach Auswegen aus der Krise und macht der Bevölkerung Zugeständnisse. Dazu gehört unter anderem die Möglichkeit parteilose Kandidaten als Bürgermeister, unabhängig auf kommunaler Ebene zu wählen.

Das Comeback der deutschen Sprache in Schlesien wird von der katholischen Kirche geschaffen. Der Erzbischof von Oppeln hielt 1989 auf dem St. Annaberg, dem oberschlesischen Wallfahrtsort, nach nahezu 25 Jahren den Gottesdienst vor zehntausend Schlesiern erstmals wieder in deutscher Sprache ab. Die deutsche Sprache wird ab der Wende 1990 von der Kirche mit der polnischen Sprache als gleichberechtigt betrachtet. In den schlesischen Orten mit Angehörigen der deutschen Minderheit bietet sie seit dem regelmäßig Gottesdienste in deutscher Sprache an.

Durch die Veränderungen in den letzten Jahren kam es neben der politischen Anerkennung auch zu einer größeren Akzeptanz der Deutschen in Polen. Viele Mitglieder der deutschen Minderheiten besitzen zwei Pässe, den deutschen und den polnischen. Sie bildeten bis zum EU-Beitritt Polens in gewisser Weise eine privilegierte Gruppe, weil der Großteil der erwerbsfähigen Deutschen durch den bundesdeutschen Pass, das Recht auf legale Arbeit in Deutschland und in den anderen Ländern der Europäischen Union besaßen, viele nutzen diese Möglichkeit. Sicher ergaben sich daraus Vorteile, aber auch enorme Belastungen des

familiären und sozialen Lebens. Die langfristige Abwesenheit zumeist des Mannes, ist weder Vater, Mutter noch den Kindern dienlich. Zu einem Umzug nach Deutschland kann sich die Mehrheit doch nicht entschließen, vor allem die Jugendliche schreckt eine Mögliche Diskriminierung in Deutschland ab.

## **12. Zusammenfassung – Schlesien aus der Perspektive**

In Ostmitteleuropa endete der 2. Weltkrieg nicht am 8. Mai 1945, sondern dauerte in verschiedenen Verkleidungen die ganzen 1940er Jahre an. Es bestand ein innerer Zusammenhang zwischen den Zielen und Methoden der deutschen und der polnischen Behörden und dem Elend, das beide Völker durchgemacht haben. Beide Seiten waren insofern von einem ähnlichen Schicksal betroffen, als die politischen Machenschaften vom Krieg in die Nachkriegszeit wie ein bloßer Wechsel übergingen. Weder folgte dem Krieg Frieden noch der Tyrannei Freiheit.

Weder alle Deutschen waren „Hitleranhänger“ die es verdienten herumgeworfen und ihrer Habe beraubt zu werden, noch waren alle Polen rachsüchtige und habgierige Emporkömmlinge. In der Realität muss man anerkennen, dass keine Nation und kein Block, weder der West- noch der Ostblock, Anspruch auf Redlichkeit und Rechtschaffenheit erheben kann. Unmenschlichkeit und Perfidie waren überall anzutreffen.

Der erste Kontakt zwischen Deutschen und Slawen kam schon im Hochmittelalter zustande. Schlesien war ursprünglich der polnischen Krone untertan und es wurde im frühen 13. Jahrhundert durch die regierende Dynastie der Piasten, in ihrem Kampf zur Erhaltung der Autonomie gegenüber den um Zentralisierung bemühten polnischen Herrschern, eine deutsche Präsenz etabliert. Die deutsche Kolonisierung wurde also von diesen schlesischen Piasten herbeigeführt und höchstwahrscheinlich auch von der einheimischen Bevölkerung begrüßt, da die Deutschen zur Kultivierung des fruchtbaren Landes und zur Förderung des Wohlstandes beitrugen.

Mit der erfolgreichen Verteidigung der herzoglichen Autonomie und der Eingliederung ins Heilige Römische Reich verloren die Slawen allmählich ihre kulturellen und wirtschaftliche Bindung an Polen und verschmolzen über die Jahrhunderte hinweg mit der wachsenden deutschen Bevölkerung in Schlesien. Von einigen slawisch sprechenden Gebieten abgesehen, war zur Zeit der Aufklärung die deutsche Kultur in Schlesien vorherrschend. Hingegen der Behauptungen der polnischen Kommunisten, gibt es überhaupt keine Beweise für die Behauptung, dass das Verschwinden der polnischen Kultur durch Zwang oder Gewalt erreicht wurde. Das häufig gezeigte Bild des deutschen Angreifers entspricht nicht den Tatsachen. Erst ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte sich das nationale Bewusstsein zu einer emotionalen Kraft in Schlesien. Angesichts des zunehmenden Selbstbewusstseins der Polen wurden die deutschen Schlesier offenkundig patriotischer. Die Unsicherheit in Anbetracht des wieder auflebenden polnischen Nationalismus wurde dadurch genährt, dass das Gebiet wirtschaftlich gegenüber dem Westen Deutschlands, der sich schnell industrialisierte, zurückgeblieben sowie von der Landschaft mit niedrigem Mehrwert und Bodenschätzen abhängig war. Diese Gegebenheiten zusammen mit der geographischen Isolierung, gaben einem bösartigen sozialdarwinistischen Chauvinismus Nahrung, der sich als die deutsche Vorhut sah, die den schädlichen slawischen Einfluss zurückdrängte. Es war ein Nationalismus, der sich auf irrationale Furcht und kollektive Unsicherheit, durch den ersten Weltkrieg bestärkte Befürchtungen, die nachfolgende wirtschaftliche Krise und das unaufhörliche Gerangel in der Zwischenkriegszeit gründete. Das war ein fruchtbarer Boden für die nationalsozialistische Bewegung, der in Schlesien überdurchschnittlich ertragreich war.

Der Kampf in Niederschlesien zeigte die zunehmende Brutalität des Krieges im Osten und die Unbarmherzigkeit beider Seiten. Der totale Krieg hatte zur totalen Gefühllosigkeit geführt; der ideologisch geführte Kampf hatte jegliche Zurückhaltung beseitigt und dem Bösen freie Bahn geschaffen.

Konkret gesagt: Ein Vermächtnis des zweiten Weltkrieges war die Schlagartige Vernichtung von mehr als 700 Jahren deutscher Besiedlung und Kultur in Schlesien und dem restlichen Osten. Ironischer Weise führte die chauvinistische Bewegung, die von Hitler geplant war, um Deutschlands Macht zu erhöhen, zur gewaltsamen Zerstörung und Teilung dieser Nation und zum Verlust von Gebieten und einer Kultur, die sich in Jahrtausenden friedlich entwickelt hatte.

Die Symptome eines auf Unsicherheit und falschen kulturellen Voraussetzungen gegründeten Nationalismus tauchten nach 1945 in bemerkenswertem Grad wieder auf, nur dass die entsprechenden Rollen vertauscht waren.

In der Nachkriegszeit ist die polnische Nation emotional und geistig empfänglich für die Argumente der Oder-Neiße gewesen, da man sie als gerechte Kompensation für die Leiden der Nation ansah. Dass dieses Argument manipuliert und der Unterschied zwischen gerechter Entschädigung und offenkundiger Raubgier von Personen mit Hintergedanken verwischt wurde, erkannte man damals nicht. Dem Staatswesen wurde erst später deutlich, dass Nationalismus ein zweischneidiges Schwert ist, das in direkter Weise zum Aufstieg der revolutionären Linken beitrug.

Schlesien war schon während des zweiten Weltkrieg von Polen verschiedener politischer Richtungen begehrt worden, doch waren es die Kommunisten die am entschiedensten waren und sich in der Position befanden ihren Willen durchzusetzen.

Die Oder-Neiße-Grenze wurde ursprünglich von der prowestlichen polnischen Exilregierung schon im Herbst 1942 vorgeschlagen, doch nachdem sie sich hartnäckig geweigert hatte, die Curzon-Gebiete abzutreten, brach Stalin geschickt die Verbindungen ab und unterstützte die Schaffung einer kommunistischen Ersatzregierung die auch als „Lubliner Komitee“ bekannt war. Der Kreml in Moskau und das Komitee waren in gewisser Weise von einander abhängig: Der Kreml brauchte das Komitee für die Einrichtung einer pro-kommunistischen Regierung in Warschau und das Komitee brauchte Moskau, um sich bei der widerstrebenden polnischen Nation durchsetzen zu können. Die polnischen Kommunisten bewogen Stalin im September 1944 dazu, ihnen alle deutschen Gebiete östlich von Oder und westlicher Neiße zu übertragen. Stalin sah voraus, dass eine solch offenkundige Verletzung Deutschlands schädliche Auswirkungen an Polen selbst haben würde: die Annexion von so viel Territorium würde die andauernde Missgunst der Deutschen hervorrufen und zudem auf westliche Antipathie stoßen. Genau dieser Punkt würde Polen zur Abhängigkeit von der einzigen Macht führen, welche die Aneignung sichern und weitere Bestimmungen fordern konnte: der Sowjetunion.

Die Schmach des Verlustes der polnischen Ostgebiete an die UdSSR konnte mit der Forderung nach den Oder-Neiße-Gebieten in gewissem Maße vertuscht werden, aber die neuen Westgebiete waren auch bitter notwendig um Siedlungsraum für die entwurzelten Polen aus Ost- und Zentralpolen zu schaffen.

Die Entwurzelung dieser Menschen entsprach in etwa dem, was auch die vertriebenen Deutschen erleiden mussten. Den Polen wurde mehr Zeit gegeben und auch erlaubt, ihr Haus mit mehr Habe zu verlassen, oft aber wurden sie ebenso ausgeplündert und kamen in ihrer neuen Unterkunft ebenso mittellos an, wie die zuvor daraus entfernten Deutschen. (S.258) Der Einbehalt von fast ganz Schlesien war für die Kommunisten von großer Bedeutung. Das Gebiet war wirtschaftlich gut entwickelt und das reichste von den Neugewonnenen, insbesondere auch deshalb, weil der Grenzstreifen zur neu entstandenen Tschechoslowakei den verheerenden Folgen des Krieges nicht oder nur in geringem Maße ausgesetzt war. Es war ein optimales Gebiet für „Repatriierte“ und „Wiederansiedler“. Diese Wiederansiedler waren hauptsächlich Pioniere der jüngeren Generation, welche durch die Kriegserfahrungen

zu Radikalen geworden waren und in der Revolutionsbewegung den einzig gangbaren Weg sahen, der polnischen Nation zur Auferstehung zu verhelfen.

Für den dauerhaften Erfolg der polnischen Kommunisten war es entscheidend, eine der Sowjetunion zugetane und den Maximen des Marxismus-Leninismus entsprechende Regierung aufrechtzuerhalten. Die Drohung, dass die Sowjets ihre Unterstützung zurücknehmen würden, wenn Warschau nicht Moskau folgte, verhalf den radikalen Linken zum Übergewicht in den politischen Machtkämpfen nach den ersten Kriegsjahren. Weitere Methoden der Sowjets, die das polnische Staatswesen zwang sich dem Kommunismus zu fügen, waren physische Einschüchterung und die Kontrolle der Regierung.

Dieses auf die Unentbehrlichkeit des Kommunismus beruhende Argument legte nicht nur der Opposition der Kommunisten direkt nach dem Krieg, als die politische Orientierung noch lange nicht entschieden war, Zwang auf, sondern es wurde auch schamlos dafür benutzt, praktisch jede andere Meinung, die mit dem System nicht konform war, ein viertel Jahrhundert lang zu knebeln. So wurde mit Hilfe der neugewonnenen Gebiete jede Opposition mit Ausnahme der Kirche ausgeschaltet und eine Einheitspartei gegründet.

Die Ironie von dieser Angelegenheit ist, dass die Aneignung der deutschen Oder-Neiße-Gebiete, genauso wie die internationale Forderung nach Kompensation auf ihre Verfechter zurückfiel - da sie zur kommunistischen Unterdrückung, anstatt zur Befreiung führte - die Unterwerfung des polnischen Kommunismus unter den Kreml. Als die Grenzverschiebung unabänderlich und damit die kommunistische Autorität in Warschau noch stärker verankert war, konnte es sich Stalin leisten, diejenigen Polen, die zuviel nationalistische Abweichungen zeigten, aus der Führung zu entfernen und Schützlinge einsetzen die seiner dogmatischen Richtung folgten. Das Jahr 1949 markierte das Ende des polnischen Sozialismus und Stalins Unterjochung der Polen selbst.

Das Thema Oder-Neiße wurde in der Zeit nach 1949 von beiden deutschen Nationen in der Hauptsache für politische Zwecke im eigenen Land ausgenutzt und kam international nur dann auf, wenn passende Umstände eintraten. In den ersten Nachkriegsjahren war es für die Deutschen, die den Polen territorial am nächsten waren, nicht anders, da sich das SED-Regime Zeit ließ, die Grenzen anzuerkennen. In den Anfangsjahren war das Regime stark mit der Aufgabe gefordert, die Umsiedler, welche fast ein Viertel der Bevölkerung in der DDR ausmachten, in die Gesellschaft einzubringen und radikale Umstrukturierungen vorzunehmen, weiterhin mussten Reparationen gezahlt werden, so dass es für Ostberlin unratsam war, die unsichere Grenze anzuerkennen. Im Sommer 1946 machte der Kreml den deutschen Kommunisten gegenüber Andeutungen, das eine mögliche Revision der Grenzen von Deutschlands Sympathie den sowjetischen Interessen gegenüber abhinge – gleichzeitig erklärte er den Polen gegenüber seine Treue. Stalin betrieb Spiegelfechterei bis zu dem Zeitpunkt als die Westmächte öffentlich die Grenze infrage stellten und Moskau damit zu einer Entscheidung zwangen. Schließlich entschieden sich die Sowjets für die Sicherheit des Status quo, da eine Revision der Grenze dem Kommunismus in Polen ganz sicher ein Ende gemacht hätte und die Dankbarkeit der Deutschen für sie auch nicht garantiert war. Mit der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949, fühlte sich die DDR sicher genug die Nicht-Anerkennung zu beenden, die Oder-Neiße-Grenze wurde zu Friedensgrenze erklärt.

Die Legitimität der Oder-Neiße blieb von der BRD nicht unbestritten. Diese stellte sich auf den Standpunkt, dass nur eine abschließende Friedenskonferenz mit einem vereinten Deutschland die Grenze, wie sie am 31. Dezember 1937 bestanden hatte, legal ändern könnte. Dieses Argument wurde vom Osten kategorisch abgelehnt.

Die Anerkennung der Grenze besonders durch die Bundesrepublik, wurde in den folgenden Jahrzehnten immer wieder Thema politischer Debatten. In den ersten Jahren nach dem Krieg gab Westdeutschland immer nur Lippenbekenntnisse in Bezug auf die polnische Westgrenze

ab. Die BRD war der einzige Staat der sich nicht mit der neuen Grenze ausgesöhnt hatte. Sie war sich ihrer schweren physischen und moralischen Position in Bezug auf das Stellen von Forderungen bewusst. Deshalb wurde sich mehr auf den Wiederaufbau konzentriert, die allgemeine Aufmerksamkeit wurde auf die Zukunftssicherung gerichtet.

Der wirtschaftliche Aufschwung der Bundesrepublik Deutschland förderte den Eintritt in die westliche Staatengemeinschaft, trug aber auch dazu bei, die Flüchtlinge aus dem Osten schnell in die westdeutsche Gesellschaft zu integrieren und nicht als eine abseits stehende Minderheit zu erhalten, welche die Demokratie gefährden könnte. Die Flüchtlinge machten ein Fünftel der westdeutschen Bevölkerung aus und fanden in den sich rasch entwickelnden Betrieben schnell eine Verdienstmöglichkeit. Interessanterweise waren es gerade diese Menschen die dem Wirtschaftswunder der 1950er und frühen 1960er Jahre viel beitrugen. Durch ihre nicht geringe Anzahl und ihren steigenden Wohlstand erwarben die Vertriebenen politischen Einfluss und nutzten diesen dazu ihren heftigen Widerstand gegen den Verlust ihrer alten Heimat öffentlich bekannt zu machen.

Deutschlands Einstellung zur Ostgrenze hatte sich in den späteren Jahren im Allgemeinen verändert. Mit der Regierung von Willi Brandt, wurde die so genannte Ostpolitik betrieben. Diese betonte die Notwendigkeit, dass die BRD selbst die Initiative ergriff, um Ängste von Seiten der Polen zu mindern und eine Annäherung an den Osten im Tausch für eine Entspannung im Kalten Krieg, besonders entlang der Berliner Mauer zu fördern. Um das zu erreichen, erwogen die führenden Politiker Westdeutschlands zum ersten Mal ernsthaft, die Dauerhaftigkeit der Oder-Neiße-Grenze zu akzeptieren.

Mit der Zeit ließ der Wille der Vertriebenen, diesem Trend entgegenzuwirken, nach. Die Anzahl der persönlich Betroffenen hatte in den vergangenen Jahrzehnten stark abgenommen und der Rest war so erfolgreich integriert, dass nur Wenige wirklich zurückkehren wollten. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze bedeutete für die Bundesrepublik, dass die Angelegenheit im Bereich der Außenpolitik wegfiel, so dass sie nur noch ein spezielles Thema der Innenpolitik blieb.

In den neugewonnenen Gebieten in denen die polnischen Kommunisten so viel Energie aufgewendet hatten, fand die Opposition in den 1980er Jahren ironischerweise ihre größte Unterstützung. Die Äußerungen der Deutschen in der BRD über die Unveränderbarkeit der Ostgrenze, nahm der polnischen Bevölkerung in den ehemaligen deutschen Gebieten, die Zweifel, dass ihre neuen Territorien sicher waren, was ihnen die Freiheit gab, ihren Frustrationen den Behörden gegenüber freien Lauf zu lassen. Viele dieser Neuangesiedelten waren noch über den Verlust ihrer alten Heimat empört, andere fühlten sich in der behelfsmäßig aufgebauten Gesellschaft fremd, in der sie kein Heimatgefühl und keine Wurzeln hatten. Besonders das Fehlen einer spezifischen Kultur und Tradition bedeutete, dass besonders viele junge Menschen sich wenig an die alten, ihnen nicht vertrauten Traditionen gebunden fühlten und gewillt waren, diese gegen etwas Neues einzutauschen.

Die kurze Revolution von 1980/81 und ihre Vollendung 1989 schulden einen Teil ihres Erfolges der den Oder-Neiße-Gebieten von der unabhängigen selbstverwaltenden Gewerkschaft Solidarnosc gewährten Unterstützung und diese wiederum der deutschen Ostpolitik, die es Polen erlaubte, sich ohne Angst vor deutscher Aufdringlichkeit vom Kommunismus und der Unterdrückung der Sowjetunion zu befreien. Da das deutsche Angstbild nun fehlte, konnten die Kommunisten nicht mehr mit dem möglichen Verlust der Gebiete ohne den Schutz der UdSSR drohen.

Am 17. Juni 1991 wurde mit der Unterzeichnung des offiziellen Freundschaftsabkommen, der Grenzstreit der fast ein halbes Jahrhundert gedauert hatte endlich begraben. Die Zeit hat dazu beigetragen, dass die Furcht vor den Deutschen zerstreut wurde. Es wurden Denkfehler aufgedeckt, die jahrelang eine Entspannung zwischen den beiden Nationen verhindert hatte.



Beide Seiten gaben deutlich zu erkennen, dass sie von Herzen wünschen, in friedlichem Miteinander zu leben.

Vielleicht ist das eine Art Rückwendung zum Mittelalter, wo Staatsgrenzen und ethische Zugehörigkeit weitgehend belanglos waren.

### **13. Anhang**

Erzählung von Frau S.

[die Erzählung ist nicht wörtlich wiedergegeben]

Frau S. ist eine Tochter eines Gutsbesitzers aus ... in Niederschlesien. Sie floh mit ihrer Familie im Januar 1945, kam 1992 in ihren alten Heimatort zurück, gründete eine Begegnungsstätte und einen Kindergarten in ihrem alten Gutshaus.

Sie schrieb ein Buch über ihre Erinnerungen aus ihrem Leben.

Sie verlebte eine glückliche Kindheit und hatte nicht viel von dem bemerkt, was während des Krieges um sie herum passierte. Sie kann sich noch an die Reichskristallnacht erinnern.

Damals ging sie in Strigau zur Schule, war 11 Jahre alt und wunderte sich, warum überall auf den Straßen die Fensterscheiben eingeschlagen waren und Schuhe auf der Straße lagen. Als sie davon Zuhause von dem, was sie gesehen hat, erzählte, regte sich ihr Vater sehr über das Verhalten der Nazis auf... Frau S. durfte mit keinem über diese Geschehnisse sprechen.

Ihr Vater war gegen den NS-Staat. Er gehörte zum Stahlhelmverein, das waren alte Frontsoldaten, die den Kaiser wieder haben wollten und im Allgemeinen gegen Hitler waren. Später wurde der Verein von der SA übernommen. Der Vater trat darauf hin aus der SA aus, er war sehr konservativ.

Ihr Großvater widersetzte sich der Wehrmacht, er wollte beim Feldzug in Stalingrad nicht mitmachen und wurde von Hitler zum Glück nur unehrenhaft entlassen.

Frage eines Seminarteilnehmers (auf dem Tonband absolut unverständlich), sie lautete wahrscheinlich in etwa so: Gab es Veränderungen nach dem Nationalsozialismus bei den Menschen und in der Schule?

„Es gab sehr große Veränderungen...“, Frau S. ging zur Zeit des Nationalsozialismus zur Schule. „Man grüßte, wenn der Lehrer rein kam nicht mit ‚Guten Morgen‘ sondern mit ‚Heil Hitler‘, dass war so üblich und normal, da es von der ersten Klasse an passierte. Auch im Geschäft grüßte man mit ‚Heil Hitler‘, außer in Bayern. Die Schule war nationalsozialistisch geleitet. Auch dass Krieg herrschte war normal, so normal wie die Suppe zum Mittagessen, es gab ja immer Krieg, man wurde bedrängt, man wurde überfallen, man bekam ein Feindbild eingepflanzt, alle waren Feinde, die Polen, die Russen, die Kommunisten waren die Schlimmsten, die Juden hatten an allem Schuld, dass war das Bild, welches in der Schule vermittelt wurde.“

Frau S. lernte ihrem Mann in Angola kennen, er war ein Ungar. Sie glaubte bis zu einem Gespräch mit ihm im Jahr 1951, dass die Polen den Krieg durch den Überfall auf den Sender Gleiwitz begonnen hätten. Ihr Mann klärte sie über die wahren Geschehnisse auf. Danach war sie „sauer“ auf ihn, hat eine Weile nicht mehr mit ihm geredet. Sie konnte sich nicht vorstellen, dass Menschen zu so etwas fähig waren. „Was in der Schule gelernt wird, glaubt man, alles wurde von den Nationalsozialisten zensiert“.

Frau S. erzählte, dass in der Schule Rassenkunde unterrichtet wurde. Selbst die Schüler wurden untersucht, bei ihr stellte man Backenknochen slawischer Art fest, worüber sie sehr empört war, denn Slawen waren, wie sie damals eingetrichtert bekamen, unterprivilegiert.

Frage: Was wusste man über Konzentrationslager, insbesondere Gross-Rosen?

„Die Menschen sollten nichts wissen“. Frau S. hat vom KZ Auschwitz und Gross-Rosen erst nach dem Krieg erfahren. „Die Deutschen waren damals sehr gehorsam, das war eine der obersten Pflichten, wenn irgendwo stand: Zutritt verboten, dann ging man da auch nicht hin. Der Radius in dem man sich bewegte, war auf dem Land auch nicht groß, man kam nicht so

weit. Von Todesmärschen und Konzentrationslagern gab es keine Nachricht, es war unbekannt, nur dass in Gross-Rosen ein Gefangenlager war wusste man, näheres erfragte man nicht“.

Frage: Wie hat sich die Stimmung 1945 verändert?

„Sehr spät, erst im Winter zu Weihnachten 1944 wurde die Bevölkerung unruhig, viele glaubten immer noch an die Vergeltungswaffen V1 und V2, später ließ der Glaube nach“. Ihre Mutter hatte schon vorsichtshalber im Sommer 1944 in Obersdorf in den Österreicher Alpen ein kleines Holzhäuschen, für den Fall der Flucht, gekauft. In den Ferien wohnten sie dort. Man durfte nicht den wahren Grund für den Kauf nennen, er wurde als „Betriebsferienort“ deklariert und nicht als Fluchttort.

„Als damals die Flucht notwendig wurde, wurde das Verhalten der Bevölkerung schon etwas nervöser, aber die Nationalsozialisten hatten Einfluss, man wagte nichts laut zu sagen. Einmal fuhr ein LKW mit Lautsprechern durch den Ort und es wurde gesagt: ‚bleibt ruhig, wir halten das Land‘. Das wäre nicht gesagt worden, wenn die Unruhe in der Bevölkerung nicht schon bemerkt worden ist. ‚Bleibt ruhig, wer flieht ist ein Volksverräter‘ viele glaubten es und blieben gelassen, dass war später das Problem“.

Im Dezember 1944 begann die Flucht in Oberschlesien. In ihrem Haus wurden schon Flüchtlinge aufgenommen. Ein paar Flüchtlinge hatte das Hitlerbild von Zuhause mitgenommen und an die Wand gehängt, „das war ihr Beschützer“. Ihrer Mutter gefiel das überhaupt nicht.

„Man hatte bis zum Schluss Angst etwas gegen die Situation zu sagen und saß nur in kleinen Grüppchen zusammen, laut wurde nichts gesagt, man kannte den Terror. Es wurde sich nur mit Leuten unterhalten, denen man vertraute, auch damals gab es schon Spitzel wie bei der Stasi“.

Ihr Bruder wurde mit 15 Jahren von der Mutter in die Schweiz geschickt, angeblich aus gesundheitlichen Gründen, in Wirklichkeit um ihn vor dem Einzug in die Armee zu schützen. Ihre Mutter ist mit den Kindern nicht mit einem Treck geflohen, sondern schon im Januar 1945 allein weggegangen, als es noch verboten war.

Der Vater rief von der Front an, als einer der Kinder Geburtstag hatte und sagte: „Es wird Zeit, ihr müsst weg“.

Dann sind sie mit einem Trecker in die Tschechei geflohen, von da mit einem Militärzug weiter, normalerweise waren Militärzüge für Zivilisten verboten, aber die Mutter hatte eine Rot-Kreuz Uniform an, so konnten sie mitfahren.

Der Zug wurde unterwegs dreimal beschossen. Nach der Ankunft in München, was gerade von der Luft aus angegriffen wurde, ging der Weg weiter nach Obersdorf.

Die Mutter hatte beim Verlassen des Hauses alles offen gelassen, auch des Safe, außerdem zerstörte sie die Weinflaschen, da es häufig Vandalismus durch betrunkene russische Soldaten gab.

Frage: Wie war die Einstellung zu den Polen?

„Wir hatten nie Polen als fest angestellte Arbeiter, nur als Saisonarbeiter wenn die Ernte gut war. Im Krieg gab es Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene: Polen, Franzosen, Italiener...“

„Man hatte sich schon damals nach dem Westen orientiert, Polen war ja so weit weg im Osten... Man lernte Englisch und Französisch, aber kein Polnisch, man besuchte Wien und Berlin, aber nicht Krakau, obwohl es gleich hinter der Grenze lag.“

In einem Gespräch mit einem Polen erklärte er „das sei völlig normal, sie hätten auch kein Russisch gelernt, sich immer nur nach dem Westen gedreht, nie nach dem Osten, es hatte nie

etwas Politisches, die Politik hat das nur ausgenutzt.“ Frau S. war darüber sehr erfreut, dass das ein Pole zu ihr sagte.

Frage: Was dachte man über die Wiedergründung des polnischen Staates?

„Man war sich damals sicher, dass der polnische Staat nicht wieder gegründet wurde. Es hieß damals Warthegau, das war damals die erste Vertreibung der Polen durch die Deutschen. Die Polen wurden von ihrem Besitz gejagt, durften nur einen Handkoffer mitnehmen, dann wurden in die Wohnungen Deutsche eingesetzt.“ Frau S. hörte auch von einigen Deutschen: „...dass sie das gar nicht wussten, es war einfach Siedlungsland im Osten“. In einem Gespräch mit einem deutschen Betroffenen, sagte er ihr, dass es seiner Mutter unangenehm war in ein fertiges Haus eingesetzt zu werden, sie dachte sie bekommen Land, welches kultiviert werden sollte. Abends klopfte manchmal die polnische Familie an die Tür und fragte: „Verzeihung, dürfen wir uns noch das und das rausnehmen?“ die Mutter sagte damals, „natürlich, kommen Sie rein, holen Sie was Sie brauchen“, ihr war dass mit dem Haus unangenehm, aber sie sagte auch nicht, wir nehmen das Haus nicht...  
„Es hieß immer, im Osten gibt es zu kultivierendes Land...“

Frau S. über den letzten SS-Führer Karl Hanke:

„In Breslau war damals Aufregung. Der Hanke verteidigte damals Breslau bis zum letzten Mann „Unternehmen Barthold“, die Verteidigung Breslaus, benannt nach Hanks Sohn Barthold.

Hanke fragte damals: „Wer ist dafür, Breslau bis zum letzten Mann zu verteidigen und wer ist dafür, dass es zur freien Stadt erklärt wird?“

Der Bürgermeister und einige weitere waren für das letztere, diese hat Hanke alle erschießen lassen, den Bürgermeister hat er aufgehängt und drei Tage vor dem Rathaus hängen lassen. Kurz bevor die Russen da waren, hat er eine Häuserreihe sprengen lassen und hat sich mit einem Fieseler Storch selbst rausfliegen lassen.“

„Ich glaube, dass er eines der größten Scheine war die es gab...“

Im Oktober 1992 ist sie in die alte Heimat zurückgekommen, es war nicht geplant.

In den 1960er Jahren ist ihre Mutter noch einmal zurück in den Ort und sagte: „Es ist soviel kaputt, unser Haus steht noch, geht zurück und macht was draus“. Sie hat nie gesagt: „Holt es wieder“, sie sagte: „Macht was draus“, aber es war damals nicht möglich.

Kurz vor der Wende, ist eine ihrer Schwestern wegen einer Einladung dort hin zurück gefahren. Der damalige Direktor sagte: „Kommt doch zurück und macht was draus“ Das war der Anstoß doch zurück zu gehen, denn wenn das schon ein Pole sagt, will das was heißen. Am Anfang war die Bevölkerung noch sehr skeptisch, keiner redete mit ihr, es war eine Ablehnung zu spüren.

1994 kam ein Fernsehsender in den Ort, ging mit Frau S. durch das Dorf und fragte provokativ die Einwohner, ob sie denn keine Angst hätten, dass jetzt die alten Besitzer wieder kommen und alles wieder haben wollen? Eine alte Frau sagte: „Wissen Sie, am jüngsten Gericht fragt der liebe Gott auch nicht, ob wir Deutsche oder Polen sind, da fragt er, ob wir gute Menschen sind, das sind gute Menschen, die können bleiben.“

„Aber die Allgemeinbevölkerung war skeptisch. Als dann die vielen kleinen Klos geliefert wurden, fragten sie sich, ob sie nicht vielleicht doch einen Kindergarten machen, das war die Wende.“

Heute gibt es keine Erstkommunion, keine Beerdigung wo Frau S. nicht eingeladen wird.

Heute freuen sich alle jungen Polen, dass sie da ist, was Frau S. wiederum sehr froh macht.

„Die jungen Polen sind heute sehr an der alten Geschichte interessiert, wie denn die alten Namen der Orte waren usw., sie wollen die deutsche Sprache lernen.“

Frau S. glaubt, dass Schlesien einmal ein großes Touristenland werden könnte. Sie hofft, dass der Hof, der immer noch in staatlicher Hand ist, irgendwann für einen symbolischen Wert hergegeben wird, um noch mehr für die Kinder daraus zu machen, zum Beispiel einen Erlebnishof.

„Vertreibung ist keine Konfliktlösung“ (Frau S.)



## **14. Quellenverzeichnis:**

Siebel-Achenbach, Sebastian: Niederschlesien 1942 bis 1949, Alliierte Diplomatie und Nachkriegswirklichkeit, 1. Auflage 2006  
Würzburg: Bergstadtverlag Wilhelm Gottlieb Korn GmbH

Czaplinski, Marek; Hahn, Hans-Joachim; Weger, Tobias (Hrsg.): Schlesische Erinnerungsorte, Gedächtnis und Identität einer mitteleuropäischen Region, 1. Auflage 2005  
Görlitz: Neisse Verlag, Eine Veröffentlichung des Schlesischen Museums zu Görlitz

Wolter, Gudrun; Schlanstein, Beate (Verantwortliche Redakteurinnen des WDR) Mit Beiträgen von: von Arburg, Adrian; Borodziej, Włodzimierz; Kostjaschow, Jurij; Lachauer, Ulla; Rutsch, Hans-Dieter; Schlanstein, Beate; Schulz Christian: Als die Deutschen weg waren, Was nach der Vertreibung geschah: Ostpreußen, Schlesien, Sudetenland, 1. Auflage 2005  
Berlin: Rowohlt Berlin Verlag GmbH

Dr. Sienkiewicz, Witold; Dr. habil. Hryciuk, Grzegorz (Redaktion), Mit Beiträgen von Dr. habil. Hryciuk, Grzegorz; Dr. Ruchniewicz, Malgorzata; Dr. Szaynok, Bozena; Dr. habil. Zbikowski, Andrzej: Zwangsumsiedlung, Flucht und Vertreibung 1939 – 1959, Atlas zur Geschichte Ostmitteleuropas, 1. Auflage 2010  
Bonn: Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung

**Erklärung**

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Sachsenburg, 19.7.2010

Unterschrift